

Walter Süß

Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit

Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989 (BF informiert 5/1994). Hg. BStU. Berlin 1994.

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421305300>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Inhalt

Einleitung	3
Beschränkung der Aktionsmöglichkeiten des MfS	7
Beginn des Rückzugs	12
Stimmungslagen vor der "Wende" im MfS	17
Mielkes Abschied	22
Vom MfS zum AfNS	24
Suche nach einem Neuanfang	26
Revision der Sicherheitsdoktrin	29
Die Modernisierungskonzeption der alten Generalität	36
Die Stimmung unter den Mitarbeitern	43
Der 4. und 5. Dezember 1989	53
Schritte in die Tabuzone	56
Desintegrationsprozesse im AfNS	64
Abgang der alten Generalität	70

Einleitung

Der Zusammenbruch der SED-Diktatur war auch im nachhinein betrachtet ein erstaunlicher Vorgang. Einer friedlichen Protestbewegung gelang es, einen Sicherheitsapparat zu entmachten, der bis an die Zähne bewaffnet und einer militanten Ideologie verpflichtet war.¹ Als "Schild und Schwert der Partei" wäre es die Aufgabe der Staatssicherheit gewesen, das Herrschaftssystem abzuschirmen und die - wie man in diesem Gewerbe zu sagen pflegte - "feindlich-negativen" und "subversiven Kräfte" zu unterdrücken, also eine Entwicklung wie die im Herbst 1989 zu verhindern. Warum die Staatssicherheit statt dessen ohne Anwendung von Gewalt aufgelöst werden konnte, dafür existiert noch keine einleuchtende und empirisch belegte Erklärung - sieht man von jenen eher dem Genre der Kolportage zuzurechnenden Veröffentlichungen ab, die mit einigen schütterten "Indizien" und viel spekulativer Phantasie glaubhaft machen wollen, die Staatssicherheit selbst habe die "Wende" zu ihrem eigenen Nutz und Frommen organisiert, womit sich die Frage nach Versuchen, sie zu verhindern, in der Tat erübrigen würde.

Der Wahrheit am nächsten kommt wahrscheinlich K. W. Fricke, der argumentiert: "Nachdem die Führung der SED zur Ohnmacht verdammt war, büßten auch die Generäle und Offiziere des MfS Motivation und Orientierung ein. Aller Wahrscheinlichkeit nach erklärt sich aus dieser Dialektik, daß und warum [...] der Apparat ohne offenen Widerstand zerschlagen werden konnte."² Doch auch das ist nur eine Hypothese, die empirisch untermauert werden muß und einer präzisen zeitlichen Einordnung bedarf.

¹ "Daß die Staatssicherheit z. B. Anfang Dezember [1989] kapitulieren würde, hat noch 14 Tage vorher kein Mensch zu glauben gewagt. Es gab ja auch keinen Anlaß zu dieser Hoffnung, im Gegenteil, sie standen ja noch schwerbewaffnet im Hintergrund bei den Demonstrationen." Diese Beschreibung der allgemeinen Stimmung durch den Rostocker Pfarrer Christoph Kleemann gilt wohl für die ganze DDR. Interview in: Lothar Probst: "Der Norden wacht auf". Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock im Herbst 1989, Bremen 1993, S. 114-126, hier S. 117.

² Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 74. In einem früheren Artikel hat Fricke noch zwei andere Faktoren ins Spiel gebracht: den "wachsenden Druck der Basis" und die zunehmende Distanzierung der Regierung Modrow, die "Imageschäden" befürchtete. Karl Wilhelm Fricke: Zur Abschaffung des Amtes für Nationale Sicherheit. In: Deutschland Archiv 23 (1990) 1, S.59-62, hier S. 59. Auch das sind plausible Hypothesen.

Die bisherige Forschung und ebenso die populäre Publizistik tendieren dazu, die Staatssicherheit als militärisch durchstrukturierten und einheitlich handelnden Apparat zu betrachten: An der Spitze werden Befehle oder Direktiven gegeben, unten werden sie skrupellos und im Sinne der Ziele dieser Institution (und der ihr übergeordneten SED) rational ausgeführt. Obwohl dieses Bild auch der Selbstdarstellung des MfS entspricht, trifft es möglicherweise für fast die gesamte Amtsperiode Mielkes zu. Für die Schlußphase der Staatssicherheit (und in begrenzter Hinsicht auch für die Anfangsphase) ist diese Sichtweise jedoch falsch.

Das grundlegende Ergebnis dieser Studie ist, daß unter dem Druck der demokratischen Volksbewegung die Staatssicherheit einen Prozeß beschleunigter innerer Erosion durchmachte. Interne Widersprüche, die in dieser militarisierten Großbürokratie bis dahin unterdrückt werden konnten, traten nun offen zutage: zwischen den jüngeren "Tschekisten" und ihren Vorgesetzten, zwischen der "Basis" der einfachen MfS-Angehörigen und der privilegierten "Generalität", zwischen mehr oder weniger technokratischen "Reformern" und einer lernunfähigen Betonriege, zwischen der Berliner Machtzentrale und den regionalen Gliederungen des Apparates und nicht zuletzt zwischen dem MfS und anderen Teilen des alten Machtapparates. Die Entfaltung dieser Widersprüche machte die Staatssicherheit handlungsunfähig. Ein quasi-militärischer Apparat, in dem Befehle ebenso wie Kompetenz und moralische Integrität der Vorgesetzten kritisch erörtert wurden, war für Bürgerkriegsmanöver ungeeignet. Zudem gab es nach dem Abgang der SED niemanden, der gewillt und legitimiert gewesen wäre, diese Maschinerie in Gang zu setzen.

Durch den Blick auf die inneren Konflikte, der für den Außenstehenden erst durch den freien Aktenzugang möglich geworden ist, unterscheidet sich diese Arbeit von den bisherigen Veröffentlichungen zum Thema.³ Gezeigt werden Desintegration und innerer Zerfall. Insofern wird damit auch ein Beitrag zu der Kontroverse vorgelegt, ob die "Wende" in der DDR Revolution oder Implosion war. Hinsichtlich der Staatssicherheit ist das eine falsche Alternative. Die "Wende" innerhalb dieses Apparates war beides, jedoch waren beide Pole nicht gleichwertig: Eine Implosion

³ Die inneren Konflikte betont ebenfalls der ehemalige (bis 1988) MfS-Offizier Wanja Abramowski: Im Labyrinth der Macht. Innenansichten aus dem Stasi-Apparat, in: Bernd Florath, Armin Mitter u. Stefan Wolle (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 212-233. Dieser Artikel enthält viele interessante Beobachtungen, ist jedoch - nicht zuletzt wegen seiner spekulativen Darstellung - eher dem Genre des Journalismus zuzurechnen.

war durch eine revolutionäre Bewegung hervorgebracht worden, die sich selbst in den entscheidenden Wochen für reformerisch hielt. Das war - wie zu zeigen sein wird - nicht das einzige Mißverständnis, das sich in jener Zeit förderlich auf die historische Entwicklung auswirkte.

Die sich entfaltende demokratische Revolution darzustellen und zu analysieren, wäre ein eigenes Thema.⁴ An dieser Stelle wird die Bürgerbewegung vorwiegend unter der Perspektive ihrer Wahrnehmung durch die Staatssicherheit und - was ebenso wichtig ist - ihrer Ausstrahlung auf deren Mitarbeiter thematisiert. Wenn man die Auflösung des MfS analysiert, ist die andere Seite jedoch immer mitzubedenken: Die erstaunliche politische Reife und Klugheit, die die demonstrierenden Bürger zeigten, als sie sich von ihrem Protest und ihrem Zorn nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen ließen. Daß sie ihren Mut nicht mit Steinen und Molotowcocktails, sondern mit Transparenten, Kerzen und Sprechchören zeigten. Damit wurde nicht nur einer Eskalation vorgebeugt, sondern die Gegenseite geradezu entwaffnet. Horst Sindermann, SED-Politbüro-Mitglied und Volkskammerpräsident unter Honecker, hat in seinem letzten Interview konstatiert: "Der gewaltfreie Aufstand paßte nicht in unsere Theorie. Wir haben ihn nicht erwartet und er hat uns wehrlos gemacht."⁵ Doch das erklärt sich nicht von selbst - gibt es doch allzu viele Beispiele dafür, daß friedliche Volksbewegungen mit militärischer Gewalt zerschlagen wurden.⁶

Aus dem Gesamtprozeß wird im folgenden nur ein zeitlich und thematisch eng begrenzter Aspekt herausgegriffen⁷, dem freilich für den Gang der Ereignisse eine

⁴ Aus der Fülle einschlägiger Veröffentlichungen seien an dieser Stelle nur wenige Titel genannt: Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz u. Jan Wielgoß (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991; Gerhard Rein: Die protestantische Revolution 1987-1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990; als Regionalstudien: Hartmut Zwahr: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1991; Lothar Probst: "Der Norden wacht auf". Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock im Herbst 1989, a. a. O.

⁵ "Wir sind keine Helden gewesen". Der frühere Volkskammer-Präsident Horst Sindermann über Macht und Ende der SED. In: Der Spiegel, 7.5.1990, S. 53-66, hier S. 55.

⁶ Wenigstens erwähnt werden sollte, obwohl es außerhalb der Betrachtung bleiben muß, daß auch in anderen kommunistischen Diktaturen, in denen es in diesen Monaten zu demokratischen Revolutionen kam, in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, die Entmachtung der Sicherheits- und Herrschaftsapparate auf friedlichem Wege gelang. Die Entwicklung in Rumänien allerdings (und ebenso der gescheiterte Augustputsch 1991 in der Sowjetunion) zeigt, daß auch blutige Auseinandersetzungen im Bereich der geschichtlichen Möglichkeiten lagen.

⁷ Die vorliegende Arbeit ist ein Kapitel einer umfangreicheren Publikation zum Ende der Staatssicherheit, die für das kommende Jahr geplant ist.

herausragende Bedeutung zukam: die Phase zwischen Mitte November und Mitte Dezember 1989. Sie begann mit der Umwandlung des MfS in ein "Amt für Nationale Sicherheit" (AfNS) und endete mit einer neuerlichen Umbenennung, die nun tatsächlich programmatischen Charakter trug: in "AfNS in Auflösung". In diesen Wochen kam es - wie das bei historischen Umwälzungen manchmal geschieht - zu einer Verdichtung von Ereignissen, Lernprozessen und Interessenverschiebungen, die sonst Jahre, wenn nicht Jahrzehnte beanspruchen. Die Geschichte, die erzählt werden soll, endet von ihrer inneren Logik her am 4. und 5. Dezember, als Bürgerinnen und Bürger in die damals noch mit umfangreichen Waffenarsenalen ausgestatteten "Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit" eindrangen, ohne daß auch nur ein Schuß fiel. Nach dem 9. Oktober in Leipzig war das die zweite entscheidende Probe auf den friedlichen Charakter des Übergangs.

Zur Quellenlage

Die Quellen, auf denen diese Arbeit basiert, entstammen im wesentlichen der dem Bundesbeauftragten anvertrauten Hinterlassenschaft der Staatssicherheit⁸. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Bestände der Dokumentenstelle, in der sich die Befehle und Weisungen der MfS-/AfNS-Spitze aus jener Zeit finden, weiterhin des "Sekretariats des Ministers" (SdM), in dem auch die Akten von Mielkes Nachfolger Schwanitz Platz gefunden haben, und Unterlagen des Zentralen Operativstabs (ZOS) und der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), die seinerzeit die aus den Regionen eintreffenden Informationen bündelten und - im letzteren Fall - analysierten. Unterlagen der ehemaligen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS werden heute in den Außenstellen des BStU verwahrt. Die Bestände des Büros des Leiters der ehemaligen BV Berlin habe ich selbst durchgesehen, hinsichtlich einschlägiger Archivalien in anderen Außenstellen (u. a. Chemnitz [Karl-Marx-Stadt], Erfurt, Frankfurt/Oder, Halle, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin) waren mir die dortigen Mitarbeiter in dankenswerter Weise behilflich.⁹

⁸ Ein zusammenfassender Überblick zu diesen Archivbeständen ist zu finden in: Erster Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Republik 1993, Berlin 1993, S. 23-47.

⁹ In der geplanten Publikation wird die Auflösungsgeschichte ausgewählter Bezirksverwaltungen ausführlich dargestellt.

Der zweite Quellenbestand, den ich erwähnen möchte, ist jener der Abteilungen Potsdam des Bundesarchivs. Dort finden sich u. a. die Unterlagen des Ministerrates der DDR. Den Archivarinnen und Archivaren beider Institutionen sei an dieser Stelle gedankt. Ihre unermüdliche Arbeit schafft erst die Voraussetzungen dafür, daß eine solche Studie erarbeitet werden kann. Das soll nicht vergessen werden.

Zu den einschlägigen Beständen des ehemaligen zentralen Parteiarchiv, die heute der Stiftung Parteien und Massenorganisationen (SAPMO) im Bundesarchiv unterstehen, liegt bereits eine ebenso nützliche wie sorgfältig gearbeitete Quellenedition von Gerd-Rüdiger Stephan vor¹⁰.

Beschränkung der Aktionsmöglichkeiten des MfS

Im Oktober und in der ersten Novemberhälfte hatte sich der Aktionsraum des MfS nachhaltig verändert. Noch Anfang Oktober 1989 war unter den Bürgern die Furcht groß, daß es in der DDR ein Blutbad wie auf dem Platz des "Himmlischen Friedens" in Beijing geben könnte. Friedrich Schorlemmer schrieb über diese Tage: "Die Leute gingen mit der chinesischen Angst im Bauch auf die Straße."¹¹ Diese Angst hatte Gründe, schließlich kokettierte die SED-Führung seit dem Juni 1989 mit dieser Drohung. Zu Beginn der Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der DDR, Ende September 1989, hatte Erich Mielke auf einem Empfang postuliert: "Lieber stehend sterben als kniend in Knechtschaft leben."¹² Weniger gewählt soll er sich am Abend des 7. Oktober bei dem Polizeieinsatz am Prenzlauer Berg in Berlin

¹⁰ Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): "Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994. Lesenswert ist auch die von Manfred Behrend und Helmut Meier herausgegebene Dokumentensammlung: Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS, Berlin 1991. Orginaldokumente zu Parteiverfahren in der Schlußphase der DDR finden sich in: Gregor Klemens (Hg.): Geheime Verschlusssache. Aus Akten und Dokumenten der SED, Berlin 1991; S. 169-221. Die wichtigsten "offiziellen", seinerzeit veröffentlichten Dokumente wurden in den entsprechenden Ausgaben der Zeitschrift "Deutschland Archiv" nachgedruckt.

¹¹ Zitiert nach Zeno u. Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR. Folge 1, Berlin 1990, S. 91.

¹² E. Mielke, "Toast anlässlich des Empfangs zum 40. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik (28.9.1989)"; Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [künftig: BStU], Zentralarchiv [künftig: ZA], Sekretariat des Ministers [künftig: SdM] 624, Bl. 23-32, hier Bl. 30.

ausgedrückt haben. Dort, berichtete das "Neue Deutschland", habe er den Befehl gegeben: "Haut sie doch zusammen, die Schweine!"¹³

Zwei Wochen später war nicht nur die Tonlage völlig verändert. Am 21. Oktober, erklärte der Staatssicherheitsminister auf einer Dienstbesprechung: "Der Einsatz von Ordnungs- und Sicherheitskräften ist so zu organisieren, daß gewaltsame Mittel nur dann angewendet werden, wenn eine unmittelbare Gefährdung von Personen, Objekten und Sachen vorliegt und anders nicht abzuwenden ist."¹⁴ Das klang sehr viel weniger militant. In den Wochen dazwischen, genauer gesprochen am 7., 8. Oktober¹⁵ - in Dresden bereits ab dem 4. Oktober¹⁶ - hatte man einen ersten Eindruck davon bekommen, was passieren würde, wenn Sicherheitskräfte auf demonstrierende Bürger gehetzt werden. Dieses Vorgehen hatte bei vielen DDR-Bürgern, nicht nur bei Oppositionellen, Empörung ausgelöst. Zwischen Mielkes beiden Ansprachen lag aber vor allem der 9. Oktober in Leipzig. Warum es in Leipzig nicht zur gewalttätigen Konfrontation kam, bedürfte einer eigenen Analyse.¹⁷ Unstrittig ist, daß "Leipzig" - über seine konkrete Bedeutung für die Abfolge der Ereignisse hinaus - eminente symbolische Bedeutung hatte: Es machte sichtbar, daß der Repressionsapparat entweder nicht mehr funktionsfähig war oder eine grundsätzliche Weichenstellung stattgefunden hatte. Vermutlich traf beides zu und bedingte einander.

Die SED-Führung war am 9. Oktober in Leipzig vor dem offenen Kampf um die Macht zurückgeschreckt. Zwei Tage später zeigte die Publikation einer in sich höchst widersprüchlichen "Erklärung" des SED-Politbüros jedem, der zwischen den Zeilen der offiziellen Propagandasprache zu lesen verstand, daß an der Spitze ein Machtkampf um den weiteren Kurs entbrannt war.¹⁸ Weitere zwei Tage

¹³ Neues Deutschland, 7.12.1989, S. 8. Am gleichen Tag wurde Mielke verhaftet.

¹⁴ E. Mielke, Referat auf der Dienstbesprechung am 21.10.1989; BStU, ZA, ZAIG 4885, Bl. 1-79, hier Bl. 21.

¹⁵ Zu diesen Tagen in Berlin siehe: Und diese verdammte Ohnmacht. Report der Unabhängigen Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7./8. Oktober 1989 in Berlin, Berlin 1991.

¹⁶ Zu Dresden s. Eckhard Bahr: Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden, Leipzig 1990. Dort findet sich der Bericht der Dresdener Untersuchungskommission vom Herbst / Winter 1989 (S. 153-177).

¹⁷ Vgl. dazu die vom Neuen Forum Leipzig herausgegebene hochinteressante Materialsammlung: Jetzt oder nie - Demokratie, Leipzig 1989, und die bereits erwähnte Publikation von Zwahr: Ende.

¹⁸ Erklärung des Politbüros der SED, Neues Deutschland, 12.10.1989, Nachdruck in: Behrend u. Meier: Weg, S. 129-134. Zum Hintergrund vgl. den Bericht von Werner Hübner,

später, am 13. Oktober, übersetzte Honecker selbst als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates diese Unentschlossenheit in einen Befehl, den Befehl Nr. 9/89. Einerseits heißt es dort, die Bezirks- und die Kreiseinsatzleitung von Leipzig hätten "Führungsbereitschaft" herzustellen und weiter: "Es sind *alle* Maßnahmen vorzusehen, um geplante Demonstrationen im Entstehen zu verhindern."¹⁹ [Hv - WS] Fragt man sich, was mit "allen Maßnahmen" gemeint war, so erfährt man:

"Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt *nur* bei Gewaltanwendung der Demonstranten gegenüber den eingesetzten Sicherheitskräften bzw. bei Gewaltanwendung gegenüber Objekten auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung Leipzig. Der Einsatz der *Schusswaffe* im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist *grundsätzlich verboten*." [Hv - WS]

Ohne offene Gewalt aber war - das scheint zumindest im nachhinein klar - die beginnende Revolution nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. Mit dem Sturz von Honecker und dem Wechsel zu Krenz wurde jedoch das Umschwenken der SED-Führung unter dem Druck der Massenbewegung auf die Proklamierung einer Politik des "Dialogs" und der "Wende" noch verstärkt.

Mielke hat die neue Linie auf der bereits erwähnten Dienstbesprechung am 21. Oktober zur Grundlage seiner Ausführungen gemacht.²⁰ Das entsprach zwar der grundsätzlichen Unterordnung der Staatssicherheit unter die Partei, ist ihm aber gerade in dieser Situation gewiß nicht leicht gefallen. Man hört geradezu das Zähneknirschen, wenn man liest: "Das [Demonstrationen, Losungen usw. - WS] hinterläßt doch bestimmte Wirkungen, zumal wir aus den bekannten Gründen zurückhaltend darauf reagieren, nicht so antworten, wie es diese Kräfte eigentlich verdienen."²¹ In dem Wörtchen "eigentlich" verbarg sich eine ganze Welt: die alte

Mitarbeiter der ZK-Abteilung Sicherheit, einem der Autoren des ursprünglichen Entwurfs, in: Gregor Gysi u. Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990, S. 33-36; Günter Schabowski: Das Politbüro. Ende eines Mythos, hrsg. von Frank Sieren und Ludwig Koehne, Reinbek 1990, S. 81 f. u. 85-94.

¹⁹ Befehl 9/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates; Bundesarchiv, Militärisches Zwischenarchiv Potsdam, AZN 30922, Bl. 1-3.

²⁰ "Die Partei läßt sich von der festen Überzeugung leiten, daß alle Probleme in unserer Gesellschaft politisch lösbar sind. [...] Alle Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit, jeder Diensteinheit, haben sich in die Generallinie, in die Beschlüsse und politischen Entscheidungen des Zentralkomitees und seines Politbüros einzuordnen, müssen auf ihre strikte Durchsetzung gerichtet sein." Mielke: Rede auf der Dienstbesprechung am 21.10.1989, a. a. O., Bl. 27-28.

²¹ A. a. O., Bl. 75.

Vorstellungswelt der Staatssicherheit mit der Bereitschaft zuzuschlagen, aber auch die Unterwerfung unter die Parteilinie, und das Eingeständnis ohnmächtigen Zorns über eine Entwicklung, die mit den gewohnten Mitteln nicht mehr aufzuhalten war.

Nach jenem 9. Oktober gehörte die Straße den demonstrierenden Bürgern, auch wenn Staatssicherheit und Volkspolizei im Hintergrund präsent blieben. Die Zahl der Demonstranten, vom MfS sorgfältig registriert, wuchs von Woche zu Woche: Zwischen dem 16. und dem 22. Oktober waren es 140.000 Teilnehmer auf 24 Demonstrationen; in der folgenden Woche war ihre Zahl bereits auf über 540.000 angewachsen, die an 145 Demonstrationen teilnahmen.²² Und in der Woche vom 30. Oktober bis zum 5. November 1989 schließlich demonstrierten bei 210 verschiedenen Gelegenheiten etwa 1,4 Millionen Menschen²³, davon allein auf dem Berliner Alexanderplatz eine halbe Million. Zunehmend führten die Demonstrationen an den Bezirksverwaltungen und den Kreisdienststellen der Staatssicherheit vorbei.

Die folgende Statistik basiert auf einer Ende November erstellten Übersicht der "Arbeitsgruppe des Ministers", in der nur Demonstrationen mit direktem "Stasi-Bezug" erfaßt wurden. Weggelassen habe ich die Zahlen für Leipzig, wo an diesen Montagen jeweils ca. 200.000 Menschen auf dem Innenstadtring immer auch an der "Runden Ecke", dem Sitz der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS), vorbeizogen. Die Angst, ob es an dieser Ecke gutgehen würde, war gerade bei den ersten Demonstrationen (vor dem 4. November) präsent, doch hatten die "Montagsdemonstrationen" nicht von vornherein einen dominierenden MfS-Bezug und durch ihr Übergewicht hätten sie die Darstellung der Entwicklung verzerrt.²⁴

²² Vgl. ZAIG, Information Nr. 471/89 vom 23.10.89; BStU, ZA, ZAIG 3756.

²³ Vgl. ZAIG, Information Nr. 496/89 vom 7.11.89; BStU, ZA, ZAIG 3801.

²⁴ In dieser Statistik wurde außerdem die Demonstration auf dem Alexanderplatz nicht erfaßt. Sie hatte aus der Sicht des MfS - trotz mancher Transparente über die Stasi und die Produktion und trotz der Pfiffe für M. Wolf - offenbar keine eindeutige "Anti-Stasi-Richtung".

Übersicht: Demonstrationen vor BVfS und KdFS (ohne Leipzig)²⁵

	Demonstrationen	Teilnehmer insgesamt
30.10.-5.11.	26	167.000
6.11.-12.11.	45	193.000
13.11.-19.11.	25	68.500

Einen Eindruck von der Atmosphäre vermitteln die Texte der Transparente und der Sprechchöre. Die Staatssicherheit hatte sie in ihrer "Übersicht" meist nicht festgehalten, sondern sprach von den "bekannten Losungen". Die folgende Parolen sind dennoch überliefert (in Klammer: Ort und Teilnehmerzahl an der Demonstration). In der Zeit vor dem 6. November: "Stasi raus", "Stasi in die Produktion" (Rostock, 2.000 Tn.; Aue 1.500 Tn., Bad Doberan 400 Tn.); "Stasi in die Volkswirtschaft", "Bullen raus" (Zeulenroda 2.000 Tn.); "Eure Tage sind gezählt" (Bad Salzungen, 500 Tn.); "Gegen Lüge und Angst" (Annaberg, 6.000 Tn.); "Stasi weg, hat kein Zweck", "Wir sind das Volk, schließt euch an" (Rostock, 10.000 Tn.). Aus der Woche vom 6. bis zum 12. November: "Wir verdienen Euer Geld" (Schmalkalden, 250 Tn.); "Faulenzer, Parasiten, faules Pack, Volksverräter, Ihr seid das Letzte" (Leipzig, 200.000 Tn.). In der Zeit vom 13. bis zum 19. November schließlich sei u. a. gerufen worden: "Mielke in den Strafvollzug" (Potsdam, 700 Tn.); "Stasi in den Silbersee" (Bitterfeld, 350 Tn.); "Nie wieder MfS", "Wir brauchen keine neue Gestapo - Nein zum AfNS", "Auflösung aller Sicherheitsorgane" (Klötze, 450 Tn.).²⁶

Welchen Eindruck diese Demonstrationen auf die MfS-Mitarbeiter machten, läßt eine Schilderung aus jenen Tagen von Generaloberst Mittig erahnen:

"... welche Arbeitsbreite, welches Bewegungsfeld hat eine Kreisdienststelle zur Zeit. Wöchentlich ein bis zwei Demonstrationen. Die Anonymität, die noch in der BV vorhanden ist oder hier, die gibt es dort ja nicht, da sind alle Mitarbeiter bekannt, ob Leiter oder Mitarbeiter, Sekretärin, Wachmann. Daß unter Beachtung dieser Bedingungen natürlich auch die Frage steht, über welche operative Substanz verfügen wir in den Kreisdienststellen."²⁷

²⁵ Zusammengestellt nach: "Übersicht"; BStU, ZA, Arbeitsgruppe des Ministers [künftig: AGM] 1654, Bl. 1-27.

²⁶ Vgl. ebenda.

²⁷ Dienstbesprechung am 21.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 1-68, hier Bl. 57.

Der innere Druck ließ mit der Maueröffnung am 9. November vorübergehend nach, zugleich aber verlor die Staatssicherheit dadurch die Verfügungsgewalt über die Bürger im Lande.²⁸

Noch war zu dieser Zeit fast eine halbe Million sowjetischer Soldaten im Land. Doch die gesamte Entwicklung hat stattgefunden, ohne daß die sowjetischen "Freunde" protestiert, geschweige denn einen Finger gekrümmt hätten. Sie hatten, so wird übereinstimmend von verschiedenen Zeitzeugen berichtet, strikte Weisung von Gorbatschow, sich herauszuhalten.²⁹ Den Mitarbeitern der Staatssicherheit, in deren Dienststeinheiten sich sowjetische "Verbindungsoffiziere" befanden, muß die Zurückhaltung ihrer "Freunde" zusätzlich zu denken gegeben haben.

Beginn des Rückzugs

Angesichts der sich zuspitzenden Lage wies Anfang November die MfS-Zentrale in Berlin die Bezirksverwaltungen an, künftig über die Lage in ihrem Verantwortungsbereich - Demonstrationen, "Sammlungsbewegungen", politischen Veranstaltungen in Kirchen usw. - täglich zu berichten.³⁰ Die Berichte aus den Bezirken wurden vom Zentralen Operativstab (ZOS) zu einem "Lagebericht" zusammengefaßt. Der erste dieser Berichte wurde am 5. November vorgelegt. Er scheint die Generalität erschreckt zu haben. Dort stand zu lesen: "Fast alle

²⁸ Zur Geschichte der Maueröffnung s. den Beitrag von Hans-Hermann Hertle in Deutschland Archiv 27 (1994) 12 (im Erscheinen begriffen). Auf dem Kenntnisstand von 1990 s. meinen Beitrag: Weltgeschichte in voller Absicht oder aus Versehen? Öffnung der Mauer vor einem Jahr. In: Das Parlament 9./16.11.1990. Wenig erhellend ist der Bericht von Egon Krenz: Der 9. November 1989. Unfall oder Logik der Geschichte, in: Siegfried Prokop (Hg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die "zweite DDR" im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994, S. 71-87.

²⁹ Vgl. den Bericht von Iwan Nikolajewitsch Kusmin: Da wußten auch die fähigsten Tschekisten nicht weiter. Wie die KGB-Residentur in Ost-Berlin vor fünf Jahren den Zusammenbruch der DDR erlebte und erlitt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 30.9.1994, S. 14 (Kusmin war zu jener Zeit der zweite Mann in der KGB-Residentur in Ost-Berlin); Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek 1991, S. 217 und *passim*; Valentin Falin: Politische Erinnerungen, München 1993, S. 482 u. 487-489; Alexander Galkin u. Anatolij Tschernjaew: Die Wahrheit sagen, nur die Wahrheit. Gedanken zu Valentin Falins politischen Erinnerungen. In: Utopie kreativ, 1994, Nr.47/48, S. 137-145 (Tschernjaew war 1986 bis 1991 außenpolitischer Berater Gorbatschows); N. Portugalow in: Ekkehard Kuhn: Gorbatschow und die deutsche Einheit. Aussagen der wichtigsten russischen und deutschen Beteiligten, Bonn 1993, S. 43 f. (Portugalow war seinerzeit Berater für Deutschlandpolitik im Apparat des ZK der KPdSU).

³⁰ Fernschreiben des Stellvertretenden Ministers für Staatsicherheit, Generaloberst Mittig, an die Leiter der BVfS vom 4.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 14418, Bl. 13-14.

Demonstrationen in den Kreisstädten bewegten sich an den Kreisdienststellen des MfS vorbei. Neben dem Abstellen brennender Kerzen wurden in der Regel feindlich-negative Losungen gegen das MfS vorgetragen. (Zu gewaltsamen Handlungen kam es dabei nicht.)³¹ Auch am nächsten Tag wurde gemeldet: "Verbreitet wurden erneut von Personengruppen brennende Kerzen vor Kreisdienststellen des MfS abgestellt."³² Noch am selben Tag, dem 6. November, befahl Mielke wegen "möglicher Gefährdung der Dienstobjekte" die teilweise Räumung der Kreisdienststellen.³³

Man würde die Staatssicherheit wohl unterschätzen, wenn man glaubt, sie hätte sich allein durch brennende Kerzen einschüchtern lassen. Tatsächlich war schwer abschätzbar, wie groß die Gefahr einer Eskalation war. Angst davor hatten auch die Initiatoren der Demonstrationen. Deshalb gaben sie immer wieder an die Gegenseite und an die eigenen Reihen gerichtet die Parole aus: "Keine Gewalt!". Wären die Demonstranten in die Kreisdienststellen eingedrungen, deren Mitarbeiter damals noch schwerbewaffnet waren, dann wäre die Situation unkalkulierbar geworden. Wie hätten sich die Stasi-Offiziere in einem solchen Fall verhalten sollen?

Mielke hatte am 31. Oktober eine Weisung zur "Abwehr von Versuchen des gewaltsamen Eindringens in die Dienstobjekte" erteilt. Die MfS-Mitarbeiter sollten, schrieb er, "keinen Anlaß für eine Eskalation bieten", deshalb habe "die Abwehr [...] grundsätzlich ohne Anwendung der Schußwaffe zu erfolgen". Was aber, wenn dieser Versuch erfolglos gewesen wäre?

"Die Anwendung der Schußwaffe ist nur dann zulässig, wenn das gewaltsame Eindringen in das Dienstgebäude selbst nicht mehr verhindert werden kann, die Anwendung aller anderen Mittel also nicht zum Erfolg führte und eine unmittelbar drohende Gefährdung anderer Personen oder der eigenen Person nicht anders verhindert oder abgewendet werden kann."³⁴

Ein Major Haase aus der HA IX notierte nach einer Dienstberatung seiner Hauptabteilung zu dieser Weisung:

³¹ 1. Lagebericht vom 5.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 8266, Bl. 1-4.

³² 2. Lagebericht vom 6.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 8266, Bl. 5-8.

³³ Schreiben des Ministers für Staatssicherheit an die Leiter der Diensteinheiten vom 6.11.1989; BStU, ZA, Dokumentenstelle [künftig: DSt] 103633.

³⁴ Weisung Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten vom 31.10.1989; BStU, ZA, DSt 103125.

"grundsätzl[ich] ohne Anwendung Schußwaffe bei Eindringen in Obj[ekte] u[nd] Angriffe auf Pers[onen], wenn alles andere nicht mehr mögl[ich], überlegt handeln + keinen Anlaß zu geben die Lage [zu] komplizieren bzw. eskalieren"³⁵

Auch Egon Krenz, als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der Vorgesetzte Mielkes, hatte am 1. November einen einschlägigen Befehl erteilt: "Die Anwendung der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten."³⁶ Die Möglichkeit, daß Gebäude des Sicherheitsapparates gestürmt wurden, war in diesem Befehl nicht erwähnt worden. In einem weiteren Befehl, den Krenz zwei Tage später herausgab, wurde diese Anweisung auch für den Fall einer "Gewaltanwendung gegen eingesetzte Sicherheitskräfte bzw. Objekte" wiederholt.³⁷

Gezielter Schußwaffengebrauch hätte der vorgegebenen politischen Linie widersprochen, doch solange die MfS-Angehörigen noch bewaffnet waren, war er nicht gänzlich ausgeschlossen. So hatte der Leiter Bezirksverwaltung Halle, Generalmajor Schmidt, am 3. November einen "Einsatzbefehl" abgezeichnet, in dem eigenmächtig Teile der Mobilmachungsplanung zur Vorbereitung auf den "Verteidigungszustand" aktiviert wurden. Einzelnen Mitarbeitern wurden für den Fall eines Angriffs "Einsatzbereiche" und "Feuerstellungen" zur Verteidigung des Gebäudes zugewiesen, die "nach Auslösung des Signals >Feindberührung< [...] zu besetzen und unter allen Umständen zu halten" wären.³⁸ Das war ein Verstoß gegen Mielkes Weisung vom 31. Oktober und tatsächlich ist dieses "Signal" auch nie gegeben worden. Es sollte noch acht Tage dauern, bis eine Kundgebung von etwa 3.000 Menschen gegenüber der Bezirksverwaltung Halle stattfand. Dort wurde diskutiert und zum Schluß wurden "an der BV 3 Kerzen abgestellt".³⁹ Die Bezirksverwaltung Halle wurde Anfang Dezember von Bürgern vorübergehend

³⁵ Notizen von einer Dienstberatung am 2.11.1989 mit dem Leiter der Hauptabteilung IX [künftig: HA], Abteilungsleitern und "Gleichgestellten", Arbeitsbuch Haase; BStU, ZA, HA IX 2915, Bl. 92.

³⁶ Auch vom MfS befürchtete "Grenzdurchbrüche" von Demonstrantengruppen sollten allenfalls "durch Anwendung körperlicher Gewalt" verhindert werden. Befehl 10/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates vom 1.11.1989; Bundesarchiv, Militärisches Zwischenarchiv Potsdam, AZN 30922, Bl. 1-3.

³⁷ Befehl 11/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates vom 3.11. 1989; Bundesarchiv, Militärisches Zwischenarchiv Potsdam, AZN 30922, Bl. 1-4.

³⁸ BVfS Halle, Arbeitsgruppe des Leiters, "Einsatzbefehl" an die Leiter der Abteilungen / selbständigen Referate vom 3.11.1989; BStU, Außenstelle [künftig: ASt] Halle, unerschlossenes Material (MfS-Signatur: BVfS Hle GVS-193/89).

³⁹ AGM, "Übersicht" zum 13.11.1989; BStU, ZA, AGM 1654, Bl. 21.

besetzt, ohne daß ein einziger Schuß gefallen wäre. Der MfS-Offizier, der damals vierzig Demonstranten einließ, war der gleiche, der seinerzeit jenen "Einsatzbefehl" formuliert hatte.⁴⁰ Das Beispiel zeigt, wie brisant die Situation zumindest zeitweilig war, zeigt aber auch, welche Lernprozesse in der Zwischenzeit stattgefunden hatten.

Aus Sicht des MfS wurde die Lage dadurch noch schwerer kalkulierbar, daß fraglich war, ob eine Abwehr nur mit Einsatz körperlicher Gewalt erfolgreich gewesen wäre. Andernfalls aber hätten die aufbegehrenden Bürger Einblick in das Innenleben des Geheimdienstes gewonnen. Um das zu verhindern, war am 6. November angeordnet worden, in den Kreisdienststellen einen Teil der dienstlichen Bestimmungen zu vernichten und "operative Materialien", aus denen Rückschlüsse auf das Überwachungssystem möglich gewesen wären, in die als sicherer geltenden Bezirksverwaltungen zu verlagern. In einer Erläuterung des Mielke-Befehls erklärte der Leiter der ZAIG, Generalleutnant Irmeler, am 13. November:

"Im Mittelpunkt muß dabei der zuverlässige Quellenschutz und die Gewährleistung und Geheimhaltung spezifischer operativer Mittel und Methoden bzw. Arbeitsergebnisse des MfS stehen. Dazu sind Maßnahmen zur differenzierten Vernichtung bzw. zeitweiligen Auslagerung von Dokumenten der KD/OD entsprechend folgenden Grundsätzen zu realisieren: [...] 2. In die Vernichtung sind solche Dokumente einzubeziehen, die für die künftige politisch-operative Arbeit [...] keine operative Bedeutung mehr haben."⁴¹

Gerade der letztgenannte Punkt war entscheidend. Bis dahin war nämlich nur die Vernichtung von dienstlichen Bestimmungen explizit angewiesen worden. Alles andere, vor allem das "operative Material", d. h. IM-Berichte, "Operative Vorgänge" und "Operative Personenkontrollen", in denen das Überwachungssystem seinen schriftlichen Niederschlag gefunden hatte, sollten nur ausgelagert werden. Nun waren "IM-Berichte" und "Berichte der POZW [Partner des Operativen Zusammenwirkens] vor 30.9.89" ebenso in eigener Zuständigkeit zu vernichten wie "Informationen, Materialien zu weiteren Personen

⁴⁰ Information von Dr. Löhn, ASt des BStU in Halle, der jenen Offizier interviewt hat. Ein ausführlichere Darstellung der Hallenser Entwicklung wird in der erwähnten Publikation zu finden sein.

⁴¹ Leiter der ZAIG, Generalleutnant Irmeler, "Reduzierung des Bestandes erfaßter und gespeicherter operativ bedeutsamer Informationen sowie vorliegender Einschätzungen der politisch-operativen Lage in den Kreisdienststellen / Objektdienststellen"; BStU, ZA, ZAIG 13671, Bl. 1-9, hier Bl. 1.

des Verantwortungsbereiches, [...] wenn aus ihnen keine operative Bedeutsamkeit hervorgeht".⁴²

Die "operative Bedeutsamkeit" ergab sich aus der Aufgabenstellung der Staatssicherheit. Diese Aufgabenstellung aber war nicht mehr eindeutig, nachdem das Kollegium des MfS⁴³ am 6. November in einer "Erklärung" postuliert hatte: "Im Innern der DDR setzt das MfS seine Kräfte und Mittel zur Verhinderung und Bekämpfung verfassungsfeindlicher Aktivitäten ein. Das schließt Maßnahmen gegen Andersdenkende aus."⁴⁴ Das war eine ungewohnte Unterscheidung. Zuvor galt jeder, der Kritik an der herrschenden Politik übte als "feindlich-negativ". Unklar war jedoch, wo die neue Grenze zwischen "Andersdenkenden", die nicht verfolgt werden sollten, und "Verfassungsfeinden", die zu observieren waren, verlief. Darüber sollte es noch manche Diskussionen geben.

Auf lokaler Ebene, in den Kreisdienststellen der Staatssicherheit, bot gerade diese Unbestimmtheit die Legitimation für umfassende Vernichtungsaktionen. Die Interpretation vor Ort schildert der ehemalige Leiter der Kreisdienststelle Mühlhausen:

"Von der Vernichtung betroffen war anfangs alles Material gegen >Andersdenkende<, also zu tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern der DDR, der SED, des realen Sozialismus, sowohl ältere Unterlagen, als auch die im Aufbau befindlichen Dossiers über die Exponenten der Bürgerbewegungen in Stadt und Kreis Mühlhausen. [...] Vernichtet wurden des weiteren sämtliche Speicher der KD sowie die umfangreich vorhandenen Dossiers zu Sachverhalten und Personen, insbesondere die Ergebnisse der bereits angeführten, über Jahre vorhandenen Sicherheitsüberprüfungen und Ermittlungen."⁴⁵

Schwanitz war als neuer Leiter des AfNS noch gar nicht im Amt, als er auf einer Dienstbesprechung am 15. November dieses Vorgehen bekräftigte:

"In Angriff genommen wird demnächst auch eine erhebliche Reduzierung des Bestandes erfaßter und gespeicherter operativ bedeutsamer Informationen sowie vorliegender Einschätzungen der Lage in KD/OD. Soweit aus der konkreten Lage heraus bei einzelnen Kreisdienststellen bereits

⁴² Ebenda, Bl. 4.

⁴³ Das Kollegium war laut MfS-Statut ein beratendes Gremium, das vom Minister berufen wurden: die Spitzen der MfS-Generalität.

⁴⁴ Kollegium des MfS, "Erklärung", 6.11.1989; BStU, ZA, DSt 103011.

⁴⁵ Günter Siegel: Die Kreisdienststelle Mühlhausen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Herbst 1989, unveröfftl. Ms. 1992, 32 S., hier S. 24 f. Der Autor ist ein interessanter Zeitzeuge, weil er relativ unbelehrbar zu sein scheint: Er hat deshalb keine Hemmungen über Sachverhalte zu berichten, zu denen sich viele seiner früheren Kollegen lieber nicht äußern.

vorher gehandelt werden muß, hat dies unbedingt zu erfolgen, sind durch die Leiter der Bezirksverwaltungen dazu erforderliche Entscheidungen zu treffen."⁴⁶

Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen hatten von nun an bei der Vernichtung relativ freie Hand, wobei genauere Anweisungen durch Schwanitz am 22. November folgten. Zuvor ist aber ein anderer Aspekt zu bedenken: die Wirkung der Aktenvernichtung, die nur als Rückzugsmanöver verstanden werden konnte, auf die psychische Verfassung der MfS-Angehörigen. Irmeler, der ZAIG-Chef, hatte sich darüber schon Gedanken gemacht: "Die Notwendigkeit der differenzierten Vernichtung bzw. zeitweiligen Auslagerung von Dokumenten ist den Angehörigen der KD/OD gründlich zu erläutern, um negative Auswirkungen auf ihre politische Standhaftigkeit auszuschließen."⁴⁷ Diese Sorge kam nicht von ungefähr.

Stimmungslagen vor der "Wende" im MfS

Der politische Aufbruch überall im Land beeinflusste auch die Mitarbeiter der Staatssicherheit. Doch dieses Ministerium war ein "militärisches Organ", Kritik von unten nach oben war nicht vorgesehen und wurde sanktioniert. Am ehesten noch waren kritische Bemerkungen auf den Parteiversammlungen in den Diensteinheiten möglich. Auch das war nicht ungefährlich, denn selbst eine "Eingabe" an das Zentralkomitee konnte Anlaß zu einem Parteiverfahren sein, aber es konnte zumindest nicht als Verstoß gegen die militärische Disziplin oder gar als "Meuterei"⁴⁸ interpretiert werden. Über "Stimmungen und Meinungen zu aktuell-politischen Ereignissen", die auf diesen Parteiversammlungen laut wurden, berichtete regelmäßig die "Abteilung Parteiorgane" der SED-Kreisleitung im MfS in einem zusammenfassenden Bericht.

Im Bericht vom September 1989 wird einleitend in der üblichen Propaganda-sprache von dem angeblich allgemeinen Verlangen nach einer "Fortführung unseres bewährten Kurses" berichtet und das "feste Vertrauen in die Politik der

⁴⁶ "Hinweise für Dienstbesprechung am 15.11.1989"; BStU, ZA, ZAIG 8682, S. 1-23, hier Bl. 13 f.

⁴⁷ Irmeler, "Reduzierung des Bestandes...", 13.11.89, a. a. O., Bl. 1.

⁴⁸ MfS-Angehörige wurden durch die §§ 257 und 259 des StGB der DDR mit Gefängnis bis zu fünf bzw. acht Jahren bedroht, wenn sie - wie es im offiziellen Kommentar heißt - wagten, "gegen die grundlegenden Anforderungen an die militärische Disziplin und Ordnung vorzugehen". Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar zum Strafgesetzbuch, Berlin (Ost) 1984, S. 542.

Partei- und Staatsführung" beschworen.⁴⁹ Dann allerdings wird eine Reihe von Punkten genannt, die in den Parteiversammlungen Anlaß zu kritischen Äußerungen gewesen wären: die schlechte Versorgungslage; die Spaltung der Bevölkerung in Besitzer von Westgeld, die "im Intershop einkaufen" können, und solche ohne Devisen (die unter MfS-Mitarbeitern, denen jeder Kontakt mit Westverwandtschaft strikt verboten war, besonders zahlreich waren); der fehlende Realitätsbezug der DDR-Medien. Diese Kritikpunkte stimmen mit dem überein, was etwa zur gleichen Zeit über die Stimmungslage der DDR-Bevölkerung, besonders der Ausreisewilligen, berichtet wird.⁵⁰ Es gibt natürlich auch wesentliche Unterschiede: die fehlende Reisefreiheit wird von den MfS-Mitarbeitern nicht kritisiert, ganz im Gegenteil wird "der Vertragsbruch der ungarischen Regierung" moniert und die Entwicklung dort und in Polen "als verhängnisvoll" bezeichnet. Das klingt wie glatte Affirmation der herrschenden Politik. Doch während die offizielle Propaganda die Fluchtbewegung allein den Umtrieben des "imperialistischen Gegners" anlastet, wird von verschiedenen MfS-Mitarbeitern die Auffassung vertreten, daß "die Ursachen für diese Entwicklung vor allem im gesellschaftlichen System der DDR zu suchen sind". Die Mitarbeiter des Zentralen Operativstabes erkühnen sich sogar zu fragen, ob "in der DDR vielleicht doch etwas mehr Umgestaltung notwendig sei". Freilich koexistierten zu diesem Zeitpunkt überkommene Feindbilder, offizielle Propagandaklischees und kritische Sichtweisen im MfS generell und wahrscheinlich auch in einzelnen Köpfen.

Die Entfaltung der Demokratiebewegung in den folgenden Wochen hinterließ auch bei den MfS-Angehörigen ihre Spuren. Besonders "anfällig" für deren Forderungen war, das zeigte sich auch in der Folgezeit, das "Wachregiment F. E. Dzierzynski", denn dort dienten auch Wehrpflichtige auf Zeit, die weniger von der Bevölkerung isoliert waren als die anderen MfS-Angehörigen. So nimmt es nicht Wunder, daß eine der ersten kollektiven Protesterklärungen, die im MfS formuliert wurden, aus eben dieser Diensteinheit kam. Am 7. November - Honecker war gestürzt, aber die Mauer noch geschlossen - schickten 31 Angehörige des

⁴⁹ SED-Kreisleitung, Abteilung Parteiorgane, "Information über Stimmungen und Meinungen zu aktuell-politischen Ereignissen aus den PO/GO auf der Grundlage der Monatsberichte 1989 und zur gegenwärtigen politischen Lage", 13.9.1989; BStU, ZA, SED KL 512, Bl. 317-324, hier Bl. 317 u. 320.

⁵⁰ Ein leicht zugänglicher Stimmungsbericht der ZAIG, datiert vom 9.9.1989, findet sich in: Armin Mitter u. Stefan Wolle (Hg.): "Ich liebe euch doch alle!" Befehle und Lageberichte des MfS, Januar-November 1989, Berlin 1990, S. 141-147.

Wachregiments in Berlin-Erkner ein Schreiben an den "werten Genossen Minister". Darin konstatierten sie:

"Das Verhältnis zwischen Volk und Ministerium für Staatssicherheit ist gekennzeichnet von Mißtrauen, Unverständnis und Angst, was durch die Ereignisse vom 7./8./9. Oktober noch verstärkt wurde. Dieser für uns vor allem im Urlaub spürbare Zustand führte bei vielen Angehörigen zu einem Gewissenskonflikt."⁵¹

Weiter kritisierten sie die Privilegien der Offiziere und Generäle, beklagten das eigene Image als "Knüppel-Truppe" (das angeblich auf einem "Mythos" beruhte), aber auch "die videounterstützte Überwachung der Posten", die "mangelndes Vertrauen" innerhalb des Ministeriums beweise. Zum Schluß erklärten sie: "Wir möchten hiermit unserer Hoffnung Ausdruck geben, daß die Veränderungen, die derzeit in unserem Land vonstatten gehen, auch in unserem Ministerium in vollstem Umfang sichtbar werden." Die Autoren dieses Protestschreibens waren Angehörige der Diensteinheit, die für die Bewachung der MfS-Zentrale in der Berliner Normannenstraße verantwortlich war.

Die "Kämpfer" vom Wachregiment standen mit ihrer Kritik nicht allein. Zweifel und Fragen, die sich wahrscheinlich schon länger angehäuften, wurden nun auch von anderen offen ausgesprochen. Im Aktenbestand des "Sekretariats des Ministers" findet sich etwa aus der gleichen Zeit eine Auflistung der "Probleme / Fragen / Meinungen", die im Verantwortungsbereich des Mielke-Stellvertreters Schwanitz "in den letzten Wochen/Tagen" aufgetreten seien.⁵² Dieses Papier umfaßt siebzehn Schreibmaschinenseiten und enthält Fragen wie:

"Warum erheben wir überhaupt den Anspruch auf die führende Rolle der Partei?"

"Werden wir von der Partei geopfert?"

"Was ist mit den sogenannten Übergriffen? [...] Wer hat zuerst Gewalt angewendet?"

"Wie wird die politische Wende im MfS vollzogen?"

"Wer ist unser Feind? Sind die Vertreter des Untergrundes jetzt Andersdenkende?"

"Gibt es Privilegien im MfS?"

"Warum braucht der Leiter der HA III 8 Pkw? (Seit Oktober nur noch 2)"

"Welche Garantien sind zu schaffen, damit Vertrauensmißbrauch durch Funktionäre ausgeschlossen wird?"

"Warum gehen immer noch so viele Menschen aus der DDR weg?"

"Was ist tatsächlich an den Vorwürfen vom Wahlbetrug dran?"

Diese Fragen signalisieren eine tiefgreifende Störung des bisherigen "tschechistischen" Selbstverständnisses: Von der SED fühlen sie sich, "alleingelassen";

⁵¹ BStU, ZA, SdM 636, Bl. 37-39.

⁵² "Zusammenfassung der in den letzten Wochen / Tagen aufgetretenen Probleme / Fragen / Meinungen der Angehörigen in den Diensteinheiten des Verantwortungsbereiches sowie der Abteilung 26"; BStU, ZA, SdM 2290, Bl. 59-75.

das bisherige Feindbild ist ins Wanken geraten; über die materielle Hierarchie im MfS, die Privilegien der Obristen und Generäle, wird nun offen gesprochen und zugleich wirkt die Sprachlosigkeit dieser Obrigkeit (es war kurz vor Mielkes Sturz) lähmend. Die Gültigkeit dieses Bildes wird durch einen "Bericht" der SED-Kreisleitung zur Stimmungslage bestätigt, der am 9. November 1989 fertiggestellt wurde.⁵³ Dort heißt es zusammenfassend: "Es muß erklärt werden, was das MfS eigentlich will und für was es da ist."

Die "Kämpfer" waren zu dieser Zeit vor allem mit sich selbst beschäftigt. Ein eindrucksvolles Zeugnis davon bietet das Protokoll einer Sitzung der Parteikontrollkommission (PKK) der SED-Kreisleitung im MfS.⁵⁴ Diese Kommission war bis dahin dafür zuständig gewesen, die Parteidisziplin durchzusetzen, aufkeimende Zweifel zu ersticken und Mitarbeiter, die Widerspruch wagten, aus der Partei und damit auch aus dem MfS zu entfernen. Dieses Gremium tagte am 13. November noch in alter Besetzung und doch hätte fast jeder der Teilnehmer anschließend gegen sich selbst ein Parteiverfahren einleiten müssen.

Der Genosse Knoppick⁵⁵ etwa erklärte: "Gegenwärtig gibt es einen echten Vertrauensschwund nach hinten aber auch nach vorn." Genosse Raabe pflichtete ihm bei: "Die Genossen fühlen sich durch die Partei belogen und betrogen. Sie fordern Ehrlichkeit, egal wo sie im MfS tätig sind." Aus dem Wachregiment wurden Fälle von "Befehlsverweigerung" berichtet und, daß dort sogar die Forderung aufgestellt worden sei: "Umgestaltung ja, SED nein". Einige der Gründe dafür nannte das Kommissionsmitglied Sprotte:

"Wir werden angeschwindelt und schwindeln selber. Die tieferen Ursachen kennen wir nicht. Die Regierung und Parteiführung hat über viele Jahre das Volk und uns als Genossen angeschwindelt. Diese falsche Politik haben wir jeden Tag mitgemacht und mit realisiert. [...] Wir haben die jungen Genossen schizopren erzogen. Die neue Verfassung, die gefordert wird, wird es nicht erlauben, daß die SED führend ist."

So zutreffend diese Diagnose war, sie änderte nichts an der Hilflosigkeit der Teilnehmer. Der künftige Leiter der PKK, Johannes Schindler, erklärte am Ende

⁵³ SED-Kreisleitung Abteilung Parteiorgane, "Auszüge aus den Monatsberichten der PO/GO Oktober 1989 zur Arbeit des SED-Kreisleitung und der Tätigkeit des MfS und im MfS", 9.11.1989; BStU, ZA, SED KL 1072, Bl. 287-296.

⁵⁴ Parteiorganisation im MfS Parteikontrollkommission, "Protokoll der Sitzung der PKK am 13.11.1989"; BStU, ZA, SED KL 510, Bl. 216-225.

⁵⁵ In Protokollen der Parteiorganisation im Ministerium wurden - alle Parteimitglieder waren angeblich gleich - nicht wie sonst im MfS üblich die Dienstgrade genannt, sondern alle Redner waren "Genossen".

resigniert: "Es gibt keine fachliche Führung des MfS, keine Wirkungen des Kollegiums. Da es keine fachliche Führung gibt, gibt es in der KL [Kreisleitung] keine Konzeption, mit der man vor das Kollektiv treten kann." Als einzig praktische Maßnahme wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die jene Parteimitglieder, die in den Jahren zuvor aus politischen Gründen diszipliniert worden waren, rehabilitieren sollte.

Ein Aspekt aus jener Debatte ist besonders auffällig, weil er über das sonstige Reflexionsniveau hinausgeht: der Ansatz zur Selbstkritik. Das war zu jener Zeit ungewöhnlich, aber keine absolute Ausnahme. So gibt es ein "Diskussionspapier" von Mitarbeitern der HA IX, der Untersuchungsabteilung des MfS, in dem die Autoren die Folgen ihres eigenen Tuns so charakterisieren:

"Der erlebte Prozeß der Anwendung strafrechtlicher und ordnungsrechtlicher Mittel gegen Andersdenkende und Unzufriedene und das Gefühl der Ohnmacht, eine grundlegende Wende herbeiführen zu können, führte zur Veränderung der Persönlichkeit, zu Erscheinungen und Verhaltensweisen der Resignation und Passivität, Verbitterung und Isolation, zu Orientierungs- und Ratlosigkeit."⁵⁶

Die ZAIG, das analytische Zentrum der Staatssicherheit, beschäftigte sich in jenen Tagen ebenfalls mit der Stimmungslage der Mitarbeiter, konzentriert auf die Kreis- und Bezirksdienststellen. Sie kam zu ähnlichen Ergebnissen wie die Parteiorganisation im MfS: "Zunehmende Besorgnis" und "große Verbitterung" machten sich breit.⁵⁷ Für die Beantwortung der Frage nach der Kampfbereitschaft des Gewaltapparates ist eine weitere Beobachtung interessant. In keiner der situationsbezogenen Bestandsaufnahmen zur Lage - in einem Teil der zentralen Dienstseinheiten, in den Parteiorganisationen im Ministerium und in den Regionen - wird von irgendeiner Forderung berichtet, den Marsch nach rückwärts anzutreten und die Demokratiebewegung gewaltsam niederzuschlagen. Insgesamt gesehen war die Stimmung unter den einfachen Mitarbeitern, unterhalb der Ebene der Generalität, in der ersten Novemberhälfte geprägt von Verwirrung und wachsender Verbitterung. Sie hatten sich für eine Elite "tschekistischer Kämpfer" gehalten und fragten nun, "warum das MfS einen derart schlechten Ruf in der Bevölkerung (hat)".⁵⁸ Von ihrer Generalität erhielten sie darauf keine

⁵⁶ HA IX APO 18, "Positions- und Diskussionspapier", 9.11.1989; BStU, ZA, HA IX 2386, Bl. 27-36, hier Bl. 31.

⁵⁷ Vgl. "Hinweise auf beachtenswerte Reaktionen von Mitarbeitern des MfS auf die gegenwärtige Lage", 14.11.1989; SdM 2336, Bl. 14-16.

⁵⁸ SED-Kreisleitung Abteilung Parteiorgane, "Auszüge aus den Monatsberichten der PO/GO Oktober 1989 zur Arbeit des SED-Kreisleitung und der Tätigkeit des MfS und im MfS", 9.11.1989; BStU, ZA, SED KL 1072, Bl. 287-296, hier Bl. 288.

Antwort. Die SED-Kreisleitung konstatierte: "Viele Genossen sind enttäuscht über die noch vorherrschende Sprachlosigkeit und Ratlosigkeit der dienstlichen und parteilichen Leitung unseres Organs und erwarten Konsequenzen."⁵⁹

Mielkes Abschied

Keine Demonstration wirkte auf die MfS-Angehörigen derart demoralisierend wie der Auftritt von Erich Mielke am 13. November vor der Volkskammer. Sein klägliches, vom Fernsehen der DDR direkt übertragener Versuch, sich zu rechtfertigen, hatte bei den Parlamentariern befreiendes Gelächter ausgelöst.⁶⁰ Dieser Auftritt öffnete den "Genossen" die Augen dafür, daß die "Sprachlosigkeit" der Leitung alles andere als Zufall war. Es gab Proteste. So erklärten z. B. die Mitarbeiter der Hauptabteilung (HA) IX, die schon früher als Kritiker hervorgetreten waren, am folgenden Tag in einem Schreiben an Schwanitz, sie hätten "mit Bestürzung, innerer Verzweiflung und Betroffenheit [...] die Worte des Genossen Mielke zur Kenntnis genommen".⁶¹ Mitarbeiter anderer Dienstseinheiten formulierten ähnliche Schreiben. Die Parteiorganisation der Bezirksverwaltung (BV) Erfurt bezeichnete Mielkes Auftritt als "makabres Schauspiel" und forderte generell, daß "unfähige, arrogante, alkoholabhängige und privilegierte Kader auch in unserem Organ abgelöst und zur Verantwortung gezogen werden."⁶² Die Mitarbeiter der Kreisdienststelle Jena entschuldigten sich bei Modrow dafür, daß Mielke "sich persönlich lächerlich gemacht und das MfS insgesamt herabgewürdigt" hat.⁶³ Selbst die SED-Kreisleitung im Ministerium hielt es für

⁵⁹ Ebenda, Bl. 294.

⁶⁰ Text dokumentiert in: Deutschland Archiv, 23 (1990) 1, S. 121. Mielke hat im übrigen bei dieser Gelegenheit nicht erklärt "Ich liebe euch doch alle...", wie es in dem Titel eines weitverbreiteten Buches heißt. Tatsächlich sagte er: "Ich liebe, ich liebe doch alle [*Lachen*]. Ich liebe doch, ich setze mich doch dafür ein." Daß die Wiedergabe im Deutschland Archiv korrekt ist, hat ein Vergleich mit einer Tonbandaufnahme dieser denkwürdigen Sitzung ergeben.

⁶¹ MfS Abt. XI GO [Grundorganisation] XI, Schreiben an Generalleutnant Schwanitz vom 14.11.1989; BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 192.

⁶² BVfS Erfurt GO 18, Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates Genossen Hans Modrow vom 14.11.1989; BStU, ZA, SdM 2291, Bl. 60-61.

⁶³ Schreiben der KD Jena an den Genossen Modrow vom 14.11.1989; BStU, ASt Gera, Ordner "Wende" (unerschlossenes Material).

notwendig, sich in einem Schreiben an den Präsidenten der Volkskammer vom "Auftreten des amtierenden Ministers für Staatssicherheit" zu distanzieren.⁶⁴

Ursprünglich war geplant gewesen, daß Mielke am 13. November auf einem feierlichen Stehbankett der MfS-Generalität seinen förmlichen Abschied nehmen sollte⁶⁵. Nun mußte er sich statt dessen zwei Tage später auf einer Kollegiumssitzung entschuldigen. Über diesen Auftritt notierte ein MfS-Major am 15. November nach einer Dienstbesprechung der HA IX, auf der sein Abteilungsleiter, Generalmajor Rolf Fister, von der Kollegiumssitzung berichtet hatte: "Minister gesprochen / bedauert / konnte sich nicht mehr steuern / (psych. / physisch am Ende)".⁶⁶

Am 24. November fand dann noch ein "Entlassungsgespräch" zwischen Mielke und Schwanitz statt.⁶⁷ Dem ehemaligen Staatsicherheitsminister wurde die Dienstpistole belassen, seine Jagdwaffen freilich mußte er abgeben. Zu seiner "persönlichen Sicherheit" wurde ihm ein Bewacher, eine Haushälterin und ein PKW mit Fahrer zugestanden. Mielke erklärte bei dieser Gelegenheit, er könne seinem Nachfolger "keine Unterlagen übergeben", weil er alles Material an die zuständigen Diensteinheiten geschickt habe.⁶⁸ Als Schwanitz die Einladung zu seiner "offiziellen Verabschiedung" beim Staatsratsvorsitzenden Krenz für den 28. November aussprach, teilte Mielke mit, daß er bis zum 30. November "krankgeschrieben" sei. Seine Karriere war beendet: Am 3. Dezember wurde er aus der SED ausgeschlossen und vier Tage später verhaftet.

⁶⁴ Horst Felber, Schreiben an Dr. Günter Maleuda vom 14.11.1989; BStU, ASt Berlin, A 1286, ohne Pag.

⁶⁵ Dieses Bankett war für den 13. November um 20.00 Uhr geplant, ziemlich genau der Zeitpunkt, zu dem Mielke seinen für das MfS fatalen Volkskammer-Auftritt hatte. (Vgl. handschriftliche Notiz von Schwanitz in: BStU, ZA, SdM 1992, Bl. 213).

⁶⁶ Arbeitsbuch Major Haase, Eintragung vom 15.11.1989; BStU, ZA, HA IX 2915, Bl. 95.

⁶⁷ AfNS Leiter, "Vermerk über das Entlassungsgespräch mit Genossen Erich Mielke", 24.11.1989, in: Kaderakte Schwanitz; BStU, ZA, KS 1262/90, Bl. 388-389.

⁶⁸ Vor der Volkskammer berichtete Schwanitz am 1. Dezember den ungläubigen Abgeordneten, er habe von seinem Amtsvorgänger nur "zwei leere Panzerschränke" übernommen; "Debatte über Korruption und Amtsmissbrauch". In: "Neues Deutschland" 2./3.12.1989.

Vom MfS zum AfNS

Am 13. November war mit der Neuwahl des Ministerpräsidenten die Regierungsumbildung eingeleitet worden. Am 17. November erstattete Modrow seine Regierungserklärung, am 18. November wurde der neue Ministerrat gewählt. Angesichts der Umwälzung im Land war es erstaunlich, wie wenig Aufmerksamkeit die neue Regierung der Institution schenkte, die unter dem alten Regime beauftragt gewesen war, antidiktatorische Entwicklungen zu verhindern, und die nun, wie sich in den folgenden Wochen noch deutlicher zeigen sollte, zu einem Symbol der Unvollkommenheit der bisherigen "Wende" wurde. Die Umwandlung des Ministeriums für Staatssicherheit in ein "Amt für Nationale Sicherheit" wurde von Modrow im Rahmen seiner Regierungserklärung fast beiläufig angekündigt und mit der Wahl von Wolfgang Schwanitz⁶⁹ zum Leiter des Amtes durch die Volkskammer bestätigt. Ein neues Gesetz zur Schaffung dieses Amtes existierte nicht; es hätte erst erarbeitet werden müssen. Dazu ist es nicht mehr gekommen. Die Ausführungen zur Staatssicherheit in Modrows sonst sehr umfangreicher Erklärung waren von lapidarer Kürze:

"Neues Denken in Fragen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit muß sich rechtlich und administrativ umsetzen. Dazu gehört die Bildung eines Amtes für Nationale Sicherheit an Stelle des Ministeriums für Staatssicherheit, verbunden mit einer Verringerung des Aufwandes."⁷⁰

Relevanter als der neue Name des Geheimdienstes sollten andere programmatische Aspekte dieser Regierungsbildung werden: vor allem die beginnende Trennung von Ministerrat und SED-Parteiparat⁷¹ und, daß der Eckpfeiler der Diktatur mit der Bildung einer Kommission zur Überarbeitung des

⁶⁹ Wolfgang Schwanitz, geb. 1930, war seit 1951 im MfS tätig. 1973 promovierte er an dessen Juristischer Hochschule (JHS) mit einer Arbeit über "Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung von feindlichen Erscheinungen unter jugendlichen Personen in der DDR". Von 1974 bis 1986 war er Leiter BVfS (Bezirksverwaltung für Staatssicherheit) Berlin, danach Stellvertreter Mielkes für die technischen Dienstleistungen (Funkaufklärung, Telefonüberwachung, Chiffrierwesen u. ä.).

⁷⁰ Neues Deutschland 18./19.11.1989, S. 4; Nachdruck der Regierungserklärung in: Deutschland Archiv, 23 (1990) 1, S. 122-135.

⁷¹ In der Regierungserklärung kam das dadurch zum Ausdruck, daß die SED, deren "führende Rolle" bei solchen Gelegenheiten sonst gehuldigt wurde, schlichtweg nicht erwähnt worden ist.

Artikels 1 der DDR-Verfassung (jenes Artikel in dem die "führende Rolle" der SED festgeschrieben war) zumindest zur Debatte gestellt wurde.⁷²

Beides bedeutete nicht, daß Modrow seinerzeit die SED bereits völlig abgeschrieben hätte. Sein Ziel war eine "Perestrojka" in der DDR. Der Horizont denkbarer Veränderungen in der DDR wurde bestimmt von dem Niveau, auf dem sich die politische Umwälzung damals in der Sowjetunion befand: Es existierte dort eine Vielzahl von "informellen Organisationen"; im Zeichen von "Glasnost" wurden hitzige öffentliche Debatten geführt, aber die KPdSU (und im Hintergrund auch der KGB) hatte dennoch die Zügel in der Hand.⁷³ Modrow hoffte wohl damals noch, es würde gelingen, die Führungsrolle der SED auch ohne verfassungsrechtliche - und damit auch ohne strafrechtliche - Absicherung auf politischem Wege zu erhalten. Das war eine Illusion, die er mit seinem Vorbild Gorbatschow teilte.

Das MfS sollte laut Regierungserklärung einen neuen Namen erhalten. Der Vorschlag dazu stammte von der Staatssicherheit selbst. In den Tagen, als die Regierungserklärung erarbeitet wurde, war - wahrscheinlich von der ZAIG - ein Entwurf für eine "Erklärung" des MfS-Kollegiums vorbereitet worden⁷⁴. Die Erklärung sollte am 15. November verabschiedet werden. In dem Entwurf dafür taucht erstmals die Bezeichnung "AfNS" auf. Die Begründung war: Man würde sowieso aus politischen Gründen umbenannt werden. Angesichts dieser Situation sei es taktisch besser, selbst die Initiative zu ergreifen, als von außen dazu gezwungen zu werden, denn das würde als "Erfolg des Gegners" interpretiert werden.⁷⁵

Da der neue Amtsleiter dem Vorsitzenden des Ministerrates direkt unterstellt und Mitglied des Ministerrates sein würde, änderte sich auch die Stellung in der Hierarchie: Bis dahin war das MfS dem Vorsitzenden des Nationalen Ver-

⁷² Zur Regierungsbildung und -programmatische zusammenfassend: Peter Jochen Winters: Ein neues Demokratiegefühl. Die Volkskammer ist nicht mehr sprachlos. In: Deutschland Archiv 22 (1989) 12, S.1331-1339.

⁷³ Zur damaligen Situation in der UdSSR vgl. Gerhard u. Nadja Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993.

⁷⁴ "Hinweise"; BStU, ZA, ZAIG 7528, Bl. 158-181. Auf dem Dokument fehlen Herkunftsangabe und Datum. Der Bezug zur Kollegiums-Erklärung vom 15.11. geht aus dem Inhalt hervor; Fundort und die für ZAIG-Vorlagen typische Betitelung verweisen ebenso auf deren Urheberschaft wie ihre Kompetenz zur Erarbeitung von Vorlagen zu Grundsatzdokumenten.

⁷⁵ "Hinweise", a. a. O., Bl. 158.

teidigungsrates (NVR) und Generalsekretär der SED direkt untergeordnet gewesen.⁷⁶ Entsprechend der beginnenden Entflechtung von Partei und Staat wurde sie nun Regierungsorgan.

Was im MfS unter der von Modrow angekündigten "Verringerung des Aufwandes" verstanden wurde, machte Schwanitz wenige Tage später - allerdings nur für Eingeweihte - deutlich. In einem Interview kündigte er an: "Wir werden das Amt um etwa 8.000 Mitarbeiter reduzieren."⁷⁷ Angesichts einer - seinerzeit in ihrer Größe unbekanntenen⁷⁸ - Mitarbeiterzahl von etwa 91.000⁷⁹ war das ein sehr bescheidener Einschnitt. Ehe es jedoch auch nur soweit kam, drängten noch andere Probleme.

Suche nach einem Neuanfang

Am 15. November tagte erstmals nach dem Sturz der Regierung und der Öffnung der Mauer das Kollegium des MfS. In seiner Eröffnungsrede⁸⁰ konstatierte Schwanitz als künftiger Leiter der Staatssicherheit "erhebliche Verunsicherung im Mitarbeiterbestand" und "eine teilweise Minderung der Kampfkraft".⁸¹ Hinsichtlich

⁷⁶ Vgl. "Statut des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 23.10.1967", Geheime Kommandosache VS Nr. A 58670; Bundesarchiv, Militärisches Zwischenarchiv, Potsdam, V/7-61/39487, Bl. 5-25.

⁷⁷ Neues Deutschland 23.11.89. In den "Hinweisen" war noch davon die Rede gewesen, "4.000 bis 5.000 [MfS-]Angehörige freizusetzen"; a. a. O., Bl. 161.

⁷⁸ Die erste einigermaßen zutreffende Information über die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter gab der Regierungsbeauftragte für die Auflösung des AfNS, Peter Koch, in einem Interview mit der Nachrichtensendung "AK-2" des Fernsehens der DDR am 5.1.1990. Er sprach von über 85.000 hauptamtlichen Mitarbeitern; vgl. Zimmerling: Chronik 4/5, S. 31.

⁷⁹ Vgl. "Kaderbestand der Diensteinheiten des ehemaligen MfS sowie die beabsichtigte Reduzierung des Kaderbestandes im Amt für Nationale Sicherheit", Anlage zu: AfNS Sekretär des Kollegiums, Generalmajor Ludwig, Geheime Kollegiumssache vom 28.11.1989; BStU, ZA, SdM 636, Bl. 15-18.

⁸⁰ "Hinweise für Dienstbesprechung am 15.11.1989"; BStU, ZA, ZAIG 8682, S. 1-23. Es handelt sich bei diesem Manuskript um den Redeentwurf für Schwanitz.

⁸¹ Ebenda, S. 4. Hinsichtlich der Schilderung des inneren Verfalls war die ZAIG in einer Vorlage für diese Sitzung noch etwas deutlicher geworden: "Wäre keine geordnete Überführung / Umprofilierung zu gewährleisten, würde das zu nicht absehbaren politischen Erschütterungen und Verunsicherungen im Mitarbeiterbestand führen. Es würde unweigerlich zu einer politischen Vertrauenskrise großer Teile der Angehörigen des MfS zur Partei und ihrer Führung sowie zum Staatssicherheitsorgan kommen. [...] Es muß damit gerechnet werden, daß eine Reihe von Mitarbeitern Ordnung und Disziplin verletzt und die innere Sicherheit gefährdet. Es ist in Betracht zu ziehen, daß Mitarbeiter in ihrer Ratlosigkeit und Konfliktsituation Verrat üben und geheimzuhaltende Informationen preisgeben, die von

der SED unter dem neuen Generalsekretär Krenz (dessen Namen er nicht erwähnte) stellte er fest: "Die führende Rolle der Partei - wie bereits gesagt - ist nicht mehr gegeben." Von der neuen Regierung unter Modrow sei die "Herbeiführung einer Entflechtung von Partei und Staat auf allen Ebenen" zu erwarten. Damit war die bisherige Raison d'être der Staatssicherheit entfallen. Man sollte meinen, daß dies ein hinreichender Anlaß gewesen wäre, grundsätzliche Überlegungen zum eigenen Selbstverständnis und zur Stellung der Staatssicherheit im politischen System anzustellen. Doch welche Konsequenzen das für das MfS/AfNS haben würde, wie darauf zu reagieren sei - dazu fiel Schwanitz wenig mehr ein als Durchhalteparolen, die auf dem alten, in Auflösung begriffenen ideologischen System basierten und gegen die kritischen Geister unter den MfS-Angehörigen gerichtet waren: "Auch in unseren Reihen ist die Einheit und Geschlossenheit der Partei- und Dienstkollektive wieder herzustellen und zu sichern."⁸² Um dazu beizutragen, verabschiedete die Generalsriege eine "Erklärung".⁸³ Einleitend wurde postuliert, daß die MfS-Mitarbeiter die Wende der SED-Politik mitzuvollziehen hätten:

"Mit dem nunmehr begonnenen gesellschaftlichen Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus wurde ein Prozeß gravierender Umwälzungen in Gang gesetzt, hat sich das politische Kräfteverhältnis in der DDR grundlegend verändert, entstanden beispielsweise mit der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie und Kontrolle, mit der Reisetätigkeit und dem veränderten Grenzregime gänzlich neue Bedingungen, die auch an das zu schaffende Amt für Nationale Sicherheit völlig neue Anforderungen stellen. Wir stehen vor dem objektiven Erfordernis, die Verantwortung und die Aufgaben des Amtes in die Politik der Erneuerung vorbehaltlos einzuordnen."⁸⁴

Damit war entschieden, daß sich die Spitze der Staatssicherheit nicht offen gegen die neue Politik stellen würde. Was das aber konkret bedeuten sollte, blieb unklar. Nicht mehr als ein vager Hinweis war die Ankündigung, daß ein "Gesetz über die öffentliche Ordnung und staatliche Sicherheit"⁸⁵ in Vorbereitung wäre. Das "inoffizielle Netz" sei zu sichern, wurde gleichzeitig erklärt, und "die Aufklärung

verfassungsfeindlichen und anderen Kräften genutzt werden könnten, um Partei und Staat einen großen politischen Schaden zuzufügen." "Hinweise"; BStU, ZA, ZAIG 7582, Bl. 158-187, hier Bl. 160.

⁸² Ebenda, S. 4.

⁸³ "Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit (15. November 1989)"; BStU, ZA, SdM 627, Bl. 67-77.

⁸⁴ Ebenda, Bl. 69.

⁸⁵ Einen entsprechenden Vorschlag hatte die ZAIG bereits am 31.10. in einer Zuarbeit für das Referat von Egon Krenz-auf dem 10.Plenum des ZK der SED (8.-10.11.1989) gemacht; vgl. BStU, ZA, SdM 2151, Bl. 29-41.

und Verhinderung verfassungsfreundlicher Aktivitäten" als vorrangige Aufgabe bestimmt.⁸⁶ Entfallen würden dagegen andere "Aufgaben im Zusammenhang mit der Sicherung von Veranstaltungen, der Sicherung des gesamten Reiseverkehrs, einschließlich der Organisation der Paßkontrolle, der Sicherung der Staatsgrenze sowie der Gewährleistung des Geheimnisschutzes."

Gemäß einer langen Tradition mieden die alten Generäle jede "Fehlerdiskussion"; sie fanden kein Wort der Selbstkritik oder gar der Entschuldigung, nicht einmal der Erklärung für die bisher von ihnen vertretene Ideologie und Praxis. Die Vergangenheit schien für sie nicht zu existieren. Für die aufbegehrenden Mitarbeiter, denen diese "Erklärung" zgedacht war, enthielt sie kaum Antworten, vor allem nicht auf die entscheidenden Fragen. Deren Unsicherheit wurde sogar noch verstärkt, weil es nun gewissermaßen "amtlich" war, daß die Staatssicherheit um "die Freisetzung bzw. Umgruppierung von Kadern in erheblichen Größenordnungen"⁸⁷ nicht herumkommen würde. Die Rezeption dieser "Erklärung" unter den Angehörigen des MfS schilderte auf einer Sitzung der SED-Kreisleitung der 1. Sekretär der FDJ, Major Willim:

"Die Stimmung unter jungen Genossen ist so, daß die Erklärung, ich spitze das bewußt etwas zu, als Abschiedsbrief aufgefaßt wird an unsere Mitarbeiter und die Losung in unserer [FDJ-]Kreisorganisation herumgeht, wer will, kann gehen und sich selbst eine Arbeit suchen."⁸⁸

Zur Ungewißheit hinsichtlich der Stellung und der Aufgaben des Amtes in einem wie auch immer "erneuerten Sozialismus" kam nun die Angst um die berufliche Existenz, die umso größer war, je unbestimmter die politischen Perspektiven sich darstellten. Im Prinzip konnte die Freisetzung fast jeden treffen und das in einer Gesellschaft, deren Bürger die Angst vor der Staatssicherheit eben abschüttelten und die begannen, ihrer angestauten Empörung Luft zu machen.

⁸⁶ Schwanitz in diesem Zusammenhang am gleichen Tag hatte erklärt: "Die bisher in der Arbeit des MfS definierten Angriffsrichtungen politisch-ideologische Diversion, politische Untergrundtätigkeit, Kontaktpolitik / Kontakttätigkeit und die daraus abgeleiteten Aufgabenstellungen haben unter den Bedingungen der Politik der Erneuerung sowie des breiten inneren Dialog, einschließlich der veränderten politischen Kräfteverhältnisse im Innern der DDR, kaum noch eine Berechtigung. Was sich daraus praktisch ergibt, ist noch weiter abzuklären und zu entscheiden." A. a. O., Bl. 13 f.

⁸⁷ A. a. O., Bl. 69.

⁸⁸ "Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung am 18. November 1989"; BStU, ZA, SED KL 570, Bl. 782-865, hier Bl. 824.

Revision der Sicherheitsdoktrin

Fast eine Woche nach der wenig ertragreichen Sitzung des Kollegiums fand am 21. November im AfNS eine große Dienstbesprechung statt. An ihr nahmen neben der Führungsmannschaft des Amtes auch die Leiter der nun "Bezirksämter" genannten Bezirksverwaltungen teil.⁸⁹ Der neue Ministerpräsident führte Schwanitz als Leiter ein.⁹⁰ Modrow konzentrierte sich auf die Darstellung der politischen Situation und kündigte an, daß es spätestens im Herbst 1990 Neuwahlen geben werde. Als "Taktik" gegenüber der Bürgerrechtsbewegung propagierte er, sie in die politische Verantwortung einzubinden.⁹¹ Eine gewaltsame Lösung des Machtkampfs kam für Modrow nicht in Frage,⁹² was in der damaligen Situation noch nicht unwesentlich war. Auf die Staatssicherheit kam er erst gegen Ende seiner Rede kurz zu sprechen. Zuvor hatte der Ministerpräsident von seinen Zuhörern u. a. gefordert, "gründlichere" und "differenziertere" Informationen zur Lage im allgemeinen und zur neugegründeten Sozialdemokratischen Partei (SDP) im besonderen zu liefern.⁹³ Irgendeine Kritik an der bisherigen Staatssicherheit war in Modrows Ausführungen nicht enthalten, sieht man von der vagen Aussage ab, daß "die Erneuerung" auch am AfNS nicht vorbeigehen werde. Am Schluß dankte er der MfS-Generalität sogar noch "für die geleistete Arbeit, den hohen Einsatz".⁹⁴

Daß diese Dienstbesprechung dennoch zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der Staatssicherheit werden sollte, lag nicht an den Ausführungen Modrows, sondern an jenen von Wolfgang Schwanitz. Er verkündete in seiner Rede eine

⁸⁹ Ablaufplan und Teilnehmerliste in: BStU, ZA, SdM 2290, Bl. 97-102.

⁹⁰ "Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des Gen. Generalleutnant Schwanitz als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Gen. Hans Modrow 21.11.1989 (Tonbandabschrift)"; BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 1-68.

⁹¹ Das entsprach den Empfehlungen, die Michail Gorbatschow am 1. November Egon Krenz bei einem Treffen in Moskau mit auf den Weg gegeben hatte. Zur Frage einer Zulassung des "Neuen Forum" hat er laut Protokoll erklärt: "Man dürfe den Zeitpunkt nicht verpassen, damit solche Bewegungen nicht auf die andere Seite der Barrikade geraten. Die Partei dürfe solchen Problemen nicht ausweichen, sie müsse mit diesen Kräften arbeiten." Bundesarchiv, Stiftung Parteien und Massenorganisationen [künftig: SAPMO], SED, ZK, IV 2/1/704, Nachdruck in: Stephan: Vorwärts, S. 199-224, hier S. 218.

⁹² Vgl. ebenda, Bl. 20 u. 26.

⁹³ Rede Modrows ebenda, Bl. 4-30, hier Bl. 19 u. 24. Diese Rede ist dokumentiert in Stephan: Vorwärts, a. a. O., S. 253-267.

⁹⁴ Ebenda, S. 30.

Sicherheitsdoktrin, die zumindest in Teilen als neu bezeichnet werden kann. Die Ideen dazu stammten zu einem erheblichen Teil nicht von ihm selbst und auch nicht aus dem für die Erarbeitung von Grundsatzdokumenten zuständigen Bereich 2 der ZAIG. Die Kritik, die in vielen Dienstseinheiten des Ministeriums laut geworden war, mußte auch dem neuen Leiter zu Ohren gekommen sein, doch noch in seiner Rede vor dem Kollegium am 15. November war davon wenig mehr zu spüren gewesen als der hilflose Versuch, dem einen Riegel vorzuschieben. Vergleicht man die damals von der ZAIG für Schwanitz erarbeiteten "Hinweise", die sicherlich von ihm selbst inspiriert waren, mit der sechs Tage später gehaltenen Ansprache auf der Dienstberatung, zeigen sich plötzlich beträchtliche Unterschiede. So war der Begriff "Sicherheitsdoktrin", den Schwanitz zur Beschreibung der ideologischen Ausrichtung des MfS einführte, bis dahin nur zur Beschreibung grundsätzlicher Ausrichtungen in der internationalen Politik verwendet worden, hinsichtlich des "Abwehrbereiches" aber ganz ungebräuchlich gewesen.

Die Lösung des Rätsels, wie der neue AfNS-Chef zu den neuen Erkenntnissen und ihrer begrifflichen Fassung gekommen ist, findet sich in einer der Arbeitsakten, in denen Schwanitz verschiedene Papiere zur Reorganisation der Staatssicherheit verwahrte. Eines dieser Papiere trägt den schlichten Titel "MfS", das Datum 12.-14. November 1989 und den Autorennamen Markus Wolf.⁹⁵ Der ehemalige Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung hatte in diesem "Positionspapier" Gedanken zusammengetragen, die er Wolfgang Schwanitz bei einem Gespräch nahe zu bringen versuchte.⁹⁶ Der unter Mitarbeitern der Staatssicherheit überaus populäre Wolf⁹⁷ - zu seiner Popularität hatte nicht zuletzt sein Auftritt auf der Demonstration am 4. November beigetragen, gerade wegen der Pfiffe, die er sich eingehandelt hatte⁹⁸ - war ursprünglich vom letzten

⁹⁵ Markus Wolf, "MfS"; BStU, ZA, SdM 1997, Bl. 439-443.

⁹⁶ Zu diesem Gespräch, das am 14.11. stattfand, vgl. die Notizen in: Markus Wolf: In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten, München 1991, S. 253. Dort findet sich auch eine stilistisch überarbeitete und leicht gekürzte Version dieses Papiers (S. 253-257). Der Fund in den Schwanitz-Akten ist relevant, weil er ein Stück Rezeptionsgeschichte dokumentiert.

⁹⁷ Anfang Dezember 1989 wurde der - wie es in der Delegiertenliste heißt - "Rentner" Markus Wolf von Mitarbeitern der AfNS-Zentrale als einer der Delegierten für den außerordentlichen Parteitag der SED gewählt. Vgl. "Delegierte zum außerordentlichen Parteitag", 6.12.1989; BStU, ZA, SED KL 570, Bl. 939-943.

⁹⁸ Die Mitarbeiter der BVfS Erfurt z. B. baten in einem Glückwunschs Schreiben an den neuen Ministerpräsidenten: "Bitte setzen Sie sich in Ihrer Funktion dafür ein, daß wir einen mit der Arbeiterklasse verbundenen, vom Volk geachteten und vom Feind gefürchteten Minister bekommen, zum Beispiel unseren Genossen Markus Wolf, der sich als erster öffentlich vor

"Königsmacher" der SED, Schabowski, als neuer Leiter des Amtes vorgesehen gewesen, hatte das aber strikt abgelehnt.⁹⁹ Sein Wort hatte also Gewicht. Entsprechend aufmerksam hat Schwanitz das "Positionspapier" studiert. Das ist an einer Vielzahl von Unterstreichungen erkennbar.

Wolf hatte eine äußerst scharfe Kritik am bisherigen System zu Papier gebracht, ein System, das "zunehmend Formen eines absurden Absolutismus mit an byzantinischen Feudalismus erinnernden Zutaten"¹⁰⁰ angenommen habe. Seine Ausgangsthese war:

"Es beginnt mit der Sicherheitsdoktrin und der daraus abgeleiteten Praxis der operativen Tätigkeit. Trotz aller in Befehlen und Weisungen enthaltenen Orientierung auf die tatsächliche Feindtätigkeit begann sich die Philosophie des Ministers immer mehr durchzusetzen. Die Sicherheit muß alles wissen: Was im Staat geschieht oder nicht funktioniert [...] - kein Gebiet wurde ausgenommen. Auch nicht die Partei und ihre leitenden Organe. Entsprechend wuchs und wuchs der Apparat in Dimensionen, die jeder Großmacht spürbare Belastungen auferlegen würden."

Bei Generalleutnant Schwanitz liest sich das so:

"Es geht nicht etwa um kosmetische Veränderungen, sondern um eine grundsätzliche Neubestimmung unserer, wenn ich das mal so sagen will, Sicherheitsdoktrin oder Sicherheitsphilosophie, es gibt ja jetzt dafür so viele Begriffe, oder Sicherheitskonzeption. [...] Wovon müssen wir uns trennen, Genossen. 1. Von der These, wir müßten alles wissen, was in diesem Staat geschieht oder nicht funktioniert und überall Einfluß nehmen. [...] Um es ganz deutlich zu sagen, Genossen, solch einen riesigen Sicherheitsapparat kann sich kein Staat dieser Welt mit dieser Bevölkerungszahl und dieser Wirtschaft leisten."¹⁰¹

Schwanitz ist im folgenden, obwohl er noch manch andere Formulierung fast wörtlich übernommen hat, allerdings erheblich von Wolfs "Vorlage" abgewichen.

dem Volk der DDR zu unserem Organ positioniert hat." Schreiben der GO Erfurt an Ministerpräsident Modrow vom 14.11.1989; BStU, ZA, SdM 2291, Bl. 60-61.

⁹⁹ Auf eine entsprechende Frage kurz vor der Kundgebung am 4. November auf dem Alexanderplatz habe Wolf nur geantwortet: "Nie wieder!"; zitiert nach: "Der Honecker muß weg!" Protokoll eines Gespräches mit Günter Schabowski am 24. April 1990 in Berlin/West, hrsg. von Hans-Hermann Hertle, Theo Pirker u. Rainer Weinert, FU Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung. Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 35, Juni 1990, S. 47.

¹⁰⁰ Schon dieses Formulierung zeigt, daß Wolf, der perfekt Russisch spricht, in den Kategorien der damaligen - in der DDR verpönten - sowjetischen Stalinismus-Diskussion, eines Anatolij Butenko oder Leonid Batkin, dachte. Die beste Zusammenstellung von Texten auf dem Stand jener Zeit findet sich in: Juri Afanassjew (Hrsg.) "Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus", Nördlingen 1988 (russ. Ausgabe: "Inogo ne dano", Moskau 1988).

¹⁰¹ Rede von Schwanitz, a. a. O., Bl. 31-40, hier Bl. 35.

Markus Wolf hatte politisch argumentiert: Der Staatssicherheit würde in der Bevölkerung "Haß" entgegenschlagen, wegen ihrer Kriminalisierung jeglicher Abweichung von der herrschenden Politik, wegen ihrer allgegenwärtigen Präsenz, "wegen operativer Maßnahmen und unterschiedlicher repressiver Schritte". Gefordert sei deshalb eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Staatssicherheit, die Aufdeckung von Verbrechen und die "öffentliche Rehabilitierung" unschuldiger Opfer. Genannt werden beispielhaft die Namen von Walter Janka, Paul Merker, Willi Kreikemeyer und Lex Ende. Das waren Fälle aus den 50er Jahren. Neben "klarer Kritik der Vergangenheit" (die allerdings bei Wolf in ihren tatsächlichen Dimensionen nicht annähernd sichtbar wird¹⁰²) müsste auch die aktuelle Tätigkeit der Staatssicherheit grundlegend revidiert werden. Dazu sei die alte Generalität nicht in der Lage. Sie müsste durch "jüngere Kader" ersetzt werden, die entsprechende Reformvorschläge erarbeiten würden. Und schließlich müssten die dienstlichen Bestimmungen durchgesehen und radikal reduziert werden. "Alles mit >ideologischer Diversion< u. ä. Begriffen Zusammenhängende ist kurzfristig außer Kraft zu setzen." Über all diese Schritte sei stets die Öffentlichkeit zu informieren.

Diese Vorschläge waren weitgehend, aber sie gingen von der Existenzberechtigung der Staatssicherheit aus und unterstellten, es gebe "saubere Traditionen des Kampfes gegen die wahren Feinde des Sozialismus"¹⁰³. Es war ein systemimmanentes, kein revolutionäres Vorhaben, das da skizziert wurde. Dennoch war es ein politisches Programm. Der Vergleich dieser Konzeption mit dem, was Schwanitz aus ihr gemacht hat, zeigt die Schwächen des neuen AfNS-Leiters. Auch Schwanitz wollte Veränderungen. Seine Zurückweisung der bis dahin dominierenden Auffassung, es sei möglich, "politische Probleme und tiefgreifende gesellschaftliche Widersprüche mit administrativen Mitteln (zu) lösen", hätte einen Fortschritt darstellen können. Die Erfüllung einiger seiner Forderungen hätte man sich sehr viel früher gewünscht:

¹⁰² Das ist eine bei Wolf durchgängige Tendenz: Früher als andere seiner Genossen aus dem Parteiestablishment hat er die dunklen Seiten in der Geschichte des Kommunismus angesprochen, zugleich jedoch scheute er davor zurück, die wirklichen Ausmaße des Terrors zu benennen. In diesem Punkt ähnelte er Gorbatschow. So kann man seine Darstellung der sowjetischen Kollektivierung in der Ende 1988 erschienenen "Troika" nur als Schönfärberei auf dem Niveau von Gorbatschows Ansprache zum 60. Jahrestag der "Oktoberrevolution" bezeichnen. Wolfs Veröffentlichung war in der DDR dennoch politisch wichtig: Sie thematisierte ein Tabuthema, die schrecklichen 30er Jahre in der Sowjetunion, und stellte das "Feindbild" der Staatssicherheit in Frage, indem er Toleranz gegenüber "Andersdenkenden" forderte.

¹⁰³ Diese Formulierung hat Wolf in der Veröffentlichung seiner Notizen gestrichen.

"Wir müssen uns trennen von der operativen Bearbeitung Andersdenkender. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang trennen von solchen Begriffen wie politisch-ideologische Diversion, politische Untergrundtätigkeit, politische Kontaktpolitik/Kontaktstätigkeit usw."¹⁰⁴

Das bedeutete, daß das traditionelle innere Feindbild der Staatssicherheit: die von ausländischen Geheimdienstzentralen gesteuerte "politische Untergrundtätigkeit" "feindlich-negativer" Elemente in der DDR, fast stillschweigend fallengelassen wurde. Aber ganz konnte Schwanitz von seinem Feindbild nicht lassen. Es folgt sogleich die Einschränkung: "beziehungsweise müssen diese Begriffe neu wissenschaftlich durchdacht werden". Das AfNS solle sich künftig nur noch um "Verfassungsfeinde" kümmern, zu denen jene "Kräfte im Neuen Forum, [...] die ebenfalls für einen demokratischen Sozialismus sind", explizit nicht gerechnet werden sollten. Mit ihnen wäre sogar eine "Sicherheitspartnerschaft" anzustreben.¹⁰⁵ Zugleich aber forderte Schwanitz, die "IM-Arbeit wieder zu aktivieren", "um Verfassungsfeinde zu erkennen". Das war eine doppelzüngige Taktik, die politisch verheerende Folgen haben konnte, dessen war sich der AfNS-Leiter bewußt, denn er fügte hinzu: "Aber natürlich bei Gewährleistung strengster Geheimhaltung und Konspiration. Uns darf in dieser Situation keine einzige Panne passieren."

Ob allerdings die Arbeit mit den Inoffiziellen Mitarbeitern in der zweiten Novemberhälfte 1989 tatsächlich noch in größerem Maßstab funktioniert hat, ist eine andere Frage. Schwanitz, der mit diesem Aspekt der MfS-Tätigkeit seit 1986 wenig zu tun hatte, ließ Zweifel anklingen. Es gelte, sagte er, "das Vertrauen (der IM) zum Amt und zu den Mitarbeitern des Amtes wiederzugewinnen". Deutlicher wurde in der anschließenden Diskussion Generaloberst Mittig, der zweite Mann im MfS, dem u. a. die besonders "IM-intensiven" Hauptabteilungen XVIII (Wirtschaft) und XX (Staatsapparat, Kultur und Opposition) unterstanden. "Die operative Substanz in Person der inoffiziellen Mitarbeiter (zu erhalten)", betrachtete er als "die Hauptfrage". Doch damit stünde es schlecht:

"Bleiben wir bei diesem Problem, wer aus dem Netz der Inoffiziellen Mitarbeiter ist bereit weiter mitzuarbeiten. Jetzt kann man sagen, es gibt keine Treffmöglichkeit. Haben wir schriftlich die Abstandnahme von inoffiziellen Mitarbeitern, auch sogar von Parteimitgliedern, die haben wir. Höflich, korrekt, daß sie das oder jenes nicht verstehen. Nehmen noch diese oder jene Begleiterscheinung, aber sie seilen sich ab [...]".¹⁰⁶

¹⁰⁴ Schwanitz, a. a. O., Bl. 36.

¹⁰⁵ Ebenda, Bl. 40.

¹⁰⁶ A. a. O., Bl. 58 f.

Diese Darstellung war etwa hinsichtlich der fehlenden "Treffmöglichkeiten" gewiß übertrieben. Es existieren noch IM-Treffberichte von Anfang Dezember 1989; erst dann bricht die schriftliche Überlieferung ab. Das muß nicht bedeuten, daß danach keine Treffen mehr stattgefunden haben.¹⁰⁷ Einzelne Beispiele dafür sind aus Berichten von ehemaligen IM bekannt. Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, daß die hauptamtlichen Mitarbeiter des AfNS zu jener Zeit noch wie früher bürokratisch ausgefeilte Maßnahme- und Operativpläne entworfen oder gar umgesetzt haben.

In der Debatte¹⁰⁸ wurden noch andere Aspekte aus Schwanitz' Rede aufgegriffen. Der AfNS-Leiter hatte auf die veränderte Stellung der Staatssicherheit im politischen System hingewiesen und in diesem Zusammenhang ein verändertes Rechtsverständnis der Mitarbeiter gefordert:

"Wir müssen uns von der These trennen, die Politik habe das Primat in der operativen Arbeit, auch bei der Anwendung des sozialistischen Rechts. Genossen, das hat faktisch zu der Tatsache geführt, daß das MfS immer mehr das Machtorgan des Generalsekretärs wurde. Ich sage das so deutlich, wie es ist. Für die künftige Arbeit im Amt hat das sozialistische Recht im sozialistischen Rechtsstaat das Primat. Wir unterstehen der Volkskammer und sind der Volkskammer, als dem höchsten Machtorgan dieses Landes, rechenschaftspflichtig und zwischen den Tagungen dem Ministerpräsidenten, dem Genossen Hans Modrow."

Der Kommentar von Generaloberst Mittig zu diesem Punkt machte das ganze Elend der bisher vorherrschenden "Rechtsauffassung" deutlich:

"Es wird viel geredet von Verfassungsmäßigkeit und verfassungsrechtlichen Grundlagen, Straftatbeständen, [...] über die Verfassung, aber man hat sie noch nicht einmal gelesen. Das mag zwar tragisch sein, aber wir müssen Schluß machen damit, daß jeder seine private Rechtsprechung hat, die dann noch erklärt wird mit Klassenstandpunkt usw."¹⁰⁹

Im Vordergrund standen zu dieser Zeit allerdings andere Fragen. Die Bewahrung des "inoffiziellen Netzes" und in diesem Zusammenhang die Frage, wie mit dem "operativen Material", d. h. den Spitzel-Berichten und den Akten über die Opfer der Staatssicherheit umzugehen sei. Mittig erklärte, "daß das Material unter den heutigen Bedingungen einfach disqualifiziert ist". Es lege Zeugnis ab von der (lebendigen) Vergangenheit dieser Institution:

¹⁰⁷ Neue Informationen wurden nicht sofort zu den Akten genommen; schon aus Vorsicht ist in diesen Wochen wohl auf eine Verschriftlichung verzichtet worden.

¹⁰⁸ Modrow hatte inzwischen den Raum verlassen.

¹⁰⁹ A. a. O., Bl. 59.

"Und da kann man 100mal in der Präambel aufschreiben, politische Konflikte sind mit politischen Mitteln zu klären. Das wird zwar gesagt, aber andererseits liegt das Material noch da und bietet den Nachweis, daß die Staatssicherheit vom neuen Denken noch weit entfernt ist."¹¹⁰

Andererseits war es nicht einfach, dieses Material loszuwerden. Tatsächlich hatte nach Mielkes Befehl vom 6. November zumindest in den Kreisdienststellen die Vernichtung von Unterlagen bereits begonnen. Dabei tauchten erste Probleme auf. Der Leiter der BV Rostock, Generalmajor Rudolf Mittag, forderte: "Wir müssen eine einheitliche Auffassung haben über das Wegschmeißen von Papier. Das macht jeder anders." Darauf antwortete Schwanitz:

"Was das Vernichten anbetrifft, Genossen, besonders in den Kreisdienststellen. Macht das wirklich sehr klug und sehr unauffällig. Wir werden stark kontrolliert. [...] Also realisiert die Aufgaben klug und so wie sie angewiesen wurden. Es hat keinen Zweck einen Haufen Papier mitzuschleppen, der uns in der gegenwärtigen und künftigen Zeit nichts nützt."¹¹¹

Das war ein deutlicher Hinweis, wie zu verfahren sei. Zugleich war es typisch für die gesamte Vorgehensweise von Schwanitz: Heimlich, still und leise sollte - soweit überhaupt - die "Umprofilierung" des Amtes vor sich gehen. Zugleich wäre die Öffentlichkeit durch "verstärkte Selbstdarstellung des Amtes"¹¹² zu beruhigen. Aber auch im Innern des Sicherheitsapparates wurde nicht sehr viel anders verfahren: Zwar wurden "Kommissionen" eingerichtet, um über neue Strukturen und Aufgaben zu beraten, doch war es weitgehend die alte MfS-Elite, in deren Hände dieses Vorhaben gelegt wurde.

Um noch mal auf den Ausgangspunkt, das "Positionspapier" von Wolf, zurückzukommen: Aus dessen politischer Konzeption machte Schwanitz ein kurzsichtiges Manöver auf dem Weg des geringsten innerbürokratischen Widerstands. Er war ein Sicherheitstechnokrat mit der Horizontverengung des langjährigen Apparatschik. Der politische Raum als Ort öffentlicher Auseinandersetzung um Interessen und Ideen, in der DDR eben wieder im Entstehen begriffen, war ihm zutiefst fremd. Wolf dagegen wußte als Aufklärungsspezialist genaustens über politische Prozesse Bescheid. Zudem verschaffte ihm der Umstand, daß er bereits drei Jahre zuvor aus dem Amt und

¹¹⁰ A. a. O., Bl. 60.

¹¹¹ A. a. O., Bl. 65 f.

¹¹² Schwanitz, a. a. O., Bl. 43. In jenen Wochen gaben die meisten Bezirkschefs der Staatssicherheit Interviews und versuchten die verfolgte Unschuld zu spielen. Es gab dafür eine Vorlage, die in dem zynischen Satz gipfelte: "Das MfS überwacht das Volk nicht, es arbeitet mit dem Volk zusammen...", "Entwurf für ein Interview mit einem Führungskader des MfS", 31.10.1989; BStU, ZA, SdM 2151, Bl. 24-28, hier Bl. 27.

dessen sicherheitsbürokratischer Scheinwelt ausgeschieden war, wohl die notwendige Distanz, um die Tiefe der Krise und die Tragweite des Umbruchs zu ermessen. Seine genaue Kenntnis der sowjetischen Perestrojka hatte ihn zudem gelehrt, daß der Versuch, die Vergangenheit zu verdrängen, illusionär war.¹¹³

Neben den Unterschieden in Sozialisation und Persönlichkeit kommt in den Differenzen zwischen Schwanitz und Wolf gewiß auch die Verschiedenheit der Position zum Ausdruck. Schwanitz war der Interessenvertreter der alten Generalität. Der dämmerte zwar, daß Veränderungen nicht mehr zu vermeiden waren, aber an der eigenen Stellung in der Hierarchie wollte sie nichts ändern. Damit aber fehlte die Grundvoraussetzung für jede "Reform", die diesen Namen tatsächlich verdient hätte. Eine wirklich radikale Reform (die dem Geheimdienst z. B. alle exekutiven Befugnisse hätte nehmen müssen) hätte nur von außen, von der politischen Ebene, erzwungen werden können. Der Ministerpräsident aber - und sein zuständiger Staatssekretär - waren zu jener Zeit mit anderen Problemen beschäftigt. Als sie sich im Dezember dann der Sache tatsächlich annahm, war es bereits zu spät.

Die Modernisierungskonzeption der alten Generalität

Schwanitz hatte sich den Dienstseinheiten bereits am 18. November, dem Tag seiner Bestätigung durch die Volkskammer, in einem Schreiben vorgestellt.¹¹⁴ Bei dieser Gelegenheit gab er eine Umverteilung in der Kompetenzstruktur der obersten Leitung bekannt. Sie war geringfügig. Der Hyperzentralist Mielke hatte sich selbst als Minister achtzehn Dienstseinheiten direkt unterstellt. Schwanitz wollte davon nur vier behalten¹¹⁵, alle anderen wurden dem bisherigen Mielke-Stellvertreter und nun zum Ersten Stellvertreter des Amtsleiters beförderten Generaloberst Mittag zusätzlich zugewiesen, der damit 22 Dienstseinheiten, d. h. den gesamten "operativen Bereich", anzuleiten hatte. Die Anleitungsbereiche von

¹¹³ Wolf schreibt in seiner Autobiographie: "Obwohl Wolfgang Schwanitz die in diesem Papier festgehaltenen Gedanken und mein Angebot akzeptierte, Probleme bei der Realisierung gemeinsam zu beraten, wurde dieses Angebot ebenso ignoriert wie meine Empfehlungen. Damit war die Beschleunigung des Zerfalls der Staatssicherheit vorprogrammiert und eine differenzierte Darstellung von Schuld und Verantwortung verhindert." Wolf: Auftrag, a. a. O., S. 257.

¹¹⁴ AfNS Leiter Schwanitz an Leiter der Dienstseinheiten, Schreiben vom 18.11.1989, BdL/331/89; BStU, ZA, DSt 103643.

¹¹⁵ Die HA Kader und Schulung, die ZAIG, die Abteilung Finanzen und die Rechtsstelle.

Generalleutnant Neiber und Generaloberst Großmann blieben unverändert. Die einzige nennenswerte Veränderung auf dieser Ebene war, daß der bisherige Bereich von Schwanitz einen neuen Leiter bekam: Oberst Erich Schwager, der zuvor als Leiter der Abt. Bewaffung und Chemische Dienste sein Untergebener gewesen war.

Dennoch gab es in diesem Schreiben einen ersten Hinweis darauf, daß auch bei der Staatssicherheit weitergehende Veränderungen ins Auge zu fassen seien. Es wurde angekündigt, daß auf zentraler Ebene "Kommissionen zur Neustrukturierung" des Amtes eingerichtet würden. Freilich gab die personelle Besetzung dieser Kommissionen wenig Anlaß zur Hoffnung, daß wirkliche Veränderungen angestrebt würden: Eine Zentrale Kommission, die "alle grundsätzlichen, übergreifenden Fragen und Probleme" aufarbeiten sollte, stand unter der Leitung von Schwanitz selbst. Die für jede "Reformpolitik" entscheidende "Kommission zur Neubestimmung der Aufgaben und Strukturen" wurde Generalmajor Gerhard Niebling unterstellt, dem Leiter der "Zentralen Koordinierungsgruppe Übersiedlung", der sich bis dahin bei der Verfolgung von Ausreisewilligen hervorgetan hatte. Leiter der Kommission "Neuerarbeitung und Überarbeitung dienstlicher Bestimmung" wurde Oberst Karl Bausch, der als Bereichsleiter "Grundsatzdokumente" in der ZAIG¹¹⁶ in diesem Genre zweifellos reiche Erfahrungen hatte. Und die "kadermäßige Sicherstellung" schließlich wurde dem Stellvertretenden Leiter der HA Kader und Schulung, Oberst Günter Schmidt, übertragen.¹¹⁷ Zusätzlich zu diesen zentralen Kommissionen wurden die Dienstseinheiten angewiesen, eigene Vorschläge zu erarbeiten.

Diese Weisung traf auf Resonanz. In den nächsten zwei Wochen lieferte etwa die Hälfte der Dienstseinheiten entsprechende Vorschläge für ihren jeweiligen Verantwortungsbereich. Die Bezirksämter dagegen scheinen - so ist der bisherige Eindruck - mit anderen Problemen beschäftigt gewesen zu sein, denn nur aus dreien (Dresden, Frankfurt und Halle) kamen entsprechende Vorlagen. Es würde den Rahmen dieser Studie sprengen, all diese Konzeptionen vorzustellen.¹¹⁸ An

¹¹⁶ Bereich 2 der ZAIG. Bausch war zugleich einer der Stellvertretenden Leiter der ZAIG.

¹¹⁷ Es wurden noch zwei weitere Kommissionen einberufen: "zur materiell-technischen Sicherstellung" unter Leitung von Oberst Gert Grund, dem Stellvertretenden Leiter "Rückwärtige Dienste", und "zur operativ-technischen Sicherstellung" unter Leitung eines Oberstleutnant Kahnt.

¹¹⁸ Eine kritische Einschätzung dieser Vorschläge wird in der späteren Publikation vorgenommen.

dieser Stelle soll nur der von Zentralen Kommission präsentierte Entwurf analysiert werden.¹¹⁹

Diese Konzeption war innerhalb von zehn Tagen erarbeitet und am 28. November in einer Erstfassung vom Kollegium des AfNS gebilligt worden.¹²⁰ Eine leicht veränderte Version¹²¹ wurde an den beiden folgenden Tagen dem noch amtierenden Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, Krenz, und Ministerpräsident Modrow vorgelegt und von ihnen "bestätigt".¹²² Danach erst wurden einige einschneidende Veränderungen vorgenommen, die man, wie zu zeigen sein wird, nur als nachträgliches Täuschungsmanöver bezeichnen kann.¹²³ Dann wurde die Konzeption am 3. Dezember vor den Leitern der Bezirksämter für Nationale Sicherheit erörtert¹²⁴ und am folgenden Tag auf einer zentralen Dienstbesprechung in Berlin-Lichtenberg vorgestellt.¹²⁵

Die Eckpunkte der Konzeption, wie sie dem Ministerpräsidenten vorgelegt wurde¹²⁶, waren:

¹¹⁹ Es handelte sich bei dieser Konzeption nicht etwa um das noch ausstehende "Gesetz über die staatliche Sicherheit", das die rechtliche Grundlage für die Arbeit des AfNS abgeben sollte. Insofern kann man hinsichtlich der rechtlichen Einordnung dieses Amtes in das künftige politische System nur indirekte Schlüsse ziehen. Den Auftrag, dafür einen solchen Entwurf zu erarbeiten, sollte die Juristische Hochschule des AfNS erhalten, Terminsetzung war 31. Januar 1990. So der Leiter der Rechtsstelle des MfS/AfNS, Oberst Lemme, in einem Vermerk für Schwanitz vom 22.11.1989; BStU, ZA, SdM 2240, Bl. 307.

¹²⁰ "Zur Erläuterung im Kollegium - 28.11.1989"; BStU, ZA, SdM 1997, Bl. 337-346.

¹²¹ "Konzeption zur Bestimmung der grundsätzlichen Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit", 29.11.1989; BStU, ZA, SdM 2289, Bl. 655-667.

¹²² So die Behauptung in der Einleitung zur Endfassung, "Vorläufige Grundsätze für Aufgaben und Strukturen des Amtes für Nationale Sicherheit", 4.12.1989; BStU, ZA, ZAIG 13962, Bl. 1-38, hier Bl. 2. Ein direkter Beleg dafür fehlt bisher; diese Abfolge entspricht aber auch einer Darstellung von Generalleutnant Neiber auf der SED-Delegiertenkonferenz im AfNS am 2.12.1989; vgl. BStU, ZA, SED KL 570, Bl. 867-932, hier Bl. 926.

¹²³ Mit einem kleinen Trick hat Schwanitz verhindert, daß das Kollegium Mitverantwortung für dieses Manöver übernommen hätte: Es wurden nur einige unproblematische Punkte zur Abstimmung gestellt. Vgl. "Zur Erläuterung", 28.11.1989, a. a. O., Bl. 345.

¹²⁴ "Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit", handschriftl. Vermerk "Beratung m. Leitern d. BÄ" 3.12.89; BStU, ZA, ZAIG 7528, Bl. 9-24.

¹²⁵ ZAIG 13962, a. a. O., Zitiert wird aus den Vorlagen für diese Besprechung. Ein Protokoll der Sitzung war bisher nicht auffindbar. Daß sie tatsächlich stattgefunden hat, ergibt sich aus einer Äußerung des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung im MfS; vgl. "Standpunkt des Sekretariats der SED-Kreisleitung [...] vorgetragen aus der Kreisleitungssitzung am 4. Dezember 1989 durch den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Genossen Rolf Scheffel"; BStU, ZA, Neiber 89, Bl. 664-675, hier Bl. 665.

¹²⁶ "Konzeption zur Bestimmung...", 29.11.1989, a. a. O.

- der hauptamtliche Personalbestand des Amtes wird um mehr als die Hälfte reduziert;
- ein Viertel der zentralen Diensteinheiten, zwei Fünftel der Diensteinheiten in den Bezirksämtern und alle Kreisämter werden aufgelöst;
- das Amt wird sich künftig vor allem konzentrieren auf "Aufklärung", "Spionageabwehr", "Aufklärung verfassungsfeindlicher Aktivitäten", "Terrorabwehr", "Observation und Ermittlungstätigkeit";
- bestimmte Funktionsbereiche wie Teile der Verkehrspolizei, die bisher der HA Personenschutz zugeordnet waren, sollten ausgegliedert werden.

Die Inoffiziellen Mitarbeiter wurden in dieser Version gar nicht erwähnt. Hinsichtlich einiger "offizieller" Mitarbeiter findet man eine Passage, die stutzig macht. Es wird von der Notwendigkeit gesprochen, mit verschiedenen Ministerien und wissenschaftlichen Einrichtungen "konstruktiv zusammenzuarbeiten". Zur Erläuterung: "Das beinhaltet auch den Einsatz von ausgewählten Kadern mit entsprechender Qualifikation in diesen Organen und Einrichtungen unter strenger Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung."¹²⁷ Das konnte nur heißen, daß die Durchdringung des Staatsapparates mit Offizieren im besonderen Einsatz (die gewiß einen neuen Namen erhalten hätten) fortgesetzt werden sollte. Das würde, war zur Beruhigung hinzugefügt, auf der Basis von "Vereinbarungen" erfolgen.

Mit Ausnahme dieses einen Lapsus war dieser "Konzeption" nicht so recht anzusehen, welches Ziel - außer dem Bemühen, sich als Institution darzustellen, die auch in einem demokratischen Staat "normal" wäre - mit der Reorganisation tatsächlich verfolgt wurde. Deutlich war allerdings auch schon in dieser Version geworden, daß das AfNS gar nicht daran dachte, auf exekutive Befugnisse zu verzichten¹²⁸ und insofern den Charakter einer Geheimpolizei behalten wollte. Noch sehr viel aufschlußreicher waren die ergänzten Versionen, die - nach der Bestätigung durch die zuständigen Staatsorgane - am 3. bzw. 4. Dezember der MfS-Führungsebene als Neukonzeption präsentiert wurden.

Als eine der "grundsätzlichen Aufgaben des Amtes" war in der "Konzeption" - ohne weitere Erläuterung - die Aufklärung von "verfassungsfeindlichen Aktivitäten" genannt worden. Die Definition dieses Begriffes war in der damaligen DDR, als die Verfassung gerade umgeschrieben wurde¹²⁹, gewiß schwierig. Beispielhaft

¹²⁷ Ebenda, Bl. 666.

¹²⁸ "Ermittlungs- und Untersuchungstätigkeit" wurden zu den künftigen Aufgaben gerechnet.

¹²⁹ Am 1. Dezember war aus Artikel 1 die "führende Rolle" der SED gestrichen worden.

genannt wurden Neofaschismus und Antisemitismus. Doch darauf wollten sich Schwanitz u. a. jedoch keineswegs beschränken. In den "Vorläufigen Grundsätzen", der Version vom 4. Dezember, heißt es erläuternd:

"2.2 Abwehr verfassungsfeindlicher Aktivitäten

: - Allseitige Aufklärung von Kräften in Sammlungsbewegungen / Vereinigungen, von denen verfassungsfeindliche Aktivitäten ausgehen, vor allem deren politische Zielstellung, Struktur, personellen Zusammensetzung, Pläne, Absichten und Aktivitäten, mit dem Ziel der Unterbindung bzw. Neutralisierung und Zurückdrängung ihres Einflusses, - Herausarbeitung der Inspiratoren, Organisatoren sowie anderer Führungskräfte, von denen verfassungsfeindliche Aktivitäten ausgehen, und deren differenzierte operative Bearbeitung und Kontrolle"

Als ob das noch nicht genügt hätte, wurde zudem gefordert:

"Nutzung der operativen Möglichkeiten zur Eingrenzung bzw. Verhinderung des Mißbrauchs der Kirchen zur Durchführung verfassungsfeindlicher Aktivitäten durch feindliche Kräfte in Sammlungsbewegungen / Vereinigungen."¹³⁰

Das war ein Programm zur Fortsetzung von Unterdrückung und Manipulation - soweit das noch in der Macht dieser Generäle stand - mit dem Unterschied, daß früher von "feindlich-negativen Kräften" und nun von "verfassungsfeindlichen Aktivitäten" die Rede war. Es überrascht nicht, daß die Vorlage für diese Formulierungen von der HA XX geliefert worden ist, die u. a. für die "Bearbeitung" der Bürgerrechtsbewegung zuständig gewesen war.¹³¹ Zugleich fiel dieses Vorhaben weit hinter den Diskussionsstand in anderen Abteilungen des AfNS zurück. So hatte die HA IX, die Untersuchungsabteilung, postuliert, daß "die Funktionen von Legislative, Exekutive und Jurisdiktion genau festgelegt und voneinander abgegrenzt werden"¹³², und gefordert, daß die "Verfassungswidrigkeit" von Vereinigungen gerichtlich festzustellen sei.¹³³ Ebenso

¹³⁰ "Vorläufige Grundsätze", a. a. O., Bl. 13 f.

¹³¹ Die HA XX hatte ein Papier vorgelegt, in dem u. a. vorgeschlagen wurde: "Aufklärung und Bearbeitung illegaler Strukturen, deren Initiatoren und Organisatoren verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. (Unter Beachtung des Agierens unter dem Dach der Kirche)." HA XX, "Vorschlag für den Teil einer neuen Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit, die sich aus dem bisherigen Sicherheitsgegenstand der Hauptabteilung XX unter Berücksichtigung der veränderten Lagebedingungen ergeben", 24.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 13955, Bl. 95-100, hier Bl. 95.

¹³² HA IX, "Schritte zur Erneuerung - Position der Leitung der Grundorganisation IX", 21.11.1989; BStU, ZA, HA IX 2386, Bl. 37-46, hier Bl. 38.

¹³³ Vgl. HA IX, "Vorschläge zu Verantwortung, Aufgaben und Arbeitsweise eines künftigen Untersuchungsorgans" vom 20.11.89, Anlage zu dem Schreiben des Leiters der HA IX, Generalmajor Fister, an den Leiter der Kommission für die Neubestimmung der Aufgaben und Strukturen, Generalmajor Niebling, vom 22.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 7117, Bl. 10-17, hier Bl. 11.

argumentierte die Juristische Hochschule des AfNS, die eine einschlägige Entscheidung einem einzurichtenden Verfassungsgericht vorbehalten wollte.¹³⁴

Solche Bedenken scheinen Schwanitz fremd gewesen zu sein. Die Abkehr von der "verfehlten Sicherheitsdoktrin" Mielkes, die am 21. November postuliert worden war, hatte nicht lange vorgehalten. Zwar hat Schwanitz etwa zur gleichen Zeit, am 29. November, eine lange Reihe von dienstlichen Bestimmungen außer Kraft gesetzt, darunter jene, die sich auf die Bekämpfung von "politischer Untergrundtätigkeit" und "ideologischer Diversion" bezogen.¹³⁵ Wahrscheinlich sollten diese Dienstanweisungen jedoch nur den neuen Verhältnissen angepaßt umformuliert werden. Schließlich hatte der AfNS-Leiter in seinem Schreiben vom 29. November explizit erklärt, daß die Dienstanweisungen zu den "inoffiziellen Mitarbeitern" in der DDR und im "Operationsgebiet" in Kraft bleiben würden. Den Leitern der Bezirksämter schärfte er in seiner Rede am 3. Dezember ein, darauf zu achten, daß "kein für die Arbeit des Amtes perspektivvoller IM verlorengeht".¹³⁶

Von ähnlicher Qualität wie die Modifikation des "Feindbildes" war ein weiterer "Reformschritt", von dem sich die AfNS-Generalität besondere Publikumswirksamkeit versprach: die Auflösung der Kreisdienststellen bzw. Kreisämter für Nationale Sicherheit, in denen etwa 10.500 Mitarbeiter bzw. 12 Prozent der Hauptamtlichen tätig waren.¹³⁷ In der dem Ministerpräsidenten vorgelegten "Konzeption" war von der "Auflösung der Kreisämter" die Rede, deren Mitarbeiter bei der "Eingliederung in den Arbeitsprozeß" unterstützt werden müßten. Allerdings plane man, "in großen Städten bzw. für 3 bis 5 Kreise Außenstellen der

¹³⁴ Vgl. AfNS JHS, "Erste hypothetische Aussagen zur Stellung, Kompetenz und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS)", 23.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 13956, Bl. 70-128, hier Bl. 100. Diese "hypothetischen Aussagen" sind eine stellenweise kuriose Mischung zwischen dem Bemühen, "mit bisherigen Denk-, Verfahrensweisen und Strukturen konsequent zu brechen [...] und hohen Anforderungen an Rechtsstaatlichkeit gerecht zu werden" (Bl. 111), und dem Fortwirken eben dieser "Denkweisen".

¹³⁵ AfNS Leiter, Schreiben an die Leiter der Dienstseinheiten vom 29.11.1989 zur "Reduzierung des Bestandes der dienstlichen Bestimmungen und Weisungen des MfS auf den für die Arbeit des Amtes für Nationale Sicherheit erforderlichen Mindestbestand"; BStU, ZA, DSt 103647. Die Liste der außer Kraft gesetzten Bestimmungen etc. ist stattlich, sie umfaßt 47 Seiten, jene der "übergangsweise" in Kraft bleibenden 21 Seiten und die der ohne Einschränkung weiterhin gültigen Dokumente acht Seiten.

¹³⁶ "Zu einigen ausgewählten Aspekten der Lage", handschriftl. Vermerk "Beratung mit Leitern d. BÄ 3.12.89"; BStU, ZA, ZAIG 7528, Bl. 25-39, hier Bl. 33.

¹³⁷ Kaderbestand 31.10.1989; BStU, ZA, HA KuSch, unerschlossenes Material, Bündel Plg. 10 (3).

Bezirksämter für Nationale Sicherheit zu schaffen". In der "Medienarbeit" des AfNS habe die Auflösung der Kreisämter "einen besonderen Stellenwert".¹³⁸ Als Schwanitz am 3. Dezember den Leitern der Bezirksämter das Vorhaben bekanntgab, erläuterte er den Zweck von Öffentlichkeitsarbeit an diesem Beispiel:

"Die Auflösung der Kreisämter für Nationale Sicherheit könnte ein deutliches Zeichen setzen, daß das Amt für Nationale Sicherheit konsequent den Weg der revolutionären Erneuerung des Sozialismus in der DDR mitgestaltet und unterstützt, bereit ist, Kräfte des ehemaligen MfS radikal abzubauen. Das dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer spürbaren Verringerung von Angriffen bestimmter Kräfte auf diesem Gebiet führen."¹³⁹

Seine Zuhörer aus den Bezirksämtern wußten, wie dieses "Zeichen" zu deuten war, denn zuvor hatte der Redner ganz andere Gründe für die Notwendigkeit einer Auflösung der Kreisämter genannt: "Die Erhöhung der Konspiration und Geheimhaltung erfordert gerade auf Kreisebene einen radikalen Abbau der >institutionellen< und personellen Präsenz des ehemaligen MfS."¹⁴⁰ Auf Kreisebene sollte auch weiterhin "eigenständige agenturische Arbeit zur Abwehr" durchgeführt werden, allerdings mit einem Sechstel der bisherigen Diensteinheiten und einem um über die Hälfte verringertem Personalbestand¹⁴¹. Zu denken sei besonders "an Aufgaben der Gewährleistung der inneren Sicherheit bezogen auf ehemalige Angehörige und die inoffizielle Basis". Dabei wurden selbstverständlich die neuen politischen Bedingungen nicht vergessen. Die "agenturische Arbeit" auf Kreisebene diene der "Unterstützung von Maßnahmen der allseitigen Aufklärung von Kräften in Sammlungsbewegungen / Vereinigungen, von denen verfassungsfeindliche Aktivitäten ausgehen, sowie der Abwehr neofaschistischer und antisemitischer Handlungen", aber auch der "Aufklärung und Verhinderung verfassungsfeindlicher Aktivitäten [...] an Hochschulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen usw."

Was war das Ziel dieser Manöver? Es ging Schwanitz offenkundig vorrangig um das Überleben des Amtes unter schwierigen äußeren Bedingungen durch quantitative Reduktion und vordergründige Zugeständnisse. Man fragt sich, an welchem Leitbild er sich darüber hinaus orientierte. Das läßt sich nur thesenhaft beantworten. Einerseits war sehr wahrscheinlich - obwohl darauf explizit an keiner

¹³⁸ "Konzeption" 29.11.89, a. a. O., Bl. 657 u. 667.

¹³⁹ "Aufgaben und Struktur", a. a. O., Bl. 23.

¹⁴⁰ Ebenda, Bl. 13.

¹⁴¹ Zahlenangabe aus "Zur Erläuterung im Kollegium - 28.11.89", a. a. O., Bl. 345. In den späteren Vorlagen werden für die Kreisebene keine Zahlen mehr genannt.

Stelle Bezug genommen wird - der KGB ein Vorbild, da er die Perestrojka bis Ende 1989 gerade deshalb unbeschadet überstanden hatte, weil er die sowjetische "Wende" unterstützte, soweit die eigenen institutionellen Interessen nicht gefährdet wurden.¹⁴² Andererseits gab es wohl auch ein DDR-internes Leitbild. Man kann es aus der Richtgröße für die künftige Anzahl hauptamtlicher Mitarbeiter erschließen. In der Zentrale sollten 20.000, in den Bezirksämtern 23.000 Mitarbeiter beschäftigt werden, zusammen "43.000".¹⁴³ Wie kam Schwanitz gerade auf diese Zahl? Die Antwort findet man in der Geschichte der Staatssicherheit: Exakt diese Mitarbeiterzahl hatte das Ministerium im Jahre 1970.¹⁴⁴ Das war das Jahr, ehe Honecker an die Macht kam und Mielke als Kandidat ins SED-Politbüro einrückte, das Jahr, ehe beider innere Sicherheitsdoktrin zu einer Verdoppelung des zuvor schon überdimensionierten geheimpolizeilichen Apparates führte. Die Vorstellung aber, man könnte vor den "Sündenfall" der Ära Honecker zurückgehen und in der Ulbricht-Zeit Antworten auf die aktuellen Probleme finden, scheint angesichts der Situation Ende November 1989 lächerlich. Sie zeigte nur eines: daß Schwanitz und seine Generalsriege nicht begriffen hatten, was im Land vor sich ging. Die Quittung dafür bekamen sie noch am Tag ihrer zentralen Dienstbesprechung.

Die Stimmung unter den Mitarbeitern

Die Stimmung unter den Mitarbeitern der Staatssicherheit war unterdessen nicht besser geworden. Nachdem das MfS-Kollegium seine "Erklärung" herausgegeben hatte, fand deshalb - nach wochenlanger Verzögerung¹⁴⁵ - am 18. November eine

¹⁴² Vgl. Christopher Andrew u. Oleg Gordiewsky: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 781 ff.; Astrid von Borcke: Der KGB in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 34/1992, Köln 1992, S. 37 ff.

¹⁴³ "Konzeption" 29.11.89, a. a. O., Bl. 658.

¹⁴⁴ BStU, ZA. HA KuSch, Abteilung Planung, unerschlossenes Material.

¹⁴⁵ Auf der Sitzung der Parteikontrollkommission am 13. November berichte J. Schindler, Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung: "Die Kreisleitungssitzung wird von einem auf den anderen Tag verschoben. Es ist ein schwerer Kampf um durchzukommen." BStU, ZA, SED KL 510, Bl. 216-225, hier Bl. 219. In einem Thesenpapier der Kreisleitung vom 18. November wurde selbstkritisch eingeräumt, daß spätestens "nach den Ereignissen um den 7. und 8. Oktober" eine Sitzung notwendig gewesen wäre. "Arbeitsthesen der Kreisleitung zu aktuellen Aufgaben in der Parteiarbeit. Beschluß der Kreisleitung vom 18.11.1989"; BStU, ZA, Neiber 89, Bl.630-650, hier Bl. 634.

Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS statt.¹⁴⁶ Von verschiedenen Parteiorganisationen war gefordert worden, daß diese Leitung, die formell ein gewähltes Gremium war, und ebenso das Sekretariat zurücktreten sollten.¹⁴⁷ Angesichts der Zusammensetzung des Gremiums bestanden dafür allerdings wenig Erfolgsaussichten: Die Mehrzahl ihrer Mitglieder waren hohe Offiziere, meist Abteilungsleiter, oder hauptamtliche Parteifunktionäre, die als Mitglieder des Kreissekretariats die tägliche Parteiarbeit im Ministerium anleiteten und die Verbindung zur Abteilung Sicherheit im Apparat des SED-Zentralkomitees hielten. "Einfache" MfS-Mitarbeiter waren in diesem Gremium kaum vertreten.¹⁴⁸

So überrascht es nicht, daß der Antrag auf Rücktritt der Leitung einstimmig abgelehnt wurde. Generalmajor Karli Coburger, Leiter der HA VIII (zuständig für Observation) postulierte: "Unsere Genossen brauchen doch Ruhe. [...] Ich muß doch arbeiten. Wir können doch nicht verrückt spielen, weil es Mode geworden ist, daß wir Leute absetzen und wir wissen nicht, was wir tun sollen."¹⁴⁹ Ähnlich äußerte sich Generalleutnant Paul Kienberg, Leiter der HA XX, der forderte, "mit Bedacht alle Dinge (zu) verändern, mit Bedacht und Ruhe".¹⁵⁰ Irgendetwas aber mußte geschehen, denn - wie ein HVA-Mitarbeiter sagte - "die Situation in unseren Parteiorganisationen ist [...] explosiv".¹⁵¹ Da half auch nichts, daß Generalleutnant Günter Wolf, Leiter der HA Personenschutz, die rhetorische Frage stellte: "Müssen wir jeder Stimmung aus unseren Kollektiven denn nachgeben?"¹⁵² Ganz war das nicht zu vermeiden. Der noch amtierende 1. Sekretär der Kreisleitung, Generalmajor Felber, warnte deshalb vor der Abstimmung, bei der es - nach zwanzig Jahren Tätigkeit als hauptamtlicher Parteifunktionär - um seine eigene Abwahl ging:

"Es ist uns gar nicht gedient, und wenn wir den Beschluß noch so einstimmig fassen darüber, daß das Sekretariat auch nicht zurücktritt, dann haben wir ab Montag spätestens in unserer

¹⁴⁶ "Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung am 18. November 1989"; BStU, ZA, SED KL 570, Bl. 782-865.

¹⁴⁷ Vgl. ebenda, Bl. 790 u. 796.

¹⁴⁸ Vgl. "Mitglieder der Kreisleitung", 14./15.2.1986; BStU, ZA, Neiber 89, Bl.58-62.

¹⁴⁹ "Protokoll...", 18.11.1989, a. a. O., Bl. 791.

¹⁵⁰ Ebenda, Bl. 792.

¹⁵¹ Ebenda, Bl. 789.

¹⁵² Ebenda, Bl. 794.

Parteiorganisation leider einen Rabatz und den können wir uns nicht leisten und den können wir auch nicht verkraften [...]"¹⁵³

So wurde - auch diesmal "einstimmig" - beschlossen, daß das Sekretariat der SED-Kreisleitung zurücktreten sollte.¹⁵⁴ Der Umsturz hielt sich freilich in Grenzen, denn Nachfolger Felbers wurde sein bisheriger Stellvertreter Oberst Rolf Scheffel. Felber aber erklärte in einem bitteren Abschiedswort, das etwas über die Atmosphäre im Amt verrät:

"Am meisten bin ich davon berührt, wie plötzlich das Stimmungsbarometer umschlagen kann. Genossen, die zu den persönlichen Gesprächen und auch zum Geburtstag noch lobende Worte über die Arbeit der Kreisleitung, des Sekretariats und auch auf mich bezogen fanden, haben eine mir unverständliche Wende gemacht. Sie vertrauen plötzlich nicht mehr."¹⁵⁵

Das Protokoll dieser Sitzung ist weniger wegen der Personalien als deshalb interessant, weil es das Ausmaß des inneren Zerfalls der Staatssicherheit erahnen läßt. Die alte Leitung - nicht nur der SED-Parteiorganisation - hatte ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Die "Wende", die durchaus für notwendig gehalten wurde, nahm man ihr nicht mehr ab. Der bereits zitierte HVA-Mitarbeiter schilderte die Lage:

"Es geht ganz einfach darum, daß die Genossen meiner Grundorganisation nicht mehr glauben, daß das, was an Sicherheitskonzept und Arbeit des MfS in der Vergangenheit des MfS gültig war, mit den gleichen Genossen grundsätzlich geändert wird [...] Ich habe in meiner Grundorganisation über das Auftreten unserer ZK-Mitglieder nichts als Pfiße geerntet [...] und in unseren Lehrgängen bei den jungen Genossen, sage ich euch ganz ehrlich, da kämpfen wir, damit der ganze Laden nicht zerbröckelt, damit er sich nicht selbst zersetzt."¹⁵⁶

Befehle, die vorherrschende Kommunikationsform im MfS, wurden nicht mehr widerspruchslos entgegengenommen. Der Leiter der HA Kader und Schulung, Generalmajor Möller, klagte: "Es ist heute zur Mode geworden, über jede Dienstanweisung, über jeden Befehl zu diskutieren. Das geht so weit, daß es in den Dienstkollektiven im Grunde schon Verweigerungen gibt."¹⁵⁷ Zerfallerscheinungen zeigten sich auch im Verhalten der Mitarbeiter gegenüber dem Klassenfeind: Die MfS-Zentrale hatte am 13. November dekretiert, daß Angehörige der Staatssicherheit nach der Mauer-Öffnung zwar nach Italien oder

¹⁵³ Ebenda, Bl. 798.

¹⁵⁴ Ebenda, Bl. 799.

¹⁵⁵ Ebenda, Bl. 802.

¹⁵⁶ Ebenda, Bl. 796.

¹⁵⁷ Ebenda, Bl. 829.

Spanien fahren durften, nicht aber in den anderen deutschen Staat.¹⁵⁸. Doch als die "Berliner Zeitung" fälschlich meldete, Angehörige der Sicherheit dürften doch fahren, "standen bei uns in der Visastelle", berichtete Möller einigermaßen fassungslos, "Schlangen und wollten sich ein Visum für Westberlin oder die BRD holen. Mitarbeiter unseres Organs."¹⁵⁹. Ein weiterer Redner berichtete erschüttert, daß "selbst manchen reifen Offizier die 100 DM mehr locken als das, was sich in den Jahren als Ideal dargestellt hat".¹⁶⁰ Der Befehl, in den Kasernen der Staatssicherheit keine "Westmedien" zu empfangen, werde - erzählte ein anderer - einfach ignoriert "und die Kommandeure und Politorgane sind hilflos, dort dem etwas entgegenzusetzen"¹⁶¹. Wie es um den "Kampfgeist" bestellt war, machte keiner besser deutlich als der bereits zitierte 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Major Willim. Er warf eine brisante Frage in den Raum:

"Ich habe auch persönlich den Eindruck, daß wir nach 40 Jahren Kampf als Tschekisten das Feld etwas kampflos räumen. Das ist jetzt nicht demagogisch formuliert, und ich möchte den Vorschlag unbedingt noch einmal aufgreifen, den ich zur Dienstkonferenz auch mit dem Rückhalt meiner FDJ-Sekretäre gesagt habe, eine Pressekonferenz über unsere Arbeitsergebnisse, und wir haben etwas auf den Tisch zu legen [...]"¹⁶²

Zum Abschluß von "40 Jahren tschekistischem Kampf" eine Pressekonferenz - das wirkt wie vorausseilende Anpassung an die künftigen Verhältnisse. Auch Generaloberst Mittig, dem man das als Mitglied der alten Generalität schwerlich zugetraut hätte, bewies bei dieser Konferenz partiell erstaunlichen Weitblick. Er erinnerte die Anwesenden daran, daß die am gleichen Tag gebildete Regierung als "Koalitionsregierung" bezeichnet werde. Noch kenne man die beteiligten "befreundeten Parteien", doch "möglich ist auch eine große Koalition, und da ist vielleicht das Neue Forum drin". Angesichts dieser denkbaren Perspektive werde die "Selbstdarstellung" zur "Existenzfrage":

"Es wird viel an Interviews getan, fast sämtliche Bezirkschefs gaben mehrere Interviews, aber entscheidend ist, die beste Selbstdarstellung dürfte jetzt darin bestehen, wenn wir Arbeitsergebnisse auf den Tisch legen. Arbeitsergebnisse, die deutlich machen, wie das Amt für Nationale Sicherheit unter Bedingungen des neuen Denkens und den Bedingungen der Erneuerung des Sozialismus, des Verfassungsschutzes, der Sicherung der Rechte der Bürger tätig wird."¹⁶³

¹⁵⁸ Befehl von Generaloberst Mittig; BStU, ZA, SdM 2275, Bl. 45-48.

¹⁵⁹ A. a. O., Bl. 829.

¹⁶⁰ Ebenda, Bl. 841.

¹⁶¹ Ebenda, Bl. 824.

¹⁶² Ebenda, Bl. 824.

¹⁶³ Ebenda, Bl. 823.

Man würde Mittag freilich mißverstehen, wenn man das für bare Münze nähme, denn die andere Seite der von ihm vorgeschlagenen Politik war die Maxime: "Alle Maßnahmen, die wir einleiten unter strengster, strengster und nochmals strengster Konspiration." Verstehen kann man diese aus heutiger Sicht geradezu grotesk anmutende Konzeption wohl nur, wenn man sie vor dem Hintergrund der damaligen sowjetischen Entwicklung sieht, in der ein solches Vorgehen erfolgreich schien. Das könnte auch erklären, warum sich selbst hochrangige Kader der Staatssicherheit von äußerlichem Stillhalten viel eher Überlebenschancen für ihre Institution versprochen, als wenn sie versucht hätten, die Demokratiebewegung niederzuknüppeln.

Zur Krönung der Sitzung wurden "Arbeitsthesen" verabschiedet.¹⁶⁴ Dort stand zu lesen, daß auch die SED-Kreisleitung im MfS ein Opfer des "über viele Jahre eingefahrenen Kommandostils des Politbüros und des Ministers persönlich" gewesen sei. Um zu zeigen, daß der Unmut der Basis zur Kenntnis genommen worden war, wurde erklärt:

"Die gegenwärtige Lage wird in starkem Maße von Emotionen und Fragen nach der Verantwortlichkeit der Leiter und Funktionäre für die eingetretene Situation und zu Erscheinungen des Funktionsmißbrauchs für persönliche Zwecke sowie der Anmaßung von Privilegien beeinflusst. Das beeinträchtigt die Einheit und Geschlossenheit der Parteikollektive."¹⁶⁵

Doch gleichzeitig wurde dringend vor Konsequenzen gewarnt. Es könne "in der gegenwärtigen Situation nicht darum gehen, die Leitungen grundsätzlich neu zu wählen."¹⁶⁶ Neben der Angst vor einer Umwälzung der inneren Hierarchie dokumentierten diese Thesen vor allem Ratlosigkeit. Man sei "einem falschen Ansatz für die Sicherheitskonzeption unseres Organs in einigen Hauptrichtungen, die sich mit der inneren Sicherheit befassen", gefolgt. Welcher neue Ansatz künftig gelten sollte, erfuhren die Genossen Tschekisten jedoch nicht: "Hier ist die umgehende Bestimmung des Inhaltes der Arbeit notwendig. [...] Dann ist es auch möglich, Antworten auf die Perspektive der Genossen im konkreten zu geben."¹⁶⁷

¹⁶⁴ Diese Thesen wurden vom neuen 1. Sekretär, Scheffel, vorgetragen. Grundsätzlich bestätigt und dann einer Redaktionskommission anvertraut, die sie noch am gleichen Tag überarbeitete und an die Parteimitglieder verschickte. Vgl. ebenda Bl. 785 u. "Arbeitsthesen der Kreisleitung zu aktuellen Aufgaben in der Parteiarbeit. Beschluß der Kreisleitung vom 18.11.1989"; BStU, ZA, Neiber 89, Bl. 630-650.

¹⁶⁵ "Arbeitsthesen", a. a. O., Bl. 642 f.

¹⁶⁶ Ebenda, Bl. 641.

¹⁶⁷ Ebenda, Bl. 636.

In der zweiten Novemberhälfte, ging die Welle von Protesterklärungen in der Staatssicherheit vorübergehend zurück. Wahrscheinlich warteten viele auf die Neukonzeption für die Arbeit des Amtes, zudem dürfte das Aussortieren, Verlagern und Vernichten von Unterlagen einen Großteil der Energien gebunden haben. Die Mitarbeiter einzelner Dienstseinheiten versuchten aber auch in dieser Phase, Veränderungen im AfNS durchzusetzen. Mitarbeiter der HA IX verabschiedeten einen "Standpunkt", in dem sie der Kreisleitung wegen Unfähigkeit das Vertrauen entzogen und das Kollegium als "ehemalig" titulierten.¹⁶⁸ Aus dem Bezirksamt Cottbus traf Ende November bei Schwanitz ein Schreiben mit der Forderung nach "schnelle[r], schonungslose[r] Aufklärung und Bestrafung" der Fälle von "Amtsmißbrauch, persönlicher Bereicherung und parteischädigendem Verhalten" ein, wobei starke Zweifel daran geäußert wurden, daß das MfS von all dem nichts gewußt hätte.¹⁶⁹

Im BA Gera spitzte sich eine seit Wochen angespannte Situation weiter zu. Dort war schon Mitte November von den Mitarbeitern der KD Jena gegen den Leiter, Generalmajor Dangrieß, protestiert worden, der "in alten Denk- und Bewertungsstrukturen gegenüber dem sich vollziehenden revolutionären Umgestaltungsprozeß befangen ist". Er habe Sprecher auf der Berliner Demonstration am 4. November als "Pack, Gesockse und Lumpen" bezeichnet".¹⁷⁰ Zwei Wochen später wurde dem Genossen Generalmajor auf einer SED-Delegiertenversammlung im Bezirksamt das Wort entzogen. In einem Fernschreiben an den Leiter des AfNS wurde dieser eklatante Verstoß gegen die Regeln die Hierarchie von den Mitarbeitern begründet: "Uns empört besonders das arrogante Auftreten des Gen. Dangrieß und seine oberflächliche Behandlung der anstehenden Fragen. Bereits angestautes Mißtrauen droht damit in Haß umzuschlagen."¹⁷¹ Das sture Festhalten der AfNS-Leitung an den alten Kadern ist daran erkennbar, daß es weiterer Protestschreiben bedurfte, in denen auch

¹⁶⁸ "Kollektiv der HA IX/3", "Standpunkt", 20.11.1989; BStU, ZA, HA IX 3387, Bl. 17-19. Interessant an diesem Papier ist auch folgende Ankündigung: "Von den Genossen des Kollektivs werden Aktivitäten im rechtsfreien Raum oder entgegen rechtlicher Regelungen heute und in Zukunft abgelehnt."

¹⁶⁹ Schreiben der GO des BA Cottbus an den Leiter des AfNS, Schwanitz, und die SED-Kreisleitung im AfNS vom 30.11.1989; BStU, ZA, SED KL 571, Bl. 456

¹⁷⁰ Schreiben der KD Jena an Modrow vom 14.11.1989; BStU, ASt Gera, Ordner "Wende" (unerschlossenes Material).

¹⁷¹ Fernschreiben der Abt. Nachrichten des BAfNS Gera an den Leiter des AfNS vom 30.11.1989; BStU, ZA, SdM 2335, Bl. 9.

noch Korruptionsvorwürfe vorgebracht wurden,¹⁷² vor allem aber der Ereignisse vom 4. und 5. Dezember, ehe Dangriß tatsächlich seiner Funktion enthoben wurde.

Schon zuvor aber hatte die Integrationskraft der Partei auch gegenüber altgedienten Genossen nicht wiedergutzumachende Schläge erfahren. Am 25. November hatte das Fernsehen der DDR erstmals über die abgeschottete und mit "Westwaren" wohlversorgte Politbüro-Enklave "Wandlitz" berichtet. Kaum einer der nächsten Tage verging ohne neue Enthüllungen. Der schwerste Schlag folgte am 1. Dezember in der Volkskammer, als Bericht erstattet wurde über die Privilegien der Machthaber. Der ehemalige Präsident des Obersten Gerichts der DDR, Heinrich Toeplitz, faßte die ersten Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zu Amtsmißbrauch und Korruption, der von der Volkskammer am 18. November eingerichtet worden war, zusammen.¹⁷³ Er berichtete über luxuriöse Hausbauten für Kinder von Politbüromitgliedern, über riesige "Sonderjagdgebiete", deren Unterhalt Millionen kostete, über Honeckers und Mittags "Ehrenmitgliedschaft" in der "Bauakademie", die jährlich mit 20.000 Mark honoriert wurde u. a. m.

Dieser Bericht steigerte im ganzen Land die Empörung. Die Art und Weise, in der er in der Staatssicherheit aufgenommen wurde, gab Wolfgang Herger in der anschließenden Debatte vor. Er war als Leiter der ZK-Abteilung "Sicherheit" für die "Tschekisten" der höchstrangige direkte Ansprechpartner auf SED-Seite.

"Die totale Diffamierung der innerparteilichen Demokratie hat es ermöglicht, daß eine Reihe von Personen durch Korruption, durch individuelle Bereicherung, durch Veruntreuung und durch widerrechtliche Aneignung von Volksvermögen Ansehen und Namen unserer Partei aufs größte beschmutzte. Damit haben sie das gesamte werktätige Volk hintergangen und schwer enttäuscht. Getäuscht, belogen und betrogen wurden gerade auch die aufrechten, selbstlos arbeitenden Mitglieder der SED."¹⁷⁴

Die neueste Ausgabe des "ND" mit dieser Äußerung lag vor vielen Delegierten, als sich am folgenden Tag eine Delegiertenkonferenz von 27 SED-Grundorganisationen des AfNS zur Vorbereitung eines außerordentlichen

¹⁷² Schreiben des Leiters des KA Greiz, Müller, an den Leiter des AfNS vom 5.12.1989; BStU, ZA, SdM 2335, Bl. 10.

¹⁷³ Bericht des Untersuchungsausschusses zu Amtsmißbrauch und Korruption (Dr. Heinrich Toeplitz). In: Deutschland Archiv 23 (1990) 1, S. 137-141. Nachdruck aus: "Neues Deutschland" 2./3.12.1989.

¹⁷⁴ Herger in: "Debatte über Korruption und Amtsmißbrauch". In: "Neues Deutschland" 2./3.12.1989, Nachdruck in: Deutschland Archiv 23 (1990) 1, S. 141-143.

Parteitages traf.¹⁷⁵ Die Stimmung war stärker aufgeladen als zwei Wochen zuvor, wohl auch deshalb, weil wenig Teilnehmer aus dem höheren Offizierskader, weit mehr von der "Basis" stammten. Das Protokoll dieser Sitzung ist aus mehreren Gründen von historischem Interesse: Da über 90 Prozent der Mitarbeiter der Staatssicherheit in der SED organisiert waren, gibt es ein Bild von der Stimmung unter den Mitarbeitern der Zentrale¹⁷⁶ (die Bezirke waren auf dieser Konferenz nicht vertreten). Zudem wurden auf der Konferenz Delegierte für den bevorstehenden Parteitag gewählt. Die "Wahlreden" und die Wahlergebnisse zeigen, womit zu dieser Zeit im AfNS Stimmen zu gewinnen waren.¹⁷⁷

Doch auch Delegierte, die gar nicht zur Wahl standen, meldeten sich zu Wort. So schilderte ein Mitarbeiter der Abteilung XII (Archiv) das Verhältnis zwischen der Generalität und der Masse der MfS-Angehörigen:

"Im Ministerium, das habe ich als normaler Mitarbeiter festgestellt, gibt es im Prinzip zwei Kategorien von Menschen - das sind die höheren Leiter und dann die Mitarbeiter, und die höheren Leiter scheinen die besseren Menschen zu sein, indem sie nämlich auf dem Feldherrenhügel¹⁷⁸ essen gehen, in dem noch andere Privilegien vorhanden waren. Die Westwagen wurden ja nun irgendwo hingeschafft, aber dafür sind ja neue Ladas jetzt [...] Und zum anderen bin ich der Meinung, daß diese Kluft, die entstanden ist, nämlich zwischen der oberen Leitung und dem Mitarbeiter, daß diese Kluft erstmal nicht Vertrauen gebracht hat oder Vertrauen bewirkt".¹⁷⁹

Die Verbindung der Kritik an Hierarchie und Privilegien mit der Vertrauensfrage war in einer Situation, in der eingespielte Verhaltensweisen und Orientierungen

¹⁷⁵ Delegiertenkonferenz der SED-GO im AfNS, 2.12.1989; BStU, ZA, SED KL 570, Bl. 867-932.

¹⁷⁶ Die Delegierten kamen aus jenen Grundorganisationen, die weniger als 750 Parteimitglieder bzw. -kandidaten aufzuweisen hatten und deshalb ihre Delegierten nicht direkt wählen konnten. Dazu gehörten u.a. die Abteilungen bzw. Hauptabteilungen IX (Untersuchung), XII (Zentrale Auskunft und Archiv), XVIII (Volkswirtschaft), XX Staatsapparat und Opposition), Büro des Leiters, Zentraler Operativstab und ZAIG (Auswertung). NB: Die Stichworte in Klammern geben nur die Richtung der jeweiligen Tätigkeit an. Sie sind sehr unvollständig.

¹⁷⁷ Daß ein Parteitagsdelegierter unabhängig von seinem Auftreten, allein dank seiner "Hausmacht", d. h. des Stimmenpotentials seiner Herkunftsabteilung, gewählt wurde, war nicht möglich, denn selbst die zahlenmäßig stärkste auf dieser Versammlung vertretene Abteilung, die HA XVIII, verfügte nur über 57 Stimmen. Um gewählt zu werden, waren erheblich mehr Stimmen notwendig: Der Delegierte mit der geringsten Stimmenzahl, der noch gewählt wurde, hat 245 Stimmen erhalten. Das bedeutet, daß "Überzeugungsarbeit" notwendig war.

¹⁷⁸ Spitzname für die auf einer kleinen Erhöhung inmitten der MfS-Zentrale liegende Kantine der MfS-Generalität.

¹⁷⁹ Delegiertenkonferenz, a. a. O., Bl. 874. Ein kleiner grammatikalischer Fehler in der Tobandabschrift wurde korrigiert.

ihre Gültigkeit verloren hatten, für die Handlungsfähigkeit der Staatssicherheit geradezu tödlich: Warum hätten sich diese Mitarbeiter noch zu irgendeinem riskanten Unternehmen kommandieren lassen sollen, dessen Sinn wegen der Krise der Partei nicht erkennbar war und in dem blindes Vertrauen in die eigenen "höheren Leiter" abhandeln gekommen war? Die Erfahrung, daß blinder Gehorsam gefährlich sein konnte, machten diese MfS-Angehörigen aber gerade zu jener Zeit. Lernprozesse wurden in manchen Beiträgen spürbar, so als ein langjähriger Mitarbeiter der HA XX erklärte:

"Genossen, wir haben doch letztendlich alle versagt auf dieser Strecke. Wir haben einige bei uns, die haben Parteiverfahren gekriegt, die haben heute viel Zustimmung. Sie haben auch meine Zustimmung gekriegt, aber wir haben alle versagt hier - jeder auf seiner Ebene. Wir haben hinterher diskutiert und haben gesagt: So eine Information ist doch ein Irrsinn, wo man sagt, Meckerer und Nörgler müssen aus der Partei ausgeschlossen werden. [...] Also wir haben das unter uns ausgetragen, aber nicht mit der Kreisleitung".¹⁸⁰ "Jeder hat seiner Ebene entsprechend vieles gewußt und zu vielem nichts gesagt."¹⁸¹

Aus dieser Äußerung geht hervor, daß frühere Kritik an der Parteilinie und ihrem Abgrenzungskurs gegenüber der sowjetischen Perestrojka nun als Verdienst betrachtet wurde. Das wird auch dadurch belegt, daß Delegierte, die erst auf der Konferenz selbst zur Wahl vorgeschlagen wurden, mit der Behauptung eingeführt wurden, sie seien vor der "Wende" mit "kritischen Standpunkten" angeeckt.¹⁸² Das allein reichte allerdings nicht: Wer nicht das Vertrauen seiner Grundorganisation hatte, wurde nicht gewählt.¹⁸³

Zu den Standardargumenten, die fast alle Kandidaten vorbrachten, gehörte die "Empörung" etc. über die alte Parteiführung. So erklärte ein Mitarbeiter des Zentralen Operativstabes: "Ich schäme mich natürlich für diese Leute, ich wage es nicht mehr, sie als Genossen zu bezeichnen, was in der Zeitung geschrieben [steht] und was immer nach und nach zum Ausdruck kommt."¹⁸⁴ Er wurde ebenso

¹⁸⁰ Das Politbüro hatte Anfang Januar 1989 wegen der wachsenden Kritik am verhärteten Kurs der Partei, besonders am Verbot des sowjetischen Journals "Sputnik" in der DDR (die es auch im MfS gab), einen Beschluß gefaßt und eine "Parteiinformation" herausgegeben, in der die oben umschriebene Personengruppe mit dem Parteiausschluß bedroht wurde.

¹⁸¹ Delegiertenkonferenz, a. a. O., Bl. 876 u. 878.

¹⁸² Vgl. ebenda, Bl. 931 u. 932.

¹⁸³ Es gab davon eine Ausnahme: Eine Delegierte wurde mit dem Verweis darauf nachträglich als Kandidatin präsentiert, "daß unsere sogenannte Gleichberechtigung durch null Prozent Anteil von Frauen an den vorgeschlagenen Kandidaten realisiert wird" (ebenda, Bl. 931). Sie wurde gewählt.

¹⁸⁴ Ebenda, Bl. 909.

gewählt wie ein Mitarbeiter des Büros der Leitung, der klagte über "die Bitternis, das Mißtrauen, auch die Enttäuschung aufgrund der Haltungen und der Lebensweise ehemals führender Genossen, wie sie in den Presseveröffentlichungen der letzten Tage sichtbar wurden über Wandlitz, Bohnsdorf usw."¹⁸⁵ Andere Kandidaten, die in diesem Punkt ganz ähnlich argumentierten, fielen durch.¹⁸⁶

Auch die Einstellung gegenüber den "Andersdenkenden" war nicht das entscheidende Kriterium. Ein später gewählter Kandidat, Mitarbeiter des ZOS, erklärte auf die Frage nach seiner Einstellung zu den "neuen Bewegungen": "Daß wir Andersdenkende nicht mehr bearbeiten dürfen, dazu gebe ich meine volle Zustimmung. Es muß wirklich unterschieden werden nach, was ist Feind, was ist Freund, oder wer weiß nicht, wo er hingehört."¹⁸⁷ Andererseits wurde aber auch - mit hohem Stimmenanteil - ein Kandidat gewählt, der es nach dem Umbruch zu zweifelhafter Prominenz bringen sollte: Oberst Wiegand von der HA XX. Er renommierte mit seiner Unbelehrbarkeit: "Ich bin immer dafür eingetreten, daß die Kräfte in den Kirchen, welche die Kirche mißbrauchen, bekämpft werden müssen, das ist mein Feindbild und dazu stehe ich heute noch."¹⁸⁸ Zugleich hielt er sich eine Hintertür offen. Er versicherte, er werde sich "auch in Zukunft dafür einsetzen, daß unsere Partei im Sinne der Bündnispolitik ihre Position tiefgründig zu den Christen unseres Landes überdenkt", denn viele Christen wollten ebenfalls "eine sozialistische DDR".¹⁸⁹

Wiegands Auftritt bietet einen Schlüssel zum Verständnis des Wahlverhaltens auf dieser Konferenz. Gewählt wurden die Kandidaten, die sich prinzipiell für eine "Erneuerung" insbesondere der Leitungen aussprachen, zugleich aber versuchten, das lädierte Selbstbewußtsein der AfNS-Angehörigen aufzubauen, eine kämpferische Pose zur verbalen Verteidigung der Staatssicherheit gegen Angriffe von außen einnahmen, und den Eindruck erweckten, daß sie eine Konzeption für das AfNS in einem demokratisierten Staat hätten.

¹⁸⁵ Ebenda, Bl. 918.

¹⁸⁶ Vgl. ebenda, Bl. 890, 916, 921 u. 928.

¹⁸⁷ Ebenda, Bl. 912.

¹⁸⁸ Ebenda, Bl. 924.

¹⁸⁹ Ebenda.

Einen regelrechten Einbruch erlebten dagegen auf der Konferenz am 2. Dezember die Spitzen der alten Generalität. Nur zwei von ihnen hatten überhaupt kandidiert: Neiber und Mittig. Beide zogen ihre Kandidatur zurück. Generaloberst Mittig erschien erst gar nicht und Neiber verspielte Restbestände von Glaubwürdigkeit, als er behauptete, über Mielkes "leere Panzerschränke" nicht informiert zu sein, und auf eine Frage zu Schalck-Golodkowskis Koko antwortete: "Ich weiß dazu noch weniger."¹⁹⁰

Der Unmut richtete sich gegen den inneren Kern der MfS-Spitze, die Mitglieder des Kollegiums, nicht aber gegen alle Leitungskader. Ein neues Leitungsmitglied, Oberst Schwager, erhielt nach einer populistischen Rede sogar einen der höchsten Stimmenanteile. Er sprach einen wunden Punkt an: "Schlechtes Gewissen einiger Genossen, auch unserer Partei, auch leitender, läßt sich nicht dadurch aufbessern, daß man einen Bogen um die Angehörigen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit macht oder die Organe heute am besten nicht mehr kennen will."¹⁹¹ Die Mitarbeiter der Staatssicherheit fühlten sich zunehmend isoliert. Welche politische Bedeutung das hatte, sollte sich in den folgenden Tagen zeigen.

Der 4. und 5. Dezember 1989

Anfang Dezember überstürzten sich die Ereignisse. Der Niedergang der SED verwandelte sich in einen rasanten Sturzflug. Ihrer verfassungsrechtlichen Entmachtung durch die Volkskammer und der moralischen Diskreditierung ihrer Führung durch die Toeplitz-Kommission am 1. Dezember, folgte zwei Tage später die Enthauptung der Partei: Nach der chaotisch verlaufenen letzten Sitzung des Zentralkomitees traten ZK und Politbüro am 3. Dezember geschlossen zurück, nachdem sie zuvor noch die prominentesten Vertreter des alten Regimes, darunter Honecker, Stoph und Mielke, aus der SED ausgeschlossen hatten.¹⁹² Die ehemals mächtigsten Männer¹⁹³ in den Bezirken, die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, waren inzwischen von der empörten Parteibasis gestürzt¹⁹⁴, zwei von ihnen - Gerhard Müller, Erfurt, und Hans Albrecht, Suhl - waren

¹⁹⁰ Ebenda, Bl. 926 u.928.

¹⁹¹ Ebenda, Bl. 918.

¹⁹² Protokoll der ZK-Sitzung in Stephan: Vorwärts, S. 268-287.

¹⁹³ Es gab auch eine Frau unter ihnen: Christa Zellmer in Frankfurt (Oder).

¹⁹⁴ Vgl. Stephan: Vorwärts, S. 269, Anm. 374.

verhaftet worden¹⁹⁵. Während das Machtgebäude, für jeden sichtbar, akut einsturzgefährdet war, demonstrierten die Bürger eindrucksvoll, wer künftig Souverän im Lande sein wird. Eine Menschenkette für Demokratie verband am Sonntagmittag, quer durch die Republik vom Thüringer Wald bis zur Insel Rügen, Hunderttausende, wenn nicht Millionen.¹⁹⁶

In diese angespannte Situation platzte wie eine Bombe die Nachricht von der Flucht Alexander Schalck-Golodkowskis. Der Offizier im besonderen Einsatz und Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, der es vorzog, im Hintergrund zu agieren, war in diesen Tagen ins Gerede gekommen.¹⁹⁷ Vor der SED-Parteioorganisation im Ministerium für Außenhandel hatte Schalck zugeben müssen, daß er dafür zuständig gewesen war, die Devisen für den Wandlitzer Konsumbedarf an Westwaren zu beschaffen.¹⁹⁸ Auf der Volkskammersitzung zu Machtmißbrauch und Korruption war am 1. Dezember beschlossen worden, ihn vor den Untersuchungsausschuß zu laden.¹⁹⁹ Und am folgenden Tag wurde auch noch der geheime Umschlagplatz für den KoKo-Waffenhandel, die Lagerhalle der IMES-GmbH in Kavelndorf, enttarnt.²⁰⁰ Angesichts solcher Publizität und weil er seine Verhaftung befürchtete, setzte sich Schalck in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember in den Westen ab. Die Nachricht von dieser Flucht war der Schneeball, der die Lawine ins Rollen brachte.

Dem Leiter des AfNS schwante, daß nun die Geduld der Bürger überstrapaziert war. Deshalb schickte er noch am 3. Dezember ein etwas hysterisch klingendes Telegramm an die Leiter der Bezirks- und Kreisämter:

"Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des ZK und des Politbüros der SED, den erfolgten Parteiausschlüssen, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Fahndung nach Schalck-Golodkowski und dazu bereits öffentlich erhobenen Forderungen ist mit Demonstrationen, Kundgebungen, Streikandrohungen bzw. Streiks und anderen öffentlichkeitswirksamen Handlungen zu rechnen, die durch feindliche Kräfte bzw. kriminelle Elemente zu gewaltsamen

¹⁹⁵ Vgl. Hannes Bahrmann u. Christoph Links: Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik, Berlin 1990, S. 163.

¹⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 161; Zimmerling: Chronik 3, S. 40 f.

¹⁹⁷ Der erste ausführliche Artikel zu Schalck erschien am 20.11.1989 im "Spiegel": "Fanatiker der Verschwiegenheit. Die einträglichen Geschäfte des DDR-Staatssekretärs Alexander Schalck-Golodkowski".

¹⁹⁸ Vgl. Bahrmann u. Links: Das Volk, S. 154.

¹⁹⁹ Vgl. "Debatte über den Untersuchungsbericht", a. a. O., S. 142.

²⁰⁰ Vgl. "Geheimen Waffenhandel entlarvt". In: Neue Zeit 4.12.1989, Nachdruck in: Deutschland Archiv, 23 (1990) 1, S. 144 f.

Handlungen und Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit genutzt werden können. Versuche von Terrorhandlungen, Geiselnahmen und ähnliches sind nicht auszuschließen. [...] Die Objektsicherung ist unverzüglich zu verstärken. Mit den Leitern der BdVP/VPKÄ [Bezirksämtern der Volkspolizei / Volkspolizeikreisämtern] ist ein ständiges Zusammenwirken und die erforderliche Abstimmung von Maßnahmen zu gewährleisten."²⁰¹

Auch unter den Bürgerrechtlern wuchs die Besorgnis, war doch eine Eskalation angesichts der wachsenden Nervosität und Gereiztheit auf beiden Seiten nicht auszuschließen. Deshalb verabschiedeten Mitglieder verschiedener Bürgerrechtsorganisationen, so der "Initiativgruppe 4.11. der Theater- und Kulturschaffenden" (die die Demonstration auf dem Alexanderplatz vorbereitet hatte), des Neuen Forum, des Demokratischen Aufbruch und von Demokratie Jetzt und einiger anderer, am Abend des 3. Dezember einen Aufruf, der über die Medien verbreitet wurde:

"Wir haben erfahren, daß angesichts der Staatskrise wichtige Finanz- und Sachwerte ins Ausland verbracht, wesentliche Akten vernichtet wurden und daß sich verantwortliche Personen ins Ausland abzusetzen versuchen. Diese Absatzbewegungen und Verschleierungsversuche müssen verhindert werden! [...] Informiert die Deutsche Volkspolizei und die Öffentlichkeit! [...] Nach wie vor gilt: Keine Gewalt"²⁰²

Die Bürger wurden aufgefordert, "Kontrollgruppen" zu bilden und "wo nötig gemeinsame Kontrollmaßnahmen" zu beschließen. Die KoKo war nur in seltenen Fällen greifbar, für jedermann sichtbar aber waren die Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit. Daß dort vertuscht wurde, daß Akten, zum Teil im Freien, verbrannt wurden und vollbeladene Lastwagen zu Papiermühlen der "SERO"²⁰³ und sonstwohin fuhren, war vielerorts bekannt.

Der 4. Dezember, ein Montag, begann zumindest für Rundfunkhörer mit einer Bestätigung dieser Vermutungen und Beobachtungen durch einen Insider. Ein Mitarbeiter der HA XXII (Terrorabwehr) berichtete um 6.45 Uhr in einem langen Interview mit dem Berliner Rundfunk:

"Ich habe gesehen, daß mein direkter Leiter die Unterlagen genommen hat, damit ins Heizhaus gegangen ist, und daß im Umkreis des Heizhauses, wie verbrannte Papierschnipsel eben aussehen, eben dort liegen, und aus dem Schornstein rausfliegen."²⁰⁴

²⁰¹ Telegramm von Schwanitz an die Leiter der Dienstseinheiten vom 3.12.1989; BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 98.

²⁰² BStU, ZA, SdM 2275, Bl. 20. Im Auszug auch in der "Chronik", in: Deutschland Archiv, 23 (1990) 1, S. 162.

²⁰³ Die SERO war zuständig für das Recycling von Sekundärrohstoffen.

²⁰⁴ Mitschrift der ZAIG; BStU, ZA, HA XXII 5619, Bl. 185-188. Der AfNS-Angehörige begründete diesen für Staatssicherheitsverhältnisse außergewöhnlichen Bruch der

Diese Meldung wurde mehrfach wiederholt²⁰⁵ und nicht nur in Berlin gehört. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt zum Beispiel beriefen sich Bürgerrechtler darauf, als sie einen Stopp der Aktenvernichtung forderten.²⁰⁶ Wenn man so etwas verhindern wollte, mußte man in die Gebäude der Staatssicherheit hineinkommen. Bis dahin hatten Dutzende von Demonstrationen vor den AfNS-Dienstobjekten stattgefunden. Parolen waren skandiert, brennende Kerzen als Zeichen der Gewaltlosigkeit an den Eingängen aufgestellt worden. Aber noch kein Demonstrant hatte gewagt, in eines dieser Gebäude einzudringen. Man wußte, daß sie noch voller Waffen steckten, und man wußte nicht, wie die Stasi-Mitarbeiter, die sich dort eingegipelt hatten, reagieren würden.

Schritte in die Tabuzone

In der Erfurter Andreasstraße, dem Sitz des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit ganz nahe am Stadtzentrum, wurde diese Tabuzone durchbrochen. Dort hatten sich am 4. Dezember kurz vor 9 Uhr die ersten Demonstranten versammelt. Die Menge wurde immer größer, sie blockierte die Eingänge und kontrollierte die Taschen der Mitarbeiter. "Da die Gefahr einer weiteren Eskalation bestand", berichtete Generalmajor Schwarz, der Leiter des BAFNS, am Abend nach Berlin, habe er beschlossen, "eine Abordnung von 10 Personen zu empfangen, um über das Anliegen dieser Kräfte informiert zu werden und beruhigend auf diese Einfluß zu nehmen".²⁰⁷ Doch diese Beschwichtigungstaktik scheiterte. In den Worten von Schwarz:

"Während dieses Gespräches im Konferenzzimmer des Leiters des Amtes verschafften sich weitere Personen unter Führung einer Frau Dr. Schön, Kerstin, die sich als Sprecherin eines unabhängigen Untersuchungsausschusses ausgab, gewaltsam Zugang zum Bezirksamt und begaben sich ebenfalls in das Konferenzzimmer. Die Frau Schön hatte zuvor den Staatsanwalt des Bezirkes über ihre Absicht, Archivmaterialien und andere Unterlagen im Amt für Nationale

Verschwiegenheitspflicht damit, daß Markus Wolf einen Aufruf herausgegeben habe: Es solle verhindert werden, daß frühere Mitglieder des Politbüros und höhere Funktionäre des ZK-Apparates Zugang zu ihren Panzerschränke hätten und Unterlagen verschwinden lassen könnten. Auch das zeigt, daß die dienstliche Hierarchie nicht mehr verinnerlicht war und andere Orientierungen gesucht wurden.

²⁰⁵ So am 4.12.1989 um 17.30 Uhr als Kurzmeldung des Berliner Rundfunks; Mitschrift der ZAIG: BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 254.

²⁰⁶ Vgl. Telegramm des Leiter des BAFNS Karl-Marx-Stadt, Generalleutnant Gehlert, an das AfNS Generalleutnant Schwanitz vom 4.12.1989, 14.35 Uhr; BStU, ZA, SdM 2289, Bl. 534.

²⁰⁷ Fernschreiben von Generalmajor Schwarz an Generalleutnant Schwanitz; Dringlichkeitsstufe: Luft; BStU, ZA, SdM 2289.

Sicherheit vor Vernichtung zu bewahren, in Kenntnis gesetzt. Die Hauptforderungen der in das Bezirksamt eingedrungenen Personen bezogen sich insbesondere auf die Einsichtnahme in die Archive sowie angeblich vorhandene Unterlagen zu konkreten Personen, die sich zum Teil unter den Anwesenden befanden, die Einsichtnahme in vorhandene Speicher sowie die Inaugenscheinnahme der Verkollerungsanlage und der Haftanstalt. [...] Im Beisein der erwähnten Staatsanwälte sowie von Journalisten der >Neuen Erfurter Zeitung<, >Der Thüringer Neuesten Nachrichten< sowie des >Volkes< wurde aufgrund der massiven Forderungen eine Objektbegehung realisiert."

Insgesamt waren etwa 300 Personen in das BAfNS eingedrungen, besichtigten die Räumlichkeiten und richteten an kritischen Punkten "Bürgerwachen" ein.²⁰⁸

Damit war das Eis gebrochen. Die Nachricht davon, was in Erfurt möglich gewesen war, ging wie ein Lauffeuer durch die Republik. Es wurde freilich erst im Laufe dieses und des folgenden Tages klar, ob das eine Ausnahme gewesen war oder ob es zur Regel werden würde.

Mit der Besetzung des Erfurter Bezirksamtes war die Entscheidung noch nicht endgültig gefallen. Beide Seiten, Staatssicherheit und Bürgerrechtler, dachten mit einem gewissen Bangen daran, daß am Abend wieder die traditionelle Montagsdemonstration in Leipzig stattfinden würde, die an der "Runden Ecke", dem Sitz der BVfS, vorbeiführte. In der Woche zuvor, am 27. November, hatten dort 200 Tausend Menschen demonstriert und die Atmosphäre hatte sich verändert. Es hatten schwarz-rot-goldene Fahnen und Rufe nach Wiedervereinigung dominiert, die Stimmung war aggressiver geworden, erstmals hatte man einen Redner des Neuen Forum ausgepiffen.²⁰⁹ Welche Reaktionen nun, am 4. Dezember, die Nachrichten aus Erfurt bei diesen Demonstranten auslösen würden, war kaum kalkulierbar.

Verschiedene Personen wurden aktiv. Eine Gruppe von Bürgerrechtlern, Kirchenleuten und Intellektuellen z. B. veröffentlichte einen "Appell der Vernunft", in dem gewarnt wurde: "Es gibt Anzeichen, daß aus diesem berechtigten Zorn Handlungen erwachsen, die in die Gefährdung der Sicherheit der Bürger und des Lebens münden könnten." Vorgeschlagen wurde:

²⁰⁸ Anruf des Diensthabenden des BAfNS Erfurt, Major Schaffroth, an den OvD [Offizier vom Dienst] im AfNS Berlin, 4.12.1989, 13.40 Uhr, OvD-Rapport vom 4.12.1989, Bl. 3; BStU, ZA, BdL 532, Bl. 79.

²⁰⁹ Vgl. Bahrmann u. Links: Volk, a. a. O., S. 146 f.; vgl. auch Albert Döhnert u. Paulus Rummel: Die Leipziger Montagsdemonstrationen, in: W.-J. Grabner u. a. (Hrsg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990, S.147-158, hier S. 156.

"Die ersten Regierungsgeschäfte können nicht länger ohne die Bürgerbewegungen vorstatten gehen. Die Bürgerkomitees in Stadt und Land sollen in einer Sicherheitspartnerschaft mit den staatlichen Organen zunächst Kontrollaufgaben wahrnehmen, Beweismaterial sichern und bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft mitarbeiten."²¹⁰

Aus den gleichen Motiven heraus kam es in den Mittagsstunden zu einem merkwürdigen Treffen: Der Leiter des AfNS, Generalleutnant Schwanitz, sprach mit einer Gruppe von Bürgerrechtlern (u. a. Christian Ladwig, Michael Passauer und Reinhard Schult) und einem damals noch in hohem Ansehen stehenden Mitarbeiter seines Amtes, IM "Torsten", in der Bürgerrechtsbewegung als Rechtsanwalt Wolfgang Schnur bekannt.²¹¹ Schnur wollte (oder sollte) nach Leipzig fahren, um besänftigend auf die Demonstranten einzuwirken. Das AfNS war bereit, ihm als technische Hilfe einen Lautsprecherwagen zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich kam Schnur zu spät. Als er in Leipzig eintraf, waren - um einem Stürmungsversuch durch wütende Demonstranten vorzubeugen - Vertreter des Neuen Forum bereits in das Gebäude eingelassen worden.²¹² Der Lautsprecherwagen war überflüssig. Statt dessen sprach Schnur mit Hilfe eines Megaphons der Volkspolizei und leistete einen kleinen Beitrag dazu, daß die Leute friedlich blieben. In die Bezirksverwaltung mußten sie dennoch eingelassen werden, aber das verlief ohne Gewaltanwendung, geordnet, in kleineren und größeren Gruppen.

Der äußere Ablauf dieses Tages ist weitgehend bekannt, doch verschiedene Fragen sind noch offen: Was geschah zu jener Zeit *in* der Staatssicherheit? Wie verhielt sich die Zentrale? Wie ist die Reaktion der "Tschekisten" auf diese für sie wenige Wochen zuvor noch völlig undenkbaren Ereignisse zu erklären? Welche Rolle spielten die anderen "Sicherheitsorgane", insbesondere die Staatsanwaltschaft?

Der Leiter des AfNS war am 4. Dezember ein vielbeschäftigter Mann. Am Morgen hatte er auf einer zentralen Dienstbesprechung die Konzeption zur Reorganisation der Staatssicherheit vorgestellt.²¹³ Danach war das zuvor

²¹⁰ Text dokumentiert in: Zimmerling: Folge 3, a. a. O., S. 46 f. Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. Altbischof Schönherr, Christoph Hein, Volker Braun, Konrad Weiß, Gregor Gysi, Toni Krahl und Friedrich Schorlemmer.

²¹¹ Die Darstellung dieser Episode beruht auf einem Gespräch des Autors mit Christian Ladwig, der an diesem Tag ständig mit Schnur zusammen war, am 10.11.1994.

²¹² Vgl. die vorzügliche Darstellung dieses Tages in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern. Macht und Banalität, Leipzig 1991, S. 21-51.

²¹³ Siehe oben S. 35 ff.

erwähnte Treffen mit den Bürgerrechtlern. Im Anschluß daran schickte er mehrere Fernschreiben an die Leiter der Bezirks- und Kreisämter. In einem Telegramm, handschriftlich terminiert auf "14.30", teilte er mit, daß ihn "Vertreter von Bürgerrechtsbewegungen unter Leitung von Herrn Rechtsanwalt Schnur gebeten" hätten, den "Aufruf" vom 3.12. zur Bildung von "Kontrollgruppen" und zur Gewaltlosigkeit "über die Nachrichtenverbindungen des Amtes an die Medien der Bezirke zu geben".²¹⁴ Der Aufruf wurde mitgeschickt und zum Beispiel in Karl-Marx-Stadt auf einer Dienstbesprechung des BAfNS verlesen und - das ist bemerkenswert - mit Erleichterung aufgenommen.²¹⁵ Zugleich wurden die Dienststellenleiter gebeten, "zu veröffentlichen, daß ich befohlen habe, sofort die Vernichtung und den Transport von Unterlagen des Amtes einzustellen".²¹⁶ Um 15.30 Uhr folgte mit der "Dringlichkeitsstufe >Luft<" der formelle Stopp der Aktenvernichtung:

"Ab sofort ist jegliche Vernichtung und jeglicher Transport, einschließlich Kurierfahrten von dienstlichen Unterlagen zu stoppen. Es ist alles zu tun, um die erforderliche Sicherheit der noch in den Ämtern vorhandenen Dokumente zu gewährleisten."²¹⁷

In einem weiteren Fernschreiben, eine Stunde später, an "alle Leiter der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit" berichtete Schwanitz über die Besetzung in Erfurt und forderte:

"Der Zutritt unberechtigter Personen ist unbedingt zu verhindern. Es sind alle zur Verfügung stehenden Mittel, Löscheinrichtungen und übergebenen speziellen Mittel - außer gezielte Schußwaffenanwendung - zum Einsatz zu bringen. [...] Mit der Volkspolizei sind weitere Abstimmungen zum Einsatz zusätzlicher Kräfte herbeizuführen."²¹⁸

Es war noch nicht ausgemacht, wie dieser Tag ausgehen würde. Die Weisung von Schwanitz war hinsichtlich des Mitteleinsatzes nur in dem Verbot des gezielten Schußwaffengebrauchs eindeutig. Demonstranten zur "Beruhigung" in

²¹⁴ Ch. Ladwig, Teilnehmer an diesem Gespräch, kann sich an eine solche Bitte nicht erinnern.

²¹⁵ Mitschnitt der Dienstbesprechung am 4.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, Tonband 201261.

²¹⁶ Telegramm von Schwanitz an die Leiter aller BÄfNS, 4.12.1989; BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 257-258.

²¹⁷ BStU, ASt Berlin Karton A 1189 (unerschlossenes Material). - Ein unbekannter MfS-Offizier aus der HA XX notierte an diesem Tag in seinem Arbeitsbuch: "seit Mo 4.12.89 Mittag Vernichtungsstopp!" BStU, ZA, HA XX/4 459, Bl. 13 (herausgerissenes Einzelblatt).

²¹⁸ BStU, ZA, ASt Berlin, Karton A 1189 (unerschlossenes Material). Für die Bezirksämter Berlin und Karl-Marx-Stadt ist belegt, daß dieser Befehl auch tatsächlich eingetroffen ist: Das oben zitierte Exemplar aus dem Berliner Bestand trägt einen Eingangsstempel "BAfNS Berlin 4.12.1989, 16.45, Tgb. Nr. 424". In Karl-Marx-Stadt wurde er auf der Dienstbesprechung verlesen, auf die oben verwiesen worden ist.

die Dienststellen einzulassen, wie das am Morgen in Erfurt geschehen war, war nicht vorgesehen. Im Gegenteil, der "Zutritt unberechtigter Personen" sollte "unbedingt" verhindert werden.

In Leipzig notierte der Leiter des BAfNS, Generalmajor Hummitzsch, am Nachmittag nach einer Dienstbesprechung in sein Arbeitsbuch:

- "- alle Frauen ab 16.00 Uhr [nach Hause - WS]
- Türen Fenster so verbarrikadieren, daß keiner reinkommt
- grundsätzlich keine Schußwaffen
- alle anderen Hilfsmittel
- die BdVP → VP-Kräfte von außen
- wir müssen diesen Montag überstehen
- Ruhe, Besonnenheit, nicht durchdrehen"²¹⁹

Ein wichtiger Akteur tauchte weder in diesen Notizen noch in Schwanitz' Befehlen von jenem Tag auf: die Staatsanwaltschaft. Ihr war ursprünglich, so weit geplant wurde, offenbar keine Rolle zugeordnet.²²⁰ In Erfurt hatte die Bezirksstaatsanwaltschaft, obwohl sie vorher von Kerstin Schön informiert worden war, versucht, sich herauszuhalten. Der Militärstaatsanwalt mußte in die Bresche springen.²²¹ Bei den Begehungen, Besetzungen und Versiegelungen am Abend des 4. Dezember und am folgenden Tag aber waren die jeweiligen Kreisstaatsanwälte regelmäßig dabei. Die Erklärung: Inzwischen war Generalstaatsanwalt Wendland aktiv geworden. Er war am Vortag wegen der erfolgreichen Flucht von Schalck neuerlich unter Beschuß gekommen. Zuvor schon hatte man ihm Verschleppung der Ermittlungsverfahren in Sachen Übergriffe von Staatssicherheit und Volkspolizei am 7. und 8. Oktober vorgeworfen.²²² Nun war die Aktenvernichtung ruchbar geworden und von vielen Bürgern wurde erwartet, daß die Staatsanwaltschaft eingreift. Wendland führte ein Telefongespräch mit Schwanitz, über dessen Inhalt

²¹⁹ Reprint in: Stasi intern, a. a. O., S. 51.

²²⁰ Erst am am folgenden Tag notierte Hummitzsch: "richtig war die Hinzuziehung der Staatsanwaltschaft", ebenda, S. 51. - In einem Schreiben des Generalstaatsanwalts vom 4.12., auf das noch zurückzukommen sein wird, erwähnt Wendland einen Staatsanwalt in Oelsnitz (Bezirk Karl-Marx-Stadt), der selbst die Initiative zur Versiegelung des dortigen Kreisamtes ergriffen habe. - Der Leiter des BAfNS Schwerin meldete am 5.12.1989 nach Berlin, daß im KA Parchim am Vorabend "eine Versiegelung der Panzerschränke durch den Staatsanwalt erzwungen (wurde)" und erwähnte dabei keinerlei entsprechende Vereinbarung. Telegramm von Generalmajor Korth an das AfNS, Generalleutnant Schwanitz; Datum des Eingangsstempels: 5.12.89; BStU, ZA, SdM 2289, Bl. 535.

²²¹ So die Darstellung in dem zitierten Telegramm von Schwarz an Schwanitz: a. a. O.

²²² Am 5. Dezember traten der Generalstaatsanwalt und sein Stellvertreter schließlich zurück. Vgl. Neues Deutschland 6.12.1989.

wir nichts wissen, und schickte anschliessend ein Schreiben an den "werten Genossen Schwanitz":

"Bürger und Kollektive wenden sich in den letzten Tagen ständig mit Hinweisen an Staatsanwälte der Kreise, der Bezirke oder an mich mit teilweise konkreten Bekundungen, daß sie teils verdeckte und teils in der Nachtzeit vorgenommene Abtransporte und Aktenvernichtungen im Zusammenhang mit Dienststellen Ihres Amtes festgestellt haben. [...] Unter Bezug auf das heute geführte Telefongespräch fordere ich Sie gemäß §§ 20 und 30 des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDR vom 7. 4. 1977 (GBl. I Nr. 10 S. 93) auf, jegliches Vernichten oder Beiseiteschaffen von schriftlichen Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zu unterbinden, damit die Staatsanwaltschaft jederzeit die Möglichkeit hat, die Vorlage von Akten oder Unterlagen durchzusetzen."²²³

Es ist nicht auszuschließen, daß es sich um ein Schreiben auf Bestellung handelte. Sehr wahrscheinlich ist das nicht: Sonst wären die Dienstseinheiten darauf hingewiesen worden, daß sie mit Besuch der Staatsanwaltschaft zu rechnen hätten. Wie dem auch sei - die Weisung des Generalstaatsanwalts schaffte die rechtliche Voraussetzung dafür, daß sich die Staatsanwälte vor Ort gewissermaßen als Vermittler einschalteten. Von den Demonstranten wurde ihnen häufig starkes Mißtrauen entgegengebracht, denn man ahnte die prinzipiell enge Kooperation zwischen beiden Institutionen und zudem kamen die beteiligten Staatsanwälte häufig auch noch aus der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft, der "I A". Dennoch wirkte ihre Präsenz deeskalierend. Sie gaben dem ganzen Vorgang eine rechtliche Form, die für beide Seiten in dieser angespannten Situation, für die es keine Verhaltensregeln gab, akzeptabel war. Angesichts der Undurchführbarkeit des Befehls aus ihrer Berliner Zentrale, den Zutritt "unbedingt zu verhindern", hielten sich die Leiter der örtlichen Dienststellen an ihre bisherigen Kooperationspartner. Ihre Nachgiebigkeit gegenüber den demonstrierenden Bürgern, die faktisch Befehlsverweigerung war, fand so eine Begründung, für die sie nicht belangt werden konnten. Unter dem Druck der Bürgerbewegung siegte vor Ort die Vernunft.

Die Hinzuziehung der Staatsanwälte wurde nachträglich von der Leitung des AfNS gebilligt. Schwanitz gab am 5. Dezember eine neue Weisung an Bezirks- und Kreisämter heraus, die ihnen eine Rolle zuwies und sich überhaupt in Ton und Inhalt erheblich von den Durchhalteparolen des Vortags unterschied. Nun forderte er, "daß mit allen Personen das Gespräch zu suchen ist." Wenn das nicht genügen sollte, wurde taktische Nachgiebigkeit empfohlen:

²²³ Schreiben von Generalstaatsanwalt Wendland an den Leiter des AfNS vom 4.12.1989: BStU, ZA, SdM 2294, Bl. 39.

"Bleiben die Forderungen bestehen bzw. erhöht sich der Druck weiter, um gewaltsam in die Objekte einzudringen, kann gemeinsam mit dem Militärstaatsanwalt, Angehörigen der VP, Abgeordneten und Wählern der Bürgerrechtsbewegungen (z. B. Sprechergruppen) eine Begehung des Objektes vorgenommen werden. Forderungen zur Versiegelung von Räumen und Panzerschränken können realisiert werden. Dabei ist jedoch zu verhindern, daß unberechtigte Personen Einsicht in Unterlagen erhalten oder gar in deren Besitz gelangen."²²⁴

Die Demonstranten mißtrauten den Staatsanwälten als Vertretern der alten Staatsmacht, aber auch die Leitung des AfNS war mit ihnen unzufrieden. In einem internen "Hinweis" für die AfNS-Leitung, der wahrscheinlich am folgenden Tag entstanden ist, wird geklagt:

"Gegen Forderungen der eingedrungenen Personen, in Archive u. a. Unterlagen der Ämter, einschließlich Staatsgeheimnissen und anderen geheimzuhaltenden Informationen, Einsicht zu nehmen, wurde durch die Staatsanwälte und Angehörigen der DVP nicht mit der notwendigen Konsequenz eingeschritten."²²⁵

Die Volkspolizei freilich hätte sich noch schlechter verhalten: "In einigen Fällen erklärten sich Dienststellen der DVP außerstande, den Ersuchen von Ämtern um Maßnahmen zum Schutz von Objekten zu entsprechen." Es ist fast überflüssig anzumerken, daß die "Kampfgruppen der Arbeiterklasse", die Parteiarmee der SED, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht entwaffnet waren, an keinem Ort irgendwie in Erscheinung traten. So ist es nicht verwunderlich, daß am Ende dieses Schreibens die Befürchtung geäußert wird, es könnte zu einem "Auseinanderdividieren der Schutz- und Sicherheits- sowie Rechtspflegeorgane" kommen.

Tatsächlich hatte dieses "Auseinanderdividieren" bereits stattgefunden - auch unter Beteiligung des AfNS. Anders kann man eine Konzeption zur "Gesprächsführung bei Erfordernis" wohl nicht verstehen, die von der HA XXII (Terrorabwehr) am 5. Dezember verfaßt wurde und weite Verbreitung gefunden zu haben scheint, denn Zeitzeugen berichten, daß gemäß den dort festgelegten Regeln verfahren wurde. In dieser Konzeption wird für den Fall, daß die Staatsanwaltschaft, eventuell in Begleitung der Volkspolizei, Einlaß in ein

²²⁴ Fernschreiben von Schwanitz an die Leiter aller Bezirks- und Kreisämter, 5.12.89, 16.00 Uhr; BStU, ASt Berlin, Karton A 1189 (unerschlossenes Material). Dieser Befehl wurde offenbar in der Rechtsstelle des AfNS formuliert, denn in deren Bestand findet sich der mit der Endfassung identische Entwurf: BStU, ZA, Rechtsstelle 693, Bl. 26-27.

²²⁵ "Hinweise zum Zusammenwirken des Amtes für Nationale Sicherheit, des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und der Staatsanwälte auf den verschiedenen Ebenen"; BStU, ZA, SdM 1992, Bl. 232-233. Das Datum ergibt sich aus dem Inhalt, der Adressat aus dem Fundort - ein persönlicher Ordner von Schwanitz.

Dienstobjekt fordern sollte, vorgeschrieben, zuerst den Diensthabenden zu informieren.

"Nach Bestätigung durch LDE [Leiter der Dienst Einheit], Einlaß in das Dienstobjekt gewähren, wenn gefordert, Diensträume (keine Siegelzimmer) zur Besichtigung freigeben. Bei Siegelzimmern ist eine Öffnung nicht möglich (Schlüssel als Nichtvorhanden, da personengebunden angeben). Wird seitens der Vertreter der Rechtsorgane auf eine Sicherstellung der im Raum befindlichen Materialien bestanden, wird durch den Diensthabenden auf eine durch ihn dann vorzunehmende zweite Versiegelung verwiesen."²²⁶

Die Hemmschwelle gegen das Eindringen in das Innere des Geheimdienstes sollte möglichst hoch sein und die Verantwortung auf die Staatsanwälte abgeschoben werden. Von dem so oft beschworenen "vertrauensvollen Zusammenwirken" war nicht viel übrig geblieben. Noch unzufriedener dürfte die Staatssicherheit in den folgenden Tagen geworden sein, als die ersten Leiter von Kreisämtern wegen Aktenvernichtung festgenommen wurden.²²⁷

Von solchen internen Differenzen war den aufbegehrenden Bürgern freilich nichts bekannt, als sie gegen Abend des 4. Dezember vor die Kreis- und Bezirksamter der Staatssicherheit zogen. Es bedurfte einiger Courage, um Zutritt zu Gebäuden zu fordern, um die man sonst lieber einen Bogen gemacht hatte. Doch in einer ganzen Reihe von Städten und Kleinstädten der DDR faßten Demonstranten diesen Mut und gelangten in die ehemaligen Zwingburgen der Staatssicherheit oder in ihre vorgeschobenen Außenposten. Das geschah am Abend des 4. Dezember in Arnstadt, Bad Doberan, Eisenach, Gera, Gotha, Greifswald, Jena, Leipzig, Parchim, Rathenow, Rostock, Saalfeld, Stadtroda, Stralsund, Suhl, Templin, Teschendorf, Weißwasser, Wernigerode und Zittau.²²⁸ Am folgenden Tag sollten noch einmal so viele Städte dazukommen.

²²⁶ HA XXII, "Anhalte für den Leitungsdienst zur Gesprächsführung bei Erfordernis", 5.12.1989; BStU, ZA, HA XXII 1667 Nr. 8, Bl. 76-83, hier Bl. 78 f.

²²⁷ Vielerorts gab es gerade in den folgenden Wochen wohl auch ein Zusammenspiel von Staatsanwälten und AfNS-Offizieren bei der Abschirmung geheimer Unterlagen und so nachlässiger "Versiegelung" (z. B. - wie in Gera - nur mit Heftpflaster), daß heimlicher Vernichtung Vorschub geleistet wurde. Aber das ist ein späteres Thema.

²²⁸ Diese mit ziemlicher Sicherheit unvollständige Liste basiert auf den Angaben in: ZOS, "Berichte zur sicherheitspolitischen Lage", 4.12.-5.12.1989; BStU, ZA, HA VIII 1672, Bl. 269-292; ZAIG, "Information Nr. 519/89 über das Erzwingen des Zutritts von Kräften von Bürgerbewegungen zu den Dienstobjekten von Bezirks- und Kreisämtern des Amtes für Nationale Sicherheit am 4. Dezember 1989", ZAIG 3815, Bl. 1-8; zu Gera vgl. Telegramm des Leiters des BAfNS an den Leiter des AfNS vom 4.12.89; BStU, ASt Gera, Ordner "Wende" (unerschlossenes Material); zu Leipzig: Stasi-intern, a. a. O.; zu Rostock: Probst: Der Norden, S. 48 f.; zu Suhl: Fricke, in: Deutschland Archiv 23 (1990) 1, S. 59.

Das Muster, nach dem diese Aktionen abliefen, war - soweit es bisher aus den MfS-Akten ablesbar ist und durch Augenzeugenberichte bestätigt wird - ziemlich ähnlich und bestand in der Regel aus einer Kombination der ersten und der zweiten Phase der Erfurter Geschehnisse: Vor den Gebäuden versammelten sich Demonstranten. Der Kreis- oder der Bezirksstaatsanwalt oder auch ein Militärstaatsanwalt wurde hinzugerufen, häufig kam auch noch die Volkspolizei. Dann wurde eine Delegation gebildet. Sie wurde in das Gebäude eingelassen und der Staatsanwalt versiegelte unter den wachsamen Augen der Bürgervertreter bestimmte Schränke, Räume oder Anlagen zur Verkollerung oder zum Verbrennen von Papier. In manchen Städten ließen sich die Demonstranten ähnlich wie in Erfurt nicht damit abspesen, daß nur einzelne ihrer Vertreter Zugang hatten. In Jena, Stralsund, Leipzig und am folgenden Tag in Potsdam mußten größere Gruppen eingelassen werden.

Desintegrationsprozesse im AfNS

Es ist bereits deutlich geworden, daß die meisten Angehörigen des AfNS zu verwirrt und verbittert waren, als daß sie sich für ein Amt geschlagen hätten, dessen Zukunft um Ungewissen lag oder gar für eine Partei, die sich seit Wochen sichtbar selbst demontierte. Dennoch mußte die Situation am 4. Dezember auch aus ihrer Sicht bedrohlich wirken. Es war deshalb nicht von vornherein klar, in welche Richtung sich Frustration und Angst dieser ja noch immer bewaffneten und militärisch geschulten "Kämpfer" entladen würde, wenn die Demonstranten ihnen zu nahe kämen.

Eine erste Antwort - für die Zentrale in Berlin-Lichtenberg - brachte eine Sitzung der SED-Kreisleitung, die wegen des Rücktritts von ZK und Politbüro der SED kurzfristig für den 4. Dezember, im Anschluß an die zentrale Dienstbesprechung, einberufen worden war. Der 1. Sekretär der Kreisleitung, Scheffel, gab den Ton vor. In Abweichung von seinem Redemanuskript äußerte er sich zur aktuellen Lage.²²⁹ Er berichtete über die "Besetzung im Bezirk Erfurt", über den Rücktritt des ZK und die Versiegelung der "Politbüroetage". Deren ehemalige Benutzer

²²⁹ Redeentwurf in: BStU, ZA, SED KL 570, Bl. 951-961; Text der gehaltenen Rede: "Standpunkt des Sekretariats der SED-Kreisleitung [...] vorgetragen auf der Kreisleitungssitzung am 4. Dezember 1989 durch den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Genossen Rolf Scheffel"; BStU, ZA, Neiber 89, Bl. 664-675. Die folgenden Zitate stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus letzterer Version.

bezeichnete er jetzt als "politisch unfähig und blind", "machtbesessen und korrupt". Das habe schlimme Folgen für die Staatssicherheit:

"Schmerzlich müssen die ehemaligen Angehörigen des MfS dafür jetzt das Mißtrauen, die Verachtung und den Zorn eines großen Teils der Bevölkerung zur Kenntnis nehmen. [...] Durch das Volk und auch durch die Basis unserer Partei ist nicht nur ein Sozialismus stalinistischer Prägung, sondern auch die darauf basierende Politik der totalen Sicherheit abgelehnt worden. [...] Das Ergebnis war ein aufgeblähter Apparat, der dem Volk als gegen sich gerichtete Macht erscheinen mußte und auch immer erschien."

Diese allzuspäten Einsichten sind aufschlußreich, weil man sich schwerlich vorstellen kann, daß irgendjemand - nicht einmal ein "tschekistischer Kämpfer" - motiviert wäre, gegen Bürger vorzugehen, denen er "verständlichen Zorn" bescheinigt. Interessant ist auch, daß Scheffel nun versuchte, sich an die Spitze des Unmuts innerhalb des Amtes zu stellen und zugleich ein vernichtendes Bild von dessen Funktionsfähigkeit gab:

"Während der Delegiertenkonferenzen [zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages der SED - WS] wurde sichtbar, daß das Vertrauen in die Leitung des Amtes für Nationale Sicherheit weiter zurückgegangen ist. Praktisch jede Entscheidung wird zunächst einmal angezweifelt oder zumindest äußerst kritisch aufgenommen. Die unterschiedliche Auslegung und Anwendung der Befehle und Weisungen in den Dienstseinheiten tut dazu ein übriges."²³⁰

Von der militärisch-zentralistischen Maxime, daß Befehle einfach von oben nach unten "durchgestellt" werden, die das MfS lange Jahre beherrscht hatte, war nicht viel übrig geblieben. Ein Wechsel in der Hierarchie wurde nun selbst vom 1. Sekretär eingefordert:

"... das Amt (bedarf) keines neuen Etiketts, sondern eines Programms auf der Grundlage einer neuen Sicherheitskonzeption. Bezweifelt wird [von den Mitarbeitern - WS], daß der notwendige Umgestaltungsprozeß im Amt für Nationale Sicherheit wirklich mit der notwendigen Konsequenz betrieben wird, die besten Lösungen angestrebt und gefunden werden. Es wird befürchtet, daß es zu viel Einfluß von Leitern gibt, die am bisher Gewohnten festhalten wollen, die auch darauf hinarbeiten, daß notwendige Veränderungen nicht erfolgen."

Er nannte keine Namen, erwähnte allerdings das "Kollegium" als Kollektivschuldigen und berichtete, daß die zentralen Kommissionen zur Reorganisation des Amtes (deren Arbeitsergebnisse einige Stunden zuvor auf der AfNS-Dienstbesprechung vorgestellt worden waren) keinerlei Vertrauen genießen würden. Konkreter zu werden, blieb einem Diskussionsredner von der HA I (Militärische Abwehr) vorbehalten, der über "das tiefe Mißtrauen" berichtete, das in den Beiträgen auf der Delegiertenkonferenz seiner Abteilung "zum Ausdruck gekommen (sei), das viele Genossinnen und Genossen gegenüber leitenden

²³⁰ Dieses Passage war im Manuskript nicht enthalten.

Genossen haben, die das ehemalige MfS in Führungsfunktionen auch heute noch vertreten." Er kam zu der noch immer vorsichtig formulierten Schlußfolgerung: "Es wird die Forderung gestellt, personelle Konsequenzen einzuleiten und zwar die Entbindung des Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit, seiner Stellvertreter usw. Ich war nicht in der Lage, das zurückzuhalten und ich habe dabei selbst Probleme."²³¹

In der Diskussion meldeten sich noch einige alte Generäle mit nicht weiter erwähnenswerten Beiträgen zu Wort, die zweierlei zu erkennen ließen: daß sie dies alles nicht so recht verstanden, sich aber der "Erneuerung" nicht in den Weg stellen wollten. Generalmajor Opitz, Leiter der Juristischen Hochschule: "Ich verstehe auch einiges nicht, das sage ich ehrlich, z. B. das Auftreten von Biermann und Lindenberg."²³²

Die Sitzung endete damit, daß die Kreisleitung ihren Rücktritt noch einmal verschob, sich aber durch die Einrichtung eines - nach dem Vorbild der SED eingerichteten²³³ - "Arbeitsausschusses" selbst entmachtete.²³⁴ Ihre Aktivitäten beschränkten sich in den folgenden Wochen auf die - höchst unvollständige - Vernichtung ihrer Unterlagen.

Über die Reaktion der einfachen AfNS-Kader auf die Turbulenzen dieser Tage ist bisher wenig bekannt.²³⁵ Vom 4. bis zum 6. Dezember traf beim Leiter des AfNS - und auch beim Ministerpräsidenten - verschiedenste Protestschreiben ein. Unter dem Druck der Bürgerbewegung richteten sich die Angst und die Wut der Mitarbeiter nicht etwa nach außen, gegen die Demonstranten, sondern gegen die eigene Führung. Sie forderten nun in mehr oder weniger scharfer Form die Absetzung von "ehemaligen Leitungskadern des MfS", besonders der Mitglieder

²³¹ "Diskussionsbeiträge zur Kreisleitungssitzung am 4.12.1989"; BStU, ZA, SED KL 570, Bl. 962-968, hier Bl. 962.

²³² Ebenda, Bl. 965.

²³³ In der SED war aber das ZK immerhin zurückgetreten.

²³⁴ Vgl. die Erklärung dieses Arbeitsausschusses: "Für eine grundlegende Erneuerung der Sicherheitsorgane im Dienst des Volkes und im Auftrag der Regierung", wahrscheinlich vom 5.12.1989; BStU, ZA, SED KL 570, Bl. 933-935.

²³⁵ Ein seinerzeit als "putschistisch" interpretierter "Aufruf" aus dem Bezirksamt Gera vom 9. Dezember 1989, der - als er Anfang Januar 1990 am zentralen Runden Tisch bekannt wurde - beträchtliche Aufregung verursachte, bestimmt das Bild. Auf diesen "Aufruf", der aus einer späteren Entwicklungsphase stammt, wird in der ausführlichen Publikation zurückzukommen sein. Erstaunlich ist, wie untypisch er für die Reaktion der AfNS-Angehörigen in den wirklich kritischen Tagen war.

des Kollegiums, weil sie sich als unfähig und unwillig erwiesen hätten, eine wirkliche Veränderung der Staatssicherheit herbeizuführen.²³⁶ Diese Kritik, die freilich immer von einer Fortführung des Amtes ausging, kam sowohl von Mitarbeitern zentraler Dienstseinheiten²³⁷ wie stärker noch von den Kader der Staatssicherheit in den Kreis- und Bezirksämtern.²³⁸ Sie hatten einen direkteren Bezug zur Realität und zudem hatte bei ihnen die am Vortag amtsintern bekanntgegebene Auflösung der Kreisämter für zusätzlichen Zündstoff gesorgt.

Besonderes Interesse verdient aus naheliegenden Gründen ein Schreiben "aller Mitarbeiter" aus dem - örtlich vom Bezirksamt getrennten - Kreisamt Leipzig-Stadt vom 4. Dezember an Modrow und Schwanitz. Sie erklärten: "Auf der Grundlage falscher Sicherheitsdoktrin [...] wurde die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung der Sicherheitsorgane mit dem Volk heraufbeschworen, die die Existenz unserer sozialistischen Heimat aufs Spiel setzte."²³⁹ Für solche Abenteuer standen sie offenbar nicht zur Verfügung, denn sie forderten, "künftig einen Mißbrauch des Amtes für Nationale Sicherheit als Repressionsorgan gegen das eigene Volk [...] unmöglich zu machen." Dazu sei bisher viel zu wenig geschehen. "Alle leitenden Kader des Amtes für Nationale Sicherheit, die sich der Politik der Erneuerung widersetzen" seien "aus ihren Funktionen zu entfernen". Das Amt sei auch künftig notwendig für den "Schutz des Volkes vor Neofaschismus und Terrorismus" und zur "Spionageabwehr fremder Mächte", jedoch

²³⁶ Zitat aus: Schreiben der PO OTS [Operativ-technischer Sektor] an Schwanitz vom 4.12.1989; BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 121.

²³⁷ Ähnliche Äußerungen aus den zentralen Dienstseinheiten sind zu finden in: Schreiben der Parteiorganisation der HVA an Modrow vom 4.12.1989; BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 127 f.; "Erklärung der Angehörigen des Untersuchungsorgans des Amtes für Nationale Sicherheit" vom 5.12.1989; BStU, ZA, HA IX 3387, Bl. 6; Schreiben der HA III Abt. T/1 [Funkaufklärung / Anleitungsbereich Technik / Bereich Forschung] an den Leiter des AfNS vom 5.12.1989; BStU, ZA, SdM 2335, Bl. 21-22; Resolution mehrerer Abteilungsparteiorganisationen (APO) des SWT (Sektor Wissenschaft und Technik) der HVA vom 5.12.1989; ebenda, Bl. 17.

²³⁸ Vgl. Fernschreiben des KA Plauen an die SED-KL, den Leiter des AfNS und den Leiter des BAfNS vom 4.12.1989; BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 117; Fernschreiben des KA Fürstenwalde an den Leiter des AfNS vom 5.12.1989; BStU, ZA SdM 2335, Bl. 2; Telegramm der PO des BAfNS Gera an den Genossen Modrow vom 5.12.1989; ebenda, Bl. 1; Offener Brief der GO des KAfNS Rudolstadt an den Leiter des AfNS; ebenda, Bl. 12; Telegramm der Mitarbeiter des BAfNS Halle und der dazu gehörigen Kreisämter an alle Bezirksämter, an die Volkskammer und den Ministerpräsidenten; ebenda, Bl. 4; Telegramm der GO 117 an den Leiter des AfNS; ebenda, Bl. 3.

²³⁹ AfNS KA Leipzig-Stadt, "*Standpunkt* aller Mitarbeiter des Kreisamtes Leipzig-Stadt zur inkonsequenten Durchsetzung der Erneuerung der Arbeit im Amt für Nationale Sicherheit gerichtet an den Ministerpräsidenten, Genossen Hans Modrow, und den Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, Genossen Generalleutnant Schwanitz", Leipzig, 4. Dezember 1989; BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 114-116.

nicht zur politischen Unterdrückung: "Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß politische Probleme nur mit politischen Mitteln zu lösen und Andersdenkende keine Feinde, sondern Bestandteil wahrer sozialistischer Demokratie sind." Deshalb würden sie sich nun nach Bündnispartnern umsehen: "Wir sind gewillt", schreiben die Mitarbeiter KD Leipzig-Stadt, "die eingetretenen Versäumnisse in Zusammenarbeit mit den führenden Kräften der gesellschaftlichen Erneuerung in Leipzig schnellstens abzubauen." Das war gewiß illusionär, aber es war eine Illusion, die half, als es galt, in der äußerst angespannten Situation die Ruhe zu bewahren.

Auch aus der anderen Bezirkshauptstadt, die an diesen beiden Tagen besonders im Mittelpunkt stand, traf am 5. Dezember ein Telegramm in Berlin ein. Unterzeichnet war es von dem "Kollektiv des KAfNS Erfurt" (also nicht der Bezirksverwaltung). Beigefügt war eine "Erklärung" für den Präsidenten der Volkskammer und den Vorsitzenden des Ministerrates. Sie beginnt mit den Worten:

"Aus tiefstem Herzen unterstützen wir den vom Volk der DDR eingeleiteten Prozeß der Erneuerung, zu dem die Volkskammer und der Ministerrat die ersten Schritte eingeleitet hat. Unsere Überzeugung von der Richtigkeit und Ernsthaftigkeit dieses Weges hat uns auch veranlaßt, Vertretern der Bürgerinitiative Erfurt am 4.12.1989 in aller Ruhe und Besonnenheit die Möglichkeit der Besichtigung des gesamten Dienstobjektes und nach Eintreffen des Militärstaatsanwaltes die Versiegelung von Panzerschränken und Räumlichkeiten zu ermöglichen."²⁴⁰

Diese "Wende" verlief zu unvermittelt, um überzeugend zu sein. Statt eine selbstkritische Aufarbeitung des eigenen Beitrags zum Unterdrückungssystem zu versuchen, beteuerten die ehemaligen MfS-Kader, sie hätten "keine Kenntnis" von den "Machenschaften der ehemaligen Staats- und Parteiführung" gehabt, und fühlten sich selbst "verraten und betrogen". Auf die Selbststilisierung zum Opfer ebenso undurchsichtiger wie übler "Machenschaften" folgte der Seitenwechsel: "Die Mitarbeiter des Kreisamtes Erfurt solidarisieren sich mit den ehrlichen Bürgern unseres Territoriums, die wöchentlich ihren Protest in gewaltfreien Demonstrationen zum Ausdruck bringen."

Auch wenn diese "Erklärung" eine höchst opportunistische "Wende" dokumentiert, die militärische "Einsatzbereitschaft" hat sie gewiß minimiert. Mit diesen "Kämpfern" hätte Generalmajor Schwarz, der Bezirksamtschef in Erfurt, wenn ihm

²⁴⁰ Fernschreiben des KA Erfurt an den Leiter des AfNS über den Leiter des BAfNS Erfurt vom 5.12.1989; BStU, ZA, SdM 2335, Bl. 11.

der Sinn danach gestanden hätte, bei einem offenen Konflikt mit der Bürgerbewegung schwerlich rechnen können.

Sehr viel bündiger noch als das Erfurter oder das Leipziger Schreiben war ein Telegramm formuliert, das die AfNS-Führung am Mittag des 5. Dezember aus dem Norden der DDR erreichte. Die Grundorganisation des Bereichs Nachrichtenwesen im Wehrbezirkskommando Rostock telegrafierte an Generalleutnant Schwanitz:

"Seid Ihr des Wahnsinns? Wollt Ihr noch nachträglich bewaffnete Auseinandersetzungen provozieren?"

"Garantiert, daß kein Beweismaterial verschwindet.

Schafft in den Bezirksverwaltungen dazu die Voraussetzungen. Die Erneuerung fordert nicht nur neue Strukturen, sondern auch neue Inhalte.

Die alten, in ihren Funktionen belassenen Leiter sind dabei untauglich."²⁴¹

In Berlin waren währenddessen die Mitglieder des "Wachregiments", die sich schon einen Monat zuvor kritisch zu Wort gemeldet hatten,²⁴² in Aktion getreten. Sie hatten, wahrscheinlich am 4. Dezember, einen "Soldatenrat" gewählt, der als "Interessenvertreter der Basis" gegenüber den "Kommandeuren" wirken sollte.²⁴³ Noch am gleichen Tag wurde dem Wachregiment die interne Bewachung der Staatssicherheitszentrale in Berlin-Lichtenberg entzogen.²⁴⁴ Für die Übernahme der Außenwache machten Angehörige des Wachregiments zur Bedingung, Losungen anbringen zu dürfen. Darauf sollte u. a. stehen:

"Wir sind auch das Volk

Rehabilitation des WR, macht uns nicht zum Prügelknaben anderer"

"Wir schützen die Modrow-Regierung und die Interessen des Volkes

²⁴¹ BStU, ZA, SdM 2335, Bl. 19.

²⁴² Siehe oben S. 17. Zwischenzeitlich hatte sich die FDJ-Grundorganisation dieser Dienst Einheit zudem mit einem "Leserbrief" in die gesellschaftliche Debatte eingebracht, in dem die bemerkenswerte Forderung aufgestellt wurde: "Auch ein 'Neues Forum' sollte sich der Mühe unterziehen, auf wissenschaftlicher, vernünftiger Basis die Notwendigkeit seiner Existenz für den Sozialismus unter Beweis zu stellen." In: Junge Welt, 22.11.1989.

²⁴³ "Konzeption zur Bildung von Soldatenräten im Wachregiment"; BStU, ZA, SdM 1997, Bl. 120-122.

²⁴⁴ Schreiben des Leiters des AfNS an die Leiter der Dienst Einheiten vom 4.12.1989; BStU, ZA, DSt 103272. Für die Innensicherung der einzelnen Gebäude waren von nun an die Staatssicherheitsbürokraten aus den zentralen Dienst Einheiten zuständig. Die Außensicherung verblieb noch einige Tage beim Wachregiment und wurde dann am 8. Dezember an die Volkspolizei übertragen. Vgl. "Information" zur Außensicherung, 8.12.1989; BStU, ZA, SdM 1997, Bl. 127.

gewaltfrei - WR"
in den Reißwolf gehen"²⁴⁵

"Wenn wir keine Wache stehen, werden Akten

In der Nacht vom 4. zum 5. Dezember versammelte sich das "Kommando 3" des Wachregiments zu einer Demonstration auf dem Exerzierplatz. Ursprünglich hatten die Regimentsangehörigen die Absicht, "mit Kerzen zur Autobahn zu marschieren und damit den Verkehr zu blockieren".²⁴⁶ Das, wurde später an Schwanitz berichtet, hatte ein Offizier verhindert. Von der Kundgebung, die statt dessen abgehalten wurde, sind Äußerungen und Forderungen überliefert:

"Aktenverbrennung in TÜT [Truppenübungsplatz Teupitz]. Ein Ltn. [Leutnant] der Abwehr am 04.12., 15.00 Uhr, wurde erst gestoppt durch OSL [Oberstleutnant] Renner, d.h., die Offz. [Offiziere] auch des Kdo.-3 unterlaufen den Prozeß der schonungslosen Aufdeckung"

"Es fehlt bloß noch, daß dieser Schalk-G. Mitarbeiter der Stasi ist"

"Die Kdo.-Führung kann unsere Fragen nicht mehr beantworten, hier muß sofort der General her und höher, die unseren Forderungen und Fragen beantworten."

"Den Fahneid und die Aufnahme des Dienstes haben wir in den Namen von Verbrechern durchgeführt."

"Wir wurden von Feinden des Volkes mißbraucht, >dafür lassen wir uns nicht hängen<"

"Wir haben Angst, daß man uns aufhängt, für das was wir nicht getan haben."²⁴⁷

Diese Äußerungen belegen noch einmal das ganze Ausmaß der Verwirrung. Sie zeigen aber noch etwas anderes: Beide Seiten hatten Angst voreinander. Den größeren Mut allerdings, das sei angemerkt, bewiesen in jener Nacht die demonstrierenden Bürger. Hinsichtlich des "Wachregiments" zog die Führung des AfNS zwei Tage später die Konsequenz. Auf einer Leitungsberatung wurde beschlossen: "Ablösung des Kommandeurs des Wachregiments am heutigen Tag - Kampfwert gleich Null".²⁴⁸

Abgang der alten Generalität

Nach den Besetzungen vom 4./5. Dezember und nach der Protestwelle im eigenen Apparat, war die alte Führung nicht mehr zu halten. Der Rücktritt des Kollegiums als der Kerngruppe der alten Generalität war bereits am 4. Dezember

²⁴⁵ "Losungen der Wachstellung WR 'Feliks Dzierzynski', die als Bedingung der Wachübernahme am Dienstobjekt angebracht werden sollen"; BStU, ZA, SdM 1997, Bl. 313.

²⁴⁶ Wachregiment Kommando-3, "Information zur Lage", 5.12.1989; BStU, ZA, SdM 1997, Bl. 123-124.

²⁴⁷ Ebenda.

²⁴⁸ "Festlegungsprotokoll über die Leitungsberatung am 7.12.1989"; BStU, ZA, SdM 2289, Bl. 160-164.

beschlossene Sache,²⁴⁹ am folgenden Tag wurde er offiziell bekanntgegeben.²⁵⁰ Am 6. Dezember wurden - mit einigen Ausnahmen²⁵¹ - die Spitzen der Generalität von ihren Funktionen entbunden und mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Die Generäle Mittag, Neiber, Irmeler (ZAIG), Kratsch (HA II), Wolf (HA Personenschutz), Dietze (HA I), Kleine (HA XVIII), Felber (SED-Kreisleitung), Strobel (Abt. M), Damm (Abt. X) und andere, insgesamt achtzehn, Spitzenkader mußten gehen.²⁵²

Doch es war bereits zu spät. Am gleichen Tag, an dem diese Personalveränderungen bekanntgegeben wurde, am 7. Dezember 1989, beschloß der zentrale Runde Tisch auf seiner konstituierenden Sitzung:

"Die Regierung der DDR wird aufgefordert, einen sofortigen Maßnahmenplan öffentlich bekanntzugeben, wie durch Sicherungskräfte des Ministeriums des Inneren alle Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit auf allen Ebenen unter Kontrolle gestellt werden, damit keine Vernichtung von Dokumenten bzw. Beweismaterial erfolgen kann und Mißbrauch ausgeschlossen wird.

Die Regierung der DDR wird aufgefordert, das Amt für Nationale Sicherheit unter ziviler Kontrolle aufzulösen und die berufliche Eingliederung der ausscheidenden Mitarbeiter zu gewährleisten. Über die Gewährleistung der eventuell notwendigen Dienste im Sicherheitsbereich soll die Regierung die Öffentlichkeit informieren."²⁵³

Mit diesem Beschluß veränderte sich für die Angehörigen des AfNS die Situation schlagartig: Bisher waren sie alle davon ausgegangen, daß - wie in der Sowjetunion - der Staatssicherheitsdienst in irgendeiner Form weiterexistieren würde. Entweder, wie sich das Schwanitz und seine Genossen Generäle vorgestellt hatten, als verkleinertes und modernisiertes AfNS, das dank erhöhter Konspiration in seiner Kernsubstanz erhalten bleiben würde. Oder, wie das viele Mitarbeiter gefordert hatten, als ein auf klassische nachrichtendienstliche und Verfassungsschutzaufgaben reduziertes Amt, das auf gesetzlicher Basis arbeitete. Bemerkenswert ist, daß keinem dieser "Reformer" auch nur die Idee kam, man müßte auf die Durchdringung und Manipulation der Gesellschaft mit Inoffiziellen Mitarbeitern verzichten. Allein dieser blinde Fleck genügt für die

²⁴⁹ Im "Sekretariat des Ministers" findet sich folgender Zettel: "Erklärung der Pressestelle des Amtes für Nationale Sicherheit: Am 4. Dezember 1989 ist das Kollegium des Amtes für Nationale Sicherheit geschlossen zurückgetreten." BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 340.

²⁵⁰ Vgl. Neues Deutschland 6.12.1989.

²⁵¹ Dazu gehörten die Generäle Niebling und Braun und natürlich Schwanitz selbst.

²⁵² AfNS Leiter, Befehl K/4896/89 vom 6.12.1989; BStU, ZA, Rechtsstelle 693, Bl. 20-22.

²⁵³ In: Helmut Herles u. Ewald Rose (Hg): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S.26.

Feststellung, daß aus dem alten MfS- Apparat heraus keine wirkliche Reform möglich war. Eine sich demokratisierende Gesellschaft konnte mit dieser Institution nur das machen, was der Runde Tisch beschlossen hat: Sie auflösen.

Politische Entscheidungen dazu wurden - mehr oder weniger halbherzig - in den folgenden Tagen in die Wege geleitet und am 14. Dezember durch den Ministerrat formell beschlossen.²⁵⁴ Dabei sollte sich zeigen, daß sich Schwanitz - und auch einzelne einfache MfS-Mitarbeiter - noch nicht ganz geschlagen gaben. Und zudem steckte in dem Auflösungsbeschluß selbst beträchtliches Konfliktpotential: Zwei - wenngleich drastisch reduzierte - Nachfolgeeinrichtungen sollte es geben und über die Hinterlassenschaft der Staatssicherheit mußte entschieden und verfügt werden. Doch all das ist Stoff für ein weiteres Kapitel. Die entscheidende Weichenstellung auf dem Weg zur gewaltlosen Auflösung des Staatssicherheitsdienstes jedenfalls fand am 4. und 5. Dezember statt und niemand hat daran größere Verdienste als jene beherzten Bürgerinnen und Bürger, die sich in jenen Tagen Zutritt in die Zwingburgen des Repressionsapparates verschafften.

²⁵⁴ Vgl. "Ministerrat Dienstsache 816/89, Beschluß des Ministerrates 6/18.a/89 vom 14. Dezember 1989"; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam C-20 I/3-2879.